

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Art. 21. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Art. 22. Dit decreet zal 5 jaar na de inwerkingtreding ervan worden geëvalueerd.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Brussel, op 19 oktober 2023.

De Ministerpresident, belast met Internationale Betrekkingen, Sport en het Onderwijs voor Sociale Promotie,
P.-Y. JEHOLET

De Vicepresident en Minister van Begroting, Ambtenarenzaken,
Gelijke Kansen en het Toezicht op "Wallonie-Bruxelles Enseignement",
F. DAERDEN

De Vicepresident en Minister van Kind, Gezondheid, Cultuur, Media en Vrouwenrechten,
B. LINARD

De minister van Hoger Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek, Universitaire Ziekenhuizen, Hulpverlening aan de
Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd en de Promotie van Brussel,
F. BERTIEAUX

De Minister van Onderwijs,
C. DESIR

—
Nota

Zitting 2023-2024

Stukken van het Parlement. Ontwerpdecreet, nr. 590-1 — Amendement(en) in de commissie, nr. 590-2 — Subamendement(en) in de commissie, nr. 590-3 — Commissieverslag, nr. 590-4 — Tekst aangenomen in de commissie, nr. 590-5 — Vergaderingsamendement(en), nr. 590-6 — Tekst aangenomen in de plenaire vergadering, nr. 590-7.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. — Vergadering van 18 oktober 2023.

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/206014]

13. NOVEMBER 2023 — Dekret über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG, so wie abgeändert durch:

- die Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;

- die Richtlinie (EU) 2015/2376 des Rates vom 8. Dezember 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;

- die Richtlinie (EU) 2016/881 des Rates vom 25. Mai 2016 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;

- die Richtlinie (EU) 2016/2258 des Rates vom 6. Dezember 2016 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche;

- die Richtlinie (EU) 2018/822 des Rates vom 25. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen;

- die Richtlinie (EU) 2020/876 des Rates vom 24. Juni 2020 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU, um der dringenden Notwendigkeit einer Verlängerung bestimmter Fristen für die Vorlage und den Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung infolge der COVID-19-Pandemie Rechnung zu tragen;

- die Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.

Art. 2 - Gegenstand

§ 1 - Dieses Dekret legt die Regeln und Verfahren fest, gemäß denen die Deutschsprachige Gemeinschaft einerseits und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union andererseits untereinander im Hinblick auf den Austausch von Informationen zusammenarbeiten, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind.

Dieses Dekret legt ferner Bestimmungen für den Austausch der Informationen gemäß Absatz 1 auf elektronischem Weg fest.

§ 2 - Dieses Dekret berührt nicht die Anwendung der Vorschriften über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen. Es berührt auch nicht die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf eine umfassendere Zusammenarbeit der Verwaltungen aus anderen Rechtsinstrumenten, einschließlich bi- oder multilateralen Abkommen, erwachsen.

Art. 3 - Anwendungsbereich

Dieses Dekret gilt für Steuern aller Art, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder für die Deutschsprachige Gemeinschaft erhoben werden, und für Steuern aller Art, die von einem oder für einen Mitgliedstaat bzw. von oder für gebiets- oder verwaltungsmäßige Gliederungseinheiten eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erhoben werden.

In keinem Fall sind die Steuern im Sinne von Absatz 1 dahin gehend auszulegen, dass sie Folgendes einschließen:

1. Gebühren, wie sie für von Behörden ausgestellte Bescheinigungen und andere Dokumente erhoben werden, oder
2. vertragliche Gebühren, wie etwa Zahlungen an öffentliche Versorgungsbetriebe.

Dieses Dekret gilt für die in Absatz 1 genannten Steuern, die in dem Gebiet erhoben werden, auf das die Verträge gemäß Artikel 52 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 355 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union Anwendung finden.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Mitgliedstaat: wenn nicht ausdrücklich anders angegeben, einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als das Königreich Belgien;
2. zuständige Behörde: die als solche von Belgien benannte Behörde. Das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ein zuständiger Bediensteter der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß diesem Dekret tätig werden, gelten bei Bevollmächtigung ebenfalls als zuständige Behörde;
3. zentrales Verbindungsbüro: die als solche benannte Stelle, die für die Verbindungen zu den anderen Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden hauptverantwortlich zuständig ist;
4. Verbindungsstelle: jede andere Stelle als das zentrale Verbindungsbüro, die als solche benannt worden ist, um nach Maßgabe dieses Dekrets Informationen direkt auszutauschen;
5. zuständiger Bedienstete: jeden Bediensteten, der zum direkten Informationsaustausch nach Maßgabe dieses Dekrets befugt ist;
6. ausländische Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, die Verbindungsstellen oder die zuständigen Bediensteten, die aufgrund einer Ermächtigung durch eine ausländische zuständige Behörde zum unmittelbaren Informationsaustausch mit der zuständigen Behörde oder zu anderen Formen der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Sinne dieses Dekrets berechtigt sind;
7. ersuchende Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen stellt;
8. ersuchte Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen entgegennimmt;
9. behördliche Ermittlungen: alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Mitgliedstaaten in Ausübung ihrer Aufgaben vorgenommenen Kontrollen, Nachprüfungen und anderen Handlungen mit dem Ziel, die ordnungsgemäße Anwendung der Steuervorschriften sicherzustellen;
10. Austausch von Informationen auf Ersuchen: den Austausch von Informationen auf der Grundlage eines Ersuchens, das der ersuchende Mitgliedstaat an den ersuchten Mitgliedstaat in einem bestimmten Fall stellt;
11. automatischer Austausch:
 - a) für die Zwecke des Artikels 12 Absätze 1 und 2 sowie der Artikel 13 bis 16 die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen an einen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen. Für die Zwecke des Artikels 12 Absätze 1 und 2 sind verfügbare Informationen solche, die in den Steuerakten des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats enthalten sind und die im Einklang mit den Verfahren für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen des betreffenden Mitgliedstaats abgerufen werden können;
 - b) für die Zwecke anderer Bestimmungen dieses Dekrets als Artikel 12 Absätze 1 und 2 sowie der Artikel 13 bis 16 die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen gemäß Buchstabe a);
12. spontaner Austausch: die nicht systematische Übermittlung von Informationen zu jeder Zeit an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen;
13. Person:
 - a) eine natürliche Person;
 - b) eine juristische Person;
 - c) sofern diese Möglichkeit nach den geltenden Rechtsvorschriften besteht, eine Personenvereinigung, der die Rechtsfähigkeit zuerkannt wurde, die aber nicht über die Rechtsstellung einer juristischen Person verfügt, oder
 - d) alle anderen Rechtsvereinbarungen gleich welcher Art und Form, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die Vermögensgegenstände besitzen oder verwalten, die einschließlich der daraus erzielten Einkünfte einer der von diesem Dekret erfassten Steuern unterliegen;
14. auf elektronischem Weg: die Verwendung elektronischer Anlagen zur Verarbeitung, einschließlich der Datenkomprimierung, und zum Speichern von Daten und unter Einsatz von Draht, Funk, optischer Technologien oder anderer elektromagnetischer Verfahren;
15. grenzüberschreitender Vorbescheid: eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, auch wenn sie bzw. es im Zuge einer Steuerprüfung erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird, sofern sie bzw. es die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
 - a) Sie bzw. es wird von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder einer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheit eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erteilt, geändert oder erneuert, unabhängig davon, ob sie bzw. es tatsächlich verwendet wird,

b) sie bzw. es wird für eine bestimmte Person oder eine Gruppe von Personen erteilt, geändert oder erneuert, und diese Person oder Gruppe von Personen kann sich darauf berufen,

c) sie bzw. es betrifft die Auslegung oder Anwendung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift zur Handhabung oder Durchsetzung der Steuergesetze eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, einschließlich der lokalen Behörden,

d) sie bzw. es bezieht sich auf eine grenzüberschreitende Transaktion oder auf die Frage, ob durch die Tätigkeiten, denen eine Person in einem anderen Rechtsraum nachgeht, eine Betriebsstätte gegründet wird oder nicht, und

e) sie bzw. es wird vor den Transaktionen oder den Tätigkeiten in dem anderen Rechtsraum, die möglicherweise als Gründung einer Betriebsstätte zu betrachten sind, oder vor Abgabe der Steuererklärung für den Zeitraum, in dem die Transaktion bzw. die Transaktionen oder Tätigkeiten erfolgen, erteilt.

Die grenzüberschreitende Transaktion kann u. a. Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des grenzüberschreitenden Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;

16. grenzüberschreitende Transaktion: für die Zwecke der Nummer 15 eine Transaktion oder Reihe von Transaktionen, bei der

a) nicht alle an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien in dem den grenzüberschreitenden Vorbescheid erteilenden, ändernden oder erneuernden Mitgliedstaat steuerlich ansässig sind,

b) eine der an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien gleichzeitig in mehreren Rechtsräumen steuerlich ansässig ist,

c) eine der an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien über eine Betriebsstätte Geschäftstätigkeiten in einem anderen Rechtsraum nachgeht und die Transaktion oder Reihe von Transaktionen Teil der Geschäftstätigkeiten der Betriebsstätte ist oder deren gesamte Geschäftstätigkeiten ausmachen. Bei einer grenzüberschreitenden Transaktion oder Reihe von grenzüberschreitenden Transaktionen kann es sich auch um Vorkehrungen handeln, die von einer Person in Bezug auf Geschäftstätigkeiten in einem anderen Rechtsraum getroffen werden, denen sie über eine Betriebsstätte nachgeht, oder

d) es sich um eine Transaktion oder Reihe von Transaktionen handelt, die grenzübergreifende Auswirkungen haben;

17. CCN-Netz: die gemeinsame Plattform auf der Grundlage des Gemeinsamen Kommunikationsnetzes (common communication network - CCN), die von der Europäischen Union für jegliche elektronische Datenübertragung zwischen den zuständigen Behörden im Bereich Zoll und Steuern entwickelt wurde;

18. grenzüberschreitende Gestaltungen: eine Gestaltung, die entweder mehr als einen Mitgliedstaat oder einen Mitgliedstaat und ein Drittland betrifft, wobei mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) Nicht alle an der Gestaltung Beteiligten sind im selben Hoheitsgebiet steuerlich ansässig;

b) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten ist/sind gleichzeitig in mehreren Hoheitsgebieten steuerlich ansässig;

c) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten übt/üben in einem anderen Hoheitsgebiet über eine dort gelegene Betriebsstätte eine Geschäftstätigkeit aus und die Gestaltung stellt teilweise oder ganz die durch die Betriebsstätte ausgeübte Geschäftstätigkeit dar;

d) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten übt/üben in einem anderen Hoheitsgebiet eine Tätigkeit aus, ohne dort steuerlich ansässig zu sein oder eine Betriebsstätte zu begründen;

e) eine solche Gestaltung hat möglicherweise Auswirkungen auf den automatischen Informationsaustausch oder die Identifizierung der wirtschaftlichen Eigentümer.

Für die Zwecke der Nummern 18 bis 25 und der Artikel 5 und 14 kann es sich bei einer Gestaltung auch um eine Reihe von Gestaltungen handeln. Eine Gestaltung kann mehr als einen Schritt oder Teil umfassen;

19. meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung: jede grenzüberschreitende Gestaltung, die mindestens eines der in Artikel 5 aufgeführten Kennzeichen aufweist;

20. Kennzeichen: ein Merkmal oder eine Eigenschaft einer grenzüberschreitenden Gestaltung gemäß Artikel 5, das bzw. die auf ein potenzielles Risiko der Steuervermeidung hindeutet;

21. Intermediär: jede Person, die eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung konzipiert, vermarktet, organisiert oder zur Umsetzung bereitstellt oder die die Umsetzung einer solchen Gestaltung verwaltet.

Dieser Ausdruck bezeichnet auch jede Person, die, unter Berücksichtigung der relevanten Fakten und Umstände und auf der Grundlage der verfügbaren Informationen sowie des einschlägigen Fachwissens und Verständnisses, die für die Erbringung solcher Dienstleistungen erforderlich sind, weiß oder vernünftigerweise wissen müsste, dass sie unmittelbar oder über andere Personen Hilfe, Unterstützung oder Beratung im Hinblick auf Konzeption, Vermarktung, Organisation, Bereitstellung zur Umsetzung oder Verwaltung der Umsetzung einer meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung geleistet hat. Jede Person hat das Recht, Beweise zu erbringen, wonach sie nicht wusste oder vernünftigerweise nicht wissen konnte, dass sie an einer meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt war. Die betreffende Person kann zu diesem Zweck alle relevanten Fakten und Umstände sowie verfügbaren Informationen und ihr einschlägiges Fachwissen und Verständnis geltend machen.

Damit eine Person als Intermediär fungieren kann, muss sie mindestens eine der folgenden zusätzlichen Bedingungen erfüllen:

a) Sie ist in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig;

b) sie hat eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat, durch die die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung erbracht werden;

c) sie ist nach dem Recht eines Mitgliedstaats eingetragen oder unterliegt dem Recht eines Mitgliedstaats;

d) sie ist in einem Mitgliedstaat Mitglied in einer Organisation für juristische, steuerliche oder beratende Dienstleistungen;

22. relevanter Steuerpflichtiger: jede Person, der eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird oder die bereit ist, eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung umzusetzen, oder die den ersten Schritt einer solchen Gestaltung umgesetzt hat;

23. verbundenes Unternehmen: für die Zwecke des Artikels 14 eine Person, die mit einer anderen Person auf mindestens eine der folgenden Arten verbunden ist:

a) Eine Person ist an der Geschäftsleitung einer anderen Person insofern beteiligt, als sie erheblichen Einfluss auf diese ausüben kann;

b) eine Person ist über eine Holdinggesellschaft, die über mehr als 25% der Stimmrechte verfügt, an der Kontrolle einer anderen Person beteiligt;

c) eine Person ist über ein Eigentumsrecht, das unmittelbar oder mittelbar mehr als 25% des Kapitals beträgt, am Kapital einer anderen Person beteiligt;

d) eine Person hat Anspruch auf mindestens 25% der Gewinne einer anderen Person.

Falls mehr als eine Person gemäß den Buchstaben a) bis d) an der Geschäftsleitung, der Kontrolle, dem Kapital oder den Gewinnen derselben Person beteiligt ist, gelten alle betroffenen Personen als verbundene Unternehmen.

Falls dieselben Personen gemäß den Buchstaben a) bis d) an der Geschäftsleitung, der Kontrolle, dem Kapital oder den Gewinnen von mehr als einer Person beteiligt sind, gelten alle betroffenen Personen als verbundene Unternehmen.

Für die Zwecke dieser Nummer wird eine Person, die in Bezug auf die Stimmrechte oder die Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen gemeinsam mit einer anderen Person handelt, so behandelt, als würde sie eine Beteiligung an allen Stimmrechten oder dem gesamten Kapital dieses Unternehmens halten, die bzw. das von der anderen Person gehalten werden/wird.

Bei mittelbaren Beteiligungen wird die Erfüllung der Anforderungen gemäß Buchstabe c) durch Multiplikation der Beteiligungsquoten an den nachgeordneten Unternehmen ermittelt. Eine Person mit einer Stimmrechtsbeteiligung von mehr als 50% gilt als Halter von 100% der Stimmrechte.

Eine natürliche Person, ihr Ehepartner und ihre Verwandte in aufsteigender oder absteigender gerader Linie werden als eine einzige Person behandelt;

24. marktfähige Gestaltung: eine grenzüberschreitende Gestaltung, die konzipiert wird, vermarktet wird, umsetzungsbereit ist oder zur Umsetzung bereitgestellt wird, ohne dass sie individuell angepasst werden muss;

25. maßgeschneiderte Gestaltung: jede grenzüberschreitende Gestaltung, bei der es sich nicht um eine marktfähige Gestaltung handelt;

26. gemeinsame Prüfung: behördliche Ermittlungen, die gemeinsam von den zuständigen Behörden von zwei oder mehr Mitgliedstaaten und in Bezug auf eine oder mehrere Personen von gemeinsamem oder ergänzendem Interesse für die zuständigen Behörden dieser Mitgliedstaaten durchgeführt werden;

27. Verletzung des Datenschutzes: eine Sicherheitsverletzung, die infolge vorsätzlicher rechtswidriger Handlungen, einer Fahrlässigkeit oder eines Unfalls zur Vernichtung, zum Verlust oder zur Veränderung von Informationen oder zu einem Vorfall des unangemessenen oder unbefugten Zugangs zu bzw. der unangemessenen oder unbefugten Offenlegung oder Nutzung von Informationen, u. a. von übermittelten, gespeicherten oder auf sonstige Weise verarbeiteten personenbezogenen Daten, führt. Eine Verletzung des Datenschutzes kann die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Daten betreffen;

28. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;

29. Steueridentifikationsnummer: die von einem Mitgliedstaat ausgestellte Identifikationsnummer eines Steuerpflichtigen oder die funktionale Entsprechung, wenn keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist;

30. anderer Rechtsraum: eine andere Rechtsordnung als die der zuständigen Behörde.

Art. 5 - Kennzeichen einer grenzüberschreitenden Gestaltung

§ 1 - Die Kennzeichen einer grenzüberschreitenden Gestaltung sind in fünf Kategorien aufgeteilt:

1. Kategorie A: die in § 2 erwähnten allgemeinen Kennzeichen;

2. Kategorie B: die in § 3 erwähnten spezifischen Kennzeichen;

3. Kategorie C: die in § 4 erwähnten spezifischen Kennzeichen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Transaktionen;

4. Kategorie D: die in § 5 erwähnten spezifischen Kennzeichen hinsichtlich des automatischen Informationsaustauschs und der wirtschaftlichen Eigentümer

5. Kategorie E: die in § 6 erwähnten spezifischen Kennzeichen hinsichtlich der Verrechnungspreisgestaltung.

Allgemeine Kennzeichen gemäß der in § 2 erwähnten Kategorie A und spezifische Kennzeichen gemäß der in § 3 erwähnten Kategorie B und gemäß der in

§ 4 Nummer 1 Buchstaben b) Ziffer i), c) und d) erwähnten Kategorie C können nur berücksichtigt werden, wenn sie das Kriterium des "Main benefit"-Tests erfüllen.

Dieser Test gilt als erfüllt, wenn festgestellt werden kann, dass der Hauptvorteil oder einer der Hauptvorteile, den eine Person unter Berücksichtigung aller relevanten Fakten und Umstände vernünftigerweise von einer Gestaltung erwarten kann, die Erlangung eines Steuervorteils ist.

Bezüglich der Kennzeichen gemäß der in § 4 Nummer 1 erwähnten Kategorie C kann die Erfüllung der in der in § 4 Nummer 1 Buchstaben b) Ziffer i), c) und d) dargelegten Bedingungen nicht allein der Grund für die Feststellung sein, dass eine Gestaltung das Kriterium des "Main benefit"-Tests erfüllt.

§ 2 - Als allgemeine Kennzeichen der Kategorie A in Verbindung mit dem "Main benefit"-Test gelten:

1. eine Gestaltung, bei der der relevante Steuerpflichtige oder ein an der Gestaltung Beteiligter sich verpflichtet, eine Vertraulichkeitsklausel einzuhalten, der zufolge sie gegenüber anderen Intermediären oder den Steuerbehörden nicht offenlegen dürfen, auf welche Weise aufgrund der Gestaltung ein Steuervorteil erlangt wird;

2. eine Gestaltung, bei der der Intermediär Anspruch auf eine Vergütung (bzw. Zinsen, Vergütung der Finanzkosten und sonstiger Kosten) für die Gestaltung hat und diese Vergütung in Bezug auf Folgendes festgesetzt wird:

a) Betrag des aufgrund der Gestaltung erlangten Steuervorteils oder

b) ob durch die Gestaltung tatsächlich ein Steuervorteil erlangt wird. Dies wäre mit der Verpflichtung des Intermediärs verbunden, die Vergütungen ganz oder teilweise zurückzuerstatten, falls der mit der Gestaltung beabsichtigte Steuervorteil nicht ganz oder teilweise erzielt wird;

3. eine Gestaltung, deren Dokumentation und/oder Struktur im Wesentlichen standardisiert ist und für mehr als einen relevanten Steuerpflichtigen verfügbar ist, ohne dass sie für die Umsetzung wesentlich individuell angepasst werden muss.

§ 3 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie B in Verbindung mit dem "Main benefit"-Test gelten:

1. eine Gestaltung, bei der ein an der Gestaltung Beteiligter künstlich Schritte unternimmt, um ein verlustbringendes Unternehmen zu erwerben, die Haupttätigkeit dieses Unternehmens zu beenden und dessen Verluste dafür zu nutzen, seine Steuerbelastung zu verringern, einschließlich der Übertragung dieser Verluste in ein anderes Hoheitsgebiet oder der rascheren Nutzung dieser Verluste;

2. eine Gestaltung, die sich so auswirkt, dass Einkünfte in Vermögen, Schenkungen oder andere niedriger besteuerte oder steuerbefreite Arten von Einkünften umgewandelt werden;

3. eine Gestaltung, die zirkuläre Transaktionen nutzt, die zu einem "Round tripping" von Vermögen führen, und zwar durch die Einbeziehung zwischengeschalteter Unternehmen ohne primäre wirtschaftliche Funktion oder von Transaktionen, die sich gegenseitig aufheben oder ausgleichen oder die ähnliche Merkmale aufweisen.

§ 4 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie C im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Transaktionen gelten:

1. eine Gestaltung, die abzugsfähige grenzüberschreitende Zahlungen zwischen zwei oder mehr verbundenen Unternehmen umfasst und bei der mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) Der Empfänger ist steuerlich in keinem Hoheitsgebiet ansässig;

b) der Empfänger ist zwar steuerlich in einem Hoheitsgebiet ansässig, dieses Hoheitsgebiet

i) erhebt aber keine Körperschaftsteuer oder hat einen Körperschaftsteuersatz von null oder nahe null oder

ii) wird in der Liste der Drittländer geführt, die von den Mitgliedstaaten gemeinsam oder im Rahmen der OECD als nicht-kooperierende Länder eingestuft wurden;

c) die Zahlung ist im Hoheitsgebiet, in dem der Empfänger steuerlich ansässig ist, vollständig von der Steuer befreit;

d) die Zahlung kommt im Hoheitsgebiet, in dem der Empfänger steuerlich ansässig ist, in den Genuss von einem präferenziellen Steuerregime;

2. in mehr als einem Hoheitsgebiet werden Abzüge für die Abschreibung desselben Vermögenswertes beantragt;

3. in mehr als einem Hoheitsgebiet wird eine Befreiung von der Doppelbesteuerung für dieselben Einkünfte oder dasselbe Vermögen beantragt;

4. es liegt eine Gestaltung vor, die die Übertragung von Vermögenswerten vorsieht und bei der es einen wesentlichen Unterschied hinsichtlich des in diesen beteiligten Hoheitsgebieten für den Vermögenswert anzusetzenden Wertes gibt.

§ 5 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie D hinsichtlich des automatischen Informationsaustauschs und der wirtschaftlichen Eigentümer gelten:

1. eine Gestaltung, die zu einer Aushöhlung der Meldepflicht gemäß den Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Unionsrechts oder gemäß gleichwertigem Abkommen über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, einschließlich Abkommen mit Drittländern, führen kann oder sich das Fehlen derartiger Rechtsvorschriften oder Abkommen zunutze macht. Derartige Gestaltungen umfassen zumindest Folgendes:

a) die Nutzung eines Kontos, Produkts oder einer Anlage, das/die kein Finanzkonto ist oder vorgeblich kein Finanzkonto ist, jedoch Merkmale aufweist, die im Wesentlichen denen eines Finanzkontos entsprechen;

b) die Übertragung eines Finanzkontos oder von Vermögenswerten in ein Hoheitsgebiet oder die Einbeziehung von Hoheitsgebieten, die nicht an den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten mit dem Staat, in dem der relevante Steuerpflichtige ansässig ist, gebunden sind;

c) die Neueinstufung von Einkünften und Vermögen als Produkte oder Zahlungen, die nicht dem automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unterliegen;

d) die Übertragung oder Umwandlung eines Finanzinstituts oder eines Finanzkontos oder der darin enthaltenen Vermögenswerte in ein Finanzinstitut oder ein Finanzkonto oder in Vermögenswerte, die nicht der Meldepflicht im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten unterliegen;

e) die Einbeziehung von Rechtspersonen, Gestaltungen oder Strukturen, die die Meldung eines/einer oder mehrerer Kontoinhaber(s) oder beherrschenden Person(en) im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten ausschließen oder vorgeben auszuschließen;

f) Gestaltungen, die die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten aushöhlen oder Schwächen in diesen Verfahren ausnutzen, die Finanzinstitute zur Erfüllung ihrer Meldepflichten bezüglich Informationen über Finanzkonten anwenden, einschließlich der Einbeziehung von Hoheitsgebieten mit ungeeigneten oder schwachen Regelungen für die Durchsetzung von Vorschriften gegen Geldwäsche oder mit schwachen Transparenzanforderungen für juristische Personen oder Rechtsvereinbarungen;

2. eine Gestaltung mit einer intransparenten Kette an rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentümern durch die Einbeziehung von Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen,

a) die keine wesentliche wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, die mit angemessener Ausstattung sowie angemessenen personellen Ressourcen, Vermögenswerten und Räumlichkeiten einhergeht, und

b) die in anderen Hoheitsgebieten eingetragen, ansässig oder niedergelassen sind bzw. verwaltet oder kontrolliert werden als dem Hoheitsgebiet, in dem ein oder mehrere der wirtschaftlichen Eigentümer der von diesen Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen gehaltenen Vermögenswerte ansässig ist/sind, und

c) sofern die wirtschaftlichen Eigentümer dieser Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen gemäß Artikel 4 Nummer 27 des Gesetzes vom 18. September 2017 zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Beschränkung der Nutzung von Bargeld nicht identifizierbar gemacht werden.

§ 6 - Als spezifische Kennzeichen hinsichtlich der Verrechnungspreisgestaltung der Kategorie E gelten:

1. eine Gestaltung, die unilaterale Safe-Harbor-Regeln nutzt;
2. eine Gestaltung mit Übertragung von schwer zu bewertenden immateriellen Werten. Der Begriff "schwer zu bewertende immaterielle Werte" umfasst immaterielle Werte oder Rechte an immateriellen Werten, für die zum Zeitpunkt ihrer Übertragung zwischen verbundenen Unternehmen
 - a) keine ausreichend verlässlichen Vergleichswerte vorliegen und
 - b) zum Zeitpunkt der Transaktion die Prognosen voraussichtlicher Cashflows oder die vom übertragenen immateriellen Wert erwarteten abzuleitenden Einkünfte oder die der Bewertung des immateriellen Werts zugrunde gelegten Annahmen höchst unsicher sind, weshalb der letztendliche Erfolg des immateriellen Werts zum Zeitpunkt der Übertragung nur schwer absehbar ist;
3. eine Gestaltung, bei der eine gruppeninterne grenzüberschreitende Übertragung von Funktionen und/oder Risiken und/oder Vermögenswerten stattfindet, wenn der erwartete jährliche Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) des/der Übertragenden über einen Zeitraum von drei Jahren nach der Übertragung weniger als 50% des jährlichen EBIT des/der Übertragenden beträgt, der erwartet worden wäre, wenn die Übertragung nicht stattgefunden hätte.

Art. 6 - Unterrichtung des zentralen Verbindungsbüros

Wenn eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter gemäß den Bestimmungen dieses Dekrets ein Ersuchen oder eine Antwort auf ein Ersuchen um Zusammenarbeit übermittelt bzw. entgegennimmt, unterrichtet sie/er das zentrale Verbindungsbüro.

Art. 7 - Weiterleitung an das zentrale Verbindungsbüro

Erhält eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen um Zusammenarbeit, das eine Tätigkeit außerhalb des ihr/ihm zugewiesenen Zuständigkeitsbereichs, der ihr/ihm gemäß den Rechtsvorschriften oder innenpolitischen Grundsätzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugewiesen ist, erfordert, übermittelt sie/er dieses Ersuchen unverzüglich dem zentralen Verbindungsbüro und teilt dies der ersuchenden Behörde mit. In einem solchen Fall beginnt die Frist gemäß Artikel 11 am Tag nach der Weiterleitung des Ersuchens um Zusammenarbeit an das zentrale Verbindungsbüro.

KAPITEL 2 — INFORMATIONSAUSTAUSCH

Abschnitt 1 — Informationsaustausch auf Ersuchen

Art. 8 - Zuständige Behörde

In Bezug auf einen spezifischen Fall kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde um die Übermittlung aller in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen ersuchen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen erhalten hat.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine behördliche Ermittlung enthalten. Die zuständige Behörde kann die ersuchte Behörde darum bitten, ihr die Urschriften zu übermitteln.

Art. 9 - Ausländische Behörde

Auf Ersuchen einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde in Bezug auf einen spezifischen Fall alle in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen, die durchgeführt wurden, um diese Informationen zu bekommen, erhalten hat.

Die zuständige Behörde trifft Vorkehrungen dafür, dass alle behördlichen Ermittlungen durchgeführt werden, die zur Beschaffung der in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen notwendig sind.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine behördliche Ermittlung enthalten. Ist die zuständige Behörde der Auffassung, dass keine behördlichen Ermittlungen erforderlich sind, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich die Gründe hierfür mit.

Zur Beschaffung der erbetenen Informationen oder zur Durchführung der erbetenen behördlichen Ermittlungen geht die zuständige Behörde nach denselben Verfahren vor, die sie anwenden würde, wenn sie von sich aus oder auf Ersuchen einer anderen belgischen Behörde handeln würde.

Die zuständige Behörde übermittelt Urschriften, sofern die ersuchende Behörde eigens darum bittet und die geltenden Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem nicht entgegenstehen.

Art. 10 - Voraussichtliche Erheblichkeit

§ 1 - Für die Zwecke eines Ersuchens gemäß den Artikeln 8 und 9 sind die erbetenen Informationen voraussichtlich erheblich, wenn die ersuchende Behörde zum Zeitpunkt des Ersuchens der Ansicht ist, dass ihrem nationalen Recht zufolge die realistische Möglichkeit besteht, dass die erbetenen Informationen für die Steuerangelegenheiten eines oder mehrerer anhand des Namens oder anderer Kriterien identifizierter Steuerpflichtiger erheblich und für die Zwecke der Ermittlung gerechtfertigt sein werden.

§ 2 - Zum Nachweis der voraussichtlichen Erheblichkeit der erbetenen Informationen übermittelt die ersuchende Behörde der zuständigen Behörde mindestens die folgenden Informationen:

1. der steuerliche Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden, und
2. eine Spezifizierung der für Verwaltungszwecke oder die Durchsetzung des nationalen Rechts erforderlichen Informationen.

§ 3 - Bezieht sich das Ersuchen gemäß den Artikeln 8 und 9 auf eine Gruppe von Steuerpflichtigen, die nicht einzeln identifiziert werden können, übermittelt die ersuchende Behörde der zuständigen Behörde mindestens die folgenden Informationen:

1. eine ausführliche Beschreibung der Gruppe,
2. eine Erläuterung des anwendbaren Rechts und des Sachverhalts, der Anlass zu der Vermutung gibt, dass die Steuerpflichtigen dieser Gruppe das anwendbare Recht nicht eingehalten haben,
3. eine Erläuterung, wie die erbetenen Informationen dazu beitragen würden, die Einhaltung des anwendbaren Rechts durch die Steuerpflichtigen der Gruppe festzustellen, und
4. sofern relevant, Sachverhalt und Umstände in Bezug auf die Beteiligung eines Dritten, der aktiv zur potenziellen Nichteinhaltung des anwendbaren Rechts durch die Steuerpflichtigen der Gruppe beigetragen hat.

Art. 11 - Bearbeitung des Ersuchens

§ 1 - Die zuständige Behörde stellt die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Informationen möglichst rasch, spätestens jedoch drei Monate nach dem Datum des Eingangs des Ersuchens zur Verfügung. Ist die zuständige Behörde jedoch nicht in der Lage, auf ein Ersuchen fristgerecht zu antworten, so unterrichtet sie die ersuchende Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Ersuchens, über die Gründe, die einer fristgerechten Antwort entgegenstehen, sowie über den Zeitpunkt, an dem sie dem Ersuchen voraussichtlich nachkommen kann. Die diesbezügliche Frist beträgt höchstens sechs Monate ab dem Tag des Eingangs des Ersuchens. Ist die zuständige Behörde jedoch bereits im Besitz dieser Informationen, werden sie innerhalb von zwei Monaten ab jenem Datum zur Verfügung gestellt.

In bestimmten besonders gelagerten Fällen können zwischen der zuständigen und der ersuchenden Behörde andere als die in Absatz 1 vorgesehenen Fristen vereinbart werden.

§ 2 - Die zuständige Behörde bestätigt der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Erhalt des Ersuchens, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt dieses Ersuchens.

§ 3 - Die zuständige Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens über eventuell bestehende Mängel in dem Ersuchen und gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Hintergrundinformationen. In diesem Fall beginnt die Frist gemäß § 1 am Tag nach dem Eingang der von der zuständigen Behörde angeforderten zusätzlichen Informationen.

§ 4 - Ist die zuständige Behörde nicht im Besitz der erbetenen Informationen und nicht in der Lage, dem Informationsersuchen nachzukommen, oder lehnt sie es aus den in Artikel 32 genannten Gründen ab, ihm nachzukommen, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens, die Gründe dafür mit.

*Abschnitt 2 — Verpflichtender automatischer Informationsaustausch**Unterabschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen***Art. 12 - Umfang und Voraussetzungen**

Die zuständige Behörde übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den ausländischen Behörden alle Informationen, die über ansässige Personen des anderen Mitgliedstaats in Bezug auf die folgenden bestimmten Arten von Einkünften und Vermögen, wie sie jeweils im Sinne des belgischen Rechts zu verstehen sind, verfügbar sind:

1. Vergütung aus unselbstständiger Arbeit;
2. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen;
3. Lebensversicherungsprodukte, die nicht von anderen Rechtsakten der Europäischen Union über den Austausch von Informationen oder vergleichbare Maßnahmen erfasst sind;
4. Ruhegehälter;
5. Eigentum an unbeweglichem Vermögen und Einkünfte daraus;
6. Lizenzgebühren.

Für am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnende Besteuerungszeiträume bemüht sich die zuständige Behörde, die für ansässige Personen ausgestellte Steueridentifikationsnummer in die Übermittlung der in Absatz 1 genannten Informationen aufzunehmen.

Die Übermittlung der Informationen erfolgt mindestens einmal jährlich, innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Information verfügbar wurde.

Art. 13 - Grenzüberschreitende Vorbescheide

§ 1 - Die zuständige Behörde, die nach dem 31. Dezember 2016 einen grenzüberschreitenden Vorbescheid erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert hat, übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission die Informationen darüber, mit der Einschränkung, die für die Fälle nach § 6 gemäß den geltenden nach Artikel 36 angenommenen praktischen Regelungen gilt.

§ 2 - Ferner übermittelt die zuständige Behörde den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission, unter Berücksichtigung der Einschränkung nach § 6, gemäß den geltenden nach Artikel 36 angenommenen praktischen Regelungen Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide, die innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren vor dem 1. Januar 2017 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden.

Falls diese grenzüberschreitenden Vorbescheide in der Zeit zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2013 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unter der Voraussetzung, dass sie am 1. Januar 2014 noch gültig waren.

Falls diese grenzüberschreitenden Vorbescheide in der Zeit zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2016 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unabhängig davon, ob sie noch gültig sind oder nicht.

Dieser Paragraph gilt nicht für Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide, die vor dem 1. April 2016 für eine bestimmte Person oder für eine Gruppe von Personen erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, ausgenommen diejenigen, die hauptsächlich Finanz- und Investitionstätigkeiten ausüben, mit einem im Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU gruppenweiten Jahresnettoumsatzerlös von weniger als 40.000.000 Euro in dem Geschäftsjahr, das vor dem Zeitpunkt liegt, zu dem der grenzüberschreitende Vorbescheid erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird.

§ 3 - Die §§ 1 und 2 gelten nicht in Fällen, in denen ein grenzüberschreitender Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft.

§ 4 - Der Informationsaustausch erfolgt:

1. in Bezug auf die gemäß § 1 ausgetauschten Informationen unverzüglich nach Erteilen bzw. Treffen, Änderung oder Erneuerung der grenzüberschreitenden Vorbescheide und spätestens drei Monate nach Ablauf des Kalenderhalbjahrs, in dem die grenzüberschreitenden Vorbescheide erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden;

2. in Bezug auf die gemäß § 2 ausgetauschten Informationen vor dem 1. Januar 2018.

§ 5 - Die von der zuständigen Behörde gemäß den § § 1 und 2 zu übermittelnden Informationen enthalten insbesondere Folgendes:

1. Angaben zu der Person, mit Ausnahme von natürlichen Personen, und gegebenenfalls zu der Gruppe von Personen, der sie angehört;
2. eine Zusammenfassung des Inhalts des grenzüberschreitenden Vorbescheids, einschließlich einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen oder Reihen von Transaktionen und aller anderen Informationen, die der zuständigen Behörde bei der Bewertung eines potenziellen Steuerrisikos behilflich sein könnten, ohne zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder zur Preisgabe von Informationen zu führen, die die öffentliche Ordnung verletzen würde;
3. das jeweilige Datum der Erteilung bzw. des Treffens, der Änderung oder der Erneuerung des grenzüberschreitenden Vorbescheids;
4. den Tag des Beginns der Geltungsdauer des grenzüberschreitenden Vorbescheids, falls angegeben;
5. den Tag des Ablaufs der Geltungsdauer des grenzüberschreitenden Vorbescheids, falls angegeben;
6. die Art des grenzüberschreitenden Vorbescheids;
7. den Betrag der Transaktion oder Reihe von Transaktionen des grenzüberschreitenden Vorbescheids, sofern dieser Betrag im grenzüberschreitenden Vorbescheid angegeben ist;
8. gegebenenfalls Angaben zu den anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von dem grenzüberschreitenden Vorbescheid betroffen sind;
9. gegebenenfalls Identifizierungsangaben zu allen Personen, mit Ausnahme von natürlichen Personen, in den anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von dem grenzüberschreitenden Vorbescheid betroffen sind, sowie Angaben dazu, zu welchen Mitgliedstaaten die betreffenden Personen in Beziehung stehen;
10. Angaben dazu, ob die übermittelten Informationen auf dem grenzüberschreitenden Vorbescheid selbst beruhen.

§ 6 - Die in § 5 Nummern 1, 2 und 9 genannten Informationen werden der Europäischen Kommission nicht übermittelt.

§ 7 - Die Regierung kann die Regeln für die Mitteilung des Empfangs von in § 5 Nummer 10 genannten Informationen durch die zuständige Behörde festlegen.

§ 8 - Die zuständige Behörde kann gemäß Artikel 8 Absatz 1 um Übermittlung zusätzlicher Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts des grenzüberschreitenden Vorbescheids, ersuchen.

Art. 14 - Meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen

§ 1 - Die Intermediäre legen die ihnen bekannten, in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen bei den zuständigen Steuerbehörden vor, und zwar innerhalb von 30 Tagen beginnend

1. an dem Tag, nach dem die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird, oder
2. an dem Tag, nach dem die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung umsetzungsbereit ist, oder
3. wenn der erste Schritt der Umsetzung der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung gemacht wurde, je nachdem, was früher eintritt.

Ungeachtet des Absatzes 1 legen auch die in Artikel 4 Nummer 21 Absatz 2 genannten Intermediäre die Informationen innerhalb von 30 Tagen vor, beginnend an dem Tag, nach dem sie unmittelbar oder über andere Personen Hilfe, Unterstützung oder Beratung geleistet haben.

§ 2 - Im Falle von marktfähigen Gestaltungen legt der Intermediär alle drei Monate einen regelmäßigen Bericht mit einer Aktualisierung vor, der neue meldepflichtige Informationen gemäß § 13 Nummern 1, 4, 7 und 8 enthält, die seit der Vorlage des letzten Berichts verfügbar geworden sind.

§ 3 - Ist der Intermediär verpflichtet, den zuständigen Behörden von mehr als einem Mitgliedstaat Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen vorzulegen, so sind die betreffenden Informationen nur in dem Mitgliedstaat vorzulegen, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär steuerlich ansässig ist;
2. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär eine Betriebsstätte hat, durch die die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung erbracht werden;
3. der Mitgliedstaat, nach dessen Recht der Intermediär eingetragen ist oder dessen Recht er unterliegt;
4. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär Mitglied einer Organisation für juristische, steuerliche oder beratende Dienstleistungen ist.

§ 4 - Besteht gemäß § 3 eine Verpflichtung zur Mehrfachmeldung, ist der Intermediär von der Vorlage der Informationen befreit, wenn er nachweisen kann, dass dieselben Informationen bereits in einem anderen Mitgliedstaat vorgelegt wurden.

§ 5 - Die Intermediäre sind von der Pflicht befreit, Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung vorzulegen, wenn mit der Meldepflicht gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoßen würde, deren Verletzung strafrechtlich geahndet wird. In solchen Fällen unterrichten die Intermediäre andere Intermediäre oder, falls es keine solchen gibt, den relevanten Steuerpflichtigen unverzüglich über ihre Meldepflichten gemäß § 6.

Eine Verschwiegenheitspflicht nach diesem Paragrafen kann nicht geltend gemacht werden in Bezug auf die Meldepflicht für marktfähige Gestaltungen, die von einer regelmäßigen Berichterstattung gemäß § 2 betroffen sind.

§ 6 - Für den Fall, dass kein Intermediär existiert oder der Intermediär den relevanten Steuerpflichtigen oder einen anderen Intermediär über die Anwendung einer Befreiung gemäß § 5 unterrichtet, obliegt die Pflicht zur Vorlage von Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung dem anderen unterrichteten Intermediär oder, falls kein solcher existiert, dem relevanten Steuerpflichtigen.

§ 7 - Der relevante Steuerpflichtige, dem die Meldepflicht obliegt, legt die Informationen innerhalb von 30 Tagen vor, beginnend an dem Tag, nach dem ihm die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird oder sie zur Umsetzung durch den relevanten Steuerpflichtigen bereit ist oder wenn der erste Schritt deren Umsetzung im Zusammenhang mit dem relevanten Steuerpflichtigen gemacht wurde, je nachdem, was früher eintritt.

Ist der relevante Steuerpflichtige verpflichtet, den zuständigen Behörden von mehr als einem Mitgliedstaat Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen vorzulegen, so sind die betreffenden Informationen nur den zuständigen Behörden in dem Mitgliedstaat vorzulegen, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige steuerlich ansässig ist;
2. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige eine Betriebsstätte hat, der durch die Gestaltung ein Vorteil entsteht;
3. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige Einkünfte oder Gewinne erzielt, obwohl er in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist oder eine Betriebsstätte hat;
4. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige eine Tätigkeit ausübt, obwohl er in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist oder eine Betriebsstätte hat.

§ 8 - Besteht gemäß § 7 eine Verpflichtung zur Mehrfachmeldung, ist der relevante Steuerpflichtige von der Vorlage der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften nachweisen kann, dass dieselben Informationen bereits in einem anderen Mitgliedstaat vorgelegt wurden.

§ 9 - Für den Fall, dass mehr als ein Intermediär existiert, obliegt die Verpflichtung zur Vorlage von Informationen über die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung allen Intermediären, die an derselben meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt sind.

Ein Intermediär ist nur soweit von der Vorlage der Informationen befreit, als er nachweisen kann, dass dieselben Informationen gemäß § 13 bereits durch einen anderen Intermediär vorgelegt wurden.

§ 10 - Für den Fall, dass die Meldepflicht dem relevanten Steuerpflichtigen obliegt und es mehr als einen relevanten Steuerpflichtigen gibt, ergreift jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der relevante Steuerpflichtige, der die Informationen gemäß § 6 vorzulegen hat, derjenige ist, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der relevante Steuerpflichtige, der die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung mit dem Intermediär vereinbart hat;
2. der relevante Steuerpflichtige, der die Umsetzung der Gestaltung verwaltet.

Ein relevanter Steuerpflichtiger ist nur soweit von der Vorlage der Informationen befreit, als er nachweisen kann, dass dieselben Informationen gemäß § 13 bereits durch einen anderen relevanten Steuerpflichtigen vorgelegt wurden.

§ 11 - Die zuständige Behörde kann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um alle relevanten Steuerpflichtigen zu verpflichten, der Steuerverwaltung die Informationen über ihre Nutzung der Gestaltung in jedem der Jahre, für die sie sie nutzen, vorzulegen.

§ 12 - Die zuständige Behörde, der die Informationen gemäß den §§ 1 bis 11 vorgelegt wurden, übermittelt den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten die in § 13 aufgeführten Informationen im Wege eines automatischen Austauschs gemäß den praktischen Regelungen nach Artikel 36.

§ 13 - Die von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats gemäß § 12 zu übermittelnden Informationen umfassen soweit anwendbar Folgendes:

1. die Angaben zu den Intermediären und relevanten Steuerpflichtigen, einschließlich des Namens, des Geburtsdatums und -orts (bei natürlichen Personen), der Steueransässigkeit und der Steueridentifikationsnummer sowie gegebenenfalls der Personen, die als verbundene Unternehmen des relevanten Steuerpflichtigen gelten;
2. Einzelheiten zu den in Anhang IV der Richtlinie 2011/16/EU aufgeführten Kennzeichen, die bewirken, dass die grenzüberschreitende Gestaltung meldepflichtig ist;
3. eine Zusammenfassung des Inhalts der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung, soweit vorhanden einschließlich eines Verweises auf die Bezeichnung, unter der sie allgemein bekannt ist, und einer abstrakt gehaltenen Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Gestaltungen, die nicht zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder von Informationen führt, deren Preisgabe die öffentliche Ordnung verletzen würde;
4. das Datum, an dem der erste Schritt der Umsetzung der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung gemacht wurde oder gemacht werden wird;
5. Einzelheiten zu den nationalen Vorschriften, die die Grundlage der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung bilden;
6. den Wert der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung;
7. die Angabe des Mitgliedstaats des/der relevanten Steuerpflichtigen und aller anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung betroffen sind;
8. Angaben zu allen anderen Personen in einem Mitgliedstaat, die wahrscheinlich von der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung betroffen sind, einschließlich Angaben darüber, zu welchen Mitgliedstaaten sie in Beziehung stehen.

§ 14 - Die Tatsache, dass eine Steuerverwaltung nicht auf eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung reagiert, impliziert in keiner Weise die Anerkennung der Gültigkeit oder der steuerlichen Behandlung dieser Gestaltung.

§ 15 - Der automatische Informationsaustausch erfolgt innerhalb eines Monats nach Ablauf des Quartals, in dem die Informationen vorgelegt wurden.

*Unterabschnitt 2 - Von Plattformbetreibern gemeldete Informationen***Art. 15 - Besondere Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man in Bezug auf meldende Plattformbetreiber unter:

1. Plattform: jegliche Software, einschließlich einer Website oder eines Teils davon und Anwendungen, einschließlich mobiler Anwendungen, die Nutzern zugänglich ist und die es Verkäufern ermöglicht, mit anderen Nutzern in Verbindung zu stehen, um direkt oder indirekt eine relevante Tätigkeit für diese Nutzer auszuüben. Dazu gehören auch alle Vereinbarungen über die Erhebung und Zahlung einer mit einer relevanten Tätigkeit zusammenhängenden Vergütung. Der Ausdruck "Plattform" schließt keine Software ein, die ohne weiteres Eingreifen in die Ausübung einer relevanten Tätigkeit ausschließlich Folgendes erlaubt:

- a) die Verarbeitung von Zahlungen im Zusammenhang mit einer relevanten Tätigkeit;
- b) das Anbieten einer relevanten Tätigkeit oder Werbung für eine relevante Tätigkeit durch Nutzer;
- c) die Umleitung oder Weiterleitung von Nutzern auf eine Plattform;

2. Plattformbetreiber: einen Rechtsträger, der mit Verkäufern vereinbart, diesen Verkäufern eine Plattform ganz oder teilweise zur Verfügung zu stellen;

3. freigestellter Plattformbetreiber: einen Plattformbetreiber, der vorab und jährlich der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, der gegenüber er gemäß den in Artikel 18 § 1 Nummern 1 bis 3 festgelegten Vorschriften normalerweise meldepflichtig wäre, hinreichend nachweist, dass das gesamte Geschäftsmodell der Plattform so konzipiert ist, dass sie nicht über meldepflichtige Verkäufer verfügt;

4. meldender Plattformbetreiber: einen Plattformbetreiber, der kein freigestellter Plattformbetreiber ist und sich in einer der folgenden Situationen befindet:

a) Er ist steuerlich in einem Mitgliedstaat ansässig oder, wenn der Plattformbetreiber in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist, er erfüllt eine der folgenden Bedingungen:

- i) er ist nach dem Recht eines Mitgliedstaats eingetragen;
- ii) er hat den Ort seiner Geschäftsleitung (einschließlich der tatsächlichen Geschäftsleitung) in einem Mitgliedstaat;
- iii) er hat eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat und ist kein qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands;

b) Er ist weder in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig noch in einem Mitgliedstaat eingetragen oder wird in einem Mitgliedstaat verwaltet, noch hat er eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat, sondern er ermöglicht die Ausübung einer relevanten Tätigkeit durch einen meldepflichtigen Verkäufer oder einer relevanten Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vermietung von in einem Mitgliedstaat belegenem unbeweglichem Vermögen und ist kein qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands;

5. qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands: einen Plattformbetreiber, bei dem alle relevanten Tätigkeiten, die er ermöglicht, auch qualifizierte relevante Tätigkeiten sind, und der steuerlich in einem qualifizierten Drittland ansässig ist, oder, wenn ein Plattformbetreiber nicht in einem qualifizierten Drittland steuerlich ansässig ist, der eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt:

a) er ist nach dem Recht eines qualifizierten Drittlands eingetragen oder

b) er hat den Ort seiner Geschäftsleitung (einschließlich der tatsächlichen Geschäftsleitung) in einem qualifizierten Drittland;

6. qualifiziertes Drittland: ein Drittland, das über eine geltende wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden mit den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten verfügt, die in einer von dem Drittland veröffentlichten Liste als meldepflichtige Länder genannt sind;

7. wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden: eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats und eines Drittlands, die den automatischen Austausch von Informationen vorschreibt, die den in Artikel 18 § 2 angegebenen Informationen gleichwertig sind, wie dies in einem Durchführungsrechtsakt der Europäische Kommission bestätigt wird;

8. relevante Tätigkeit: eine gegen Vergütung ausgeführte Tätigkeit, bei der es sich um eine der folgenden Tätigkeiten handelt:

a) die Vermietung von unbeweglichem Vermögen, einschließlich von Wohn- und Gewerbeimmobilien, sowie von jeglichem sonstigen unbeweglichen Vermögen und Parkplätzen;

b) eine persönliche Dienstleistung;

c) den Verkauf von Waren;

d) die Vermietung jeglicher Verkehrsmittel.

Der Ausdruck "relevante Tätigkeit" umfasst nicht die Tätigkeit eines Verkäufers, der als Angestellter des Plattformbetreibers oder eines verbundenen Rechtsträgers des Plattformbetreibers handelt;

9. qualifizierte relevante Tätigkeiten: alle relevanten Tätigkeiten, die gemäß einer wirksamen qualifizierenden Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden unter den automatischen Austausch fallen;

10. Vergütung: jegliche Form von Entgelt, abzüglich aller vom meldenden Plattformbetreiber einbehaltenen oder erhobenen Gebühren, Provisionen oder Steuern, die einem Verkäufer im Zusammenhang mit der relevanten Tätigkeit gezahlt oder gutgeschrieben wird und deren Höhe dem Plattformbetreiber bekannt ist oder vernünftigerweise bekannt sein sollte;

11. persönliche Dienstleistung: eine Leistung, die zeitlich begrenzte oder aufgabenbezogene Arbeiten umfasst, die von einer oder mehreren natürlichen Personen ausgeführt werden, die entweder selbstständig oder im Namen eines Rechtsträgers handeln; diese Dienstleistung wird auf Wunsch eines Nutzers entweder online oder, nach Ermöglichung über eine Plattform, physisch und offline durchgeführt.

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man in Bezug auf meldepflichtige Verkäufer unter:

1. Verkäufer: einen Nutzer einer Plattform, entweder eine natürliche Person oder ein Rechtsträger, die/der jederzeit während des Meldezeitraums auf der Plattform registriert ist und die relevante Tätigkeit ausübt;

2. aktiver Verkäufer: jeden Verkäufer, der entweder während des Meldezeitraums eine relevante Tätigkeit leistet oder dem im Zusammenhang mit einer relevanten Tätigkeit während des Meldezeitraums eine Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wird;

3. meldepflichtiger Verkäufer: jeden aktiven Verkäufer, bei dem es sich nicht um einen freigestellten Verkäufer handelt, der in einem Mitgliedstaat ansässig ist oder der ein in einem Mitgliedstaat belegenes unbewegliches Vermögen vermietet hat;

4. freigestellter Verkäufer: jeden Verkäufer,

a) bei dem es sich um einen staatlichen Rechtsträger handelt;

b) bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, dessen Aktien regelmäßig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden oder bei dem es sich um einen verbundenen Rechtsträger eines Rechtsträgers handelt, dessen Aktien regelmäßig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden;

c) bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, für den der Plattformbetreiber mehr als 2.000 relevante Tätigkeiten durch Vermietung von unbeweglichem Vermögen im Zusammenhang mit einer inserierten Immobilien-einheit während des Meldezeitraums ermöglicht hat, oder

d) für den der Plattformbetreiber weniger als 30 relevante Tätigkeiten durch den Verkauf von Waren ermöglicht hat und für den der Gesamtbetrag der gezahlten oder gutgeschriebenen Vergütung während des Meldezeitraums 2.000 Euro nicht überstieg.

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man unter:

1. Rechtsträger: eine juristische Person oder ein Rechtsgebilde wie z. B. eine Kapitalgesellschaft, eine Personengesellschaft, ein Trust oder eine Stiftung. Ein Rechtsträger ist ein verbundener Rechtsträger eines anderen Rechtsträgers, wenn einer der beiden Rechtsträger den anderen beherrscht oder die beiden Rechtsträger der gleichen Beherrschung unterliegen. Für diesen Zweck umfasst Beherrschung unmittelbares oder mittelbares Eigentum an mehr als 50% der Stimmrechte und des Wertes eines Rechtsträgers. Bei einer mittelbaren Beteiligung wird die Erfüllung der Anforderung, dass mehr als 50% des Eigentumsrechts am Kapital des anderen Rechtsträgers gehalten werden, durch Multiplikation der Beteiligungsquoten an den nachgeordneten Unternehmen ermittelt. Eine Person mit einer Stimmrechtsbeteiligung von mehr als 50% gilt als Halter von 100% der Stimmrechte;

2. staatlicher Rechtsträger: die Regierung eines Mitgliedstaats oder anderen Staates, eine Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaats oder anderen Staates (wobei es sich u. a. um einen Gliedstaat, eine Provinz, einen Landkreis oder eine Gemeinde handeln kann) oder eine Behörde oder Einrichtung, die sich im Alleineigentum eines Mitgliedstaats oder anderen Staates oder einer oder mehrerer Gebietskörperschaften befindet (jeweils ein "staatlicher Rechtsträger");

3. Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer: die eindeutige Nummer zur Identifizierung eines Steuerpflichtigen oder einer nichtsteuerpflichtigen juristischen Person, der/die zu Mehrwertsteuerzwecken registriert ist;

4. Hauptanschrift: die Anschrift des Hauptwohnsitzes eines Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist, sowie die Anschrift des eingetragenen Sitzes eines Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

5. Meldezeitraum: das Kalenderjahr, für das die Meldung gemäß Artikel 18 abgeschlossen wird;

6. inserierte Immobilieneinheit: alle unbeweglichen Vermögen, die sich an derselben Postanschrift befinden, im Eigentum desselben Eigentümers stehen und von demselben Verkäufer auf einer Plattform zur Miete angeboten werden;

7. Kennung des Finanzkontos: die eindeutige, dem Plattformbetreiber zur Verfügung stehende Kennnummer oder Referenz des Bankkontos oder eines ähnlichen Zahlungsdienstkontos, auf das die Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wird;

8. Waren: jeglichen körperlichen Gegenstand.

Art. 16 - Umfang und Voraussetzungen

§ 1 - Die meldenden Plattformbetreiber führen die in den Artikeln 17 und 18 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch und kommen den dort festgelegten Meldepflichten im Einklang mit Anhang V Abschnitt IV der Richtlinie 2011/16/EU nach.

§ 2 - Gemäß den geltenden Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten nach den Artikeln 17 und 18 tauscht die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, in dem die Meldung gemäß § 1 erfolgt ist, im Wege des automatischen Austauschs und innerhalb der Frist gemäß § 3 in Bezug auf jeden meldepflichtigen Verkäufer mit der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer ansässig im Sinne des Artikels 17 § 4 ist, und sofern der meldepflichtige Verkäufer Vermietungsdienstleistungen für unbewegliches Vermögen erbringt in jedem Fall mit der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem das unbewegliche Vermögen belegen ist, die folgenden Informationen aus:

1. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und gegebenenfalls die gemäß § 4 erteilte individuelle Identifikationsnummer des meldenden Plattformbetreibers sowie die Geschäftsbezeichnung(en) der Plattform(en), über die der meldende Plattformbetreiber Meldung erstattet;

2. Vor- und Nachname des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist, und eingetragener Name des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

3. die Hauptanschrift;

4. jede Steueridentifikationsnummer des meldepflichtigen Verkäufers unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat, oder, falls keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist, den Geburtsort des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist;

5. die Handelsregisternummer des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

6. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer des meldepflichtigen Verkäufers, falls vorhanden;

7. das Geburtsdatum des Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist;

8. die Kennung des Finanzkontos, auf dem die Einzahlung oder Gutschrift der Vergütung erfolgt, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und sofern die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer ansässig im Sinne des Artikels 17 § 4 ist, den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten nicht mitgeteilt hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

9. falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf diesen Kontoinhaber verfügt;

10. jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne des Artikels 17 § 4 ansässig ist;

11. die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, für die sie gezahlt oder gutgeschrieben wurde;

12. jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden.

Erbringt der meldepflichtige Verkäufer Vermietungsdienstleistungen für unbewegliches Vermögen, werden die folgenden zusätzlichen Informationen übermittelt:

1. Adresse für jede inserierte Immobilieneinheit, die gemäß den in Artikel 17 § 5 beschriebenen Verfahren bestimmt wird, und, sofern verfügbar, die entsprechende Nummer des Grundbucheintrags oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist;

2. die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, die in Bezug auf jede inserierte Immobilieneinheit erbracht wurden;

3. falls verfügbar, die Zahl der Tage, an denen jede inserierte Immobilieneinheit während des Meldezeitraums vermietet war, sowie die Art jeder inserierten Immobilieneinheit.

§ 3 - Die Übermittlung der Informationen gemäß § 2 erfolgt unter Verwendung des elektronischen Standardformats gemäß Artikel 35 § 4 binnen zwei Monaten nach dem Ende des Meldezeitraums, auf den sich die Meldepflichten des meldenden Plattformbetreibers beziehen. Die Informationen werden erstmals für Meldezeiträume ab dem 1. Januar 2023 übermittelt.

§ 4 - Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *b*) registriert sich bei der Aufnahme seiner Tätigkeit als Plattformbetreiber bei der zuständigen Behörde nach folgendem Verfahren:

1. Der meldende Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde folgende Informationen mit:

a) Name;

b) Postanschrift;

c) elektronische Adressen einschließlich Webseiten;

d) jede Steueridentifikationsnummer, die dem meldenden Plattformbetreiber ausgestellt wurde;

e) eine Erklärung mit Informationen über die Identifizierung dieses meldenden Plattformbetreibers für Mehrwertsteuerzwecke in der Europäischen Union gemäß Titel XII Kapitel 6 Abschnitte 2 und 3 der Richtlinie 2006/112/EG;

f) die Mitgliedstaaten, in denen meldepflichtige Verkäufer im Sinne des Artikels 17 § 4 ansässig sind.

2. Der meldende Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde jegliche Änderung der gemäß Nummer 1 übermittelten Informationen mit.

3. Die zuständige Behörde weist dem meldenden Plattformbetreiber eine individuelle Identifikationsnummer zu und teilt diese den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten elektronisch mit.

4. In folgenden Fällen ersucht die zuständige Behörde die Europäische Kommission, einen meldenden Plattformbetreiber aus dem zentralen Register zu löschen:

a) Der Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde mit, dass er seine Tätigkeit als Plattformbetreiber nicht länger ausübt;

b) es liegt keine Mitteilung gemäß Nummer 1 vor, aber es besteht Grund zu der Annahme, dass die Tätigkeit eines Plattformbetreibers eingestellt wurde;

c) der Plattformbetreiber erfüllt nicht länger die in Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *b*) festgelegten Bedingungen;

d) die zuständige Behörde hat die Registrierung gemäß Nummer 6 widerrufen.

5. Die zuständige Behörde unterrichtet die Europäische Kommission unverzüglich über jeden Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *b*), der seine Tätigkeit als Plattformbetreiber aufnimmt, ohne sich gemäß dieser Nummer registrieren zu lassen.

6. Kommt ein meldender Plattformbetreiber nach zwei Mahnungen durch die zuständige Behörde der Meldepflicht gemäß Artikel 18 § 1 Absatz 3 nicht nach, so ergreift die zuständige Behörde unbeschadet des Artikels 45 die erforderlichen Maßnahmen, um die Registrierung des meldenden Plattformbetreibers gemäß dem vorliegenden Paragraphen zu widerrufen. Die Registrierung wird spätestens nach Ablauf von 90 Tagen, jedoch nicht vor Ablauf von 30 Tagen nach der zweiten Mahnung widerrufen.

§ 5 - Gilt ein Plattformbetreiber als freigestellter Plattformbetreiber, so unterrichtet die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, an den der Nachweis gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nummer 3 erbracht wurde, die zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten entsprechend, auch über sämtliche späteren Änderungen.

§ 6 - Die Regierung legt die Regeln und Verwaltungsverfahren zur wirksamen Erfüllung und Einhaltung der in den Artikeln 17 und 18 beschriebenen Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten fest, u. a. um Folgendes sicherzustellen:

1. Legt ein Verkäufer nach zwei auf das ursprüngliche Ersuchen des meldenden Plattformbetreibers folgenden Mahnungen die gemäß Artikel 17 erforderlichen Informationen nicht vor, schließt der meldende Plattformbetreiber, jedoch nicht vor Ablauf von 60 Tagen, das Konto des Verkäufers und hindert den Verkäufer daran, sich erneut bei der Plattform zu registrieren, oder er behält die Zahlung der Vergütung an den Verkäufer ein, solange der Verkäufer die verlangten Informationen nicht vorlegt.

2. Die meldenden Plattformbetreiber setzen die Erhebungs- und Überprüfungsanforderungen gemäß Artikel 17 in Bezug auf ihre Verkäufer durch.

3. Die meldenden Plattformbetreiber dokumentieren die zur Durchführung der in den Artikeln 17 und 18 aufgeführten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten unternommenen Schritte und herangezogenen Informationen. Diese Aufzeichnungen müssen für einen ausreichend langen Zeitraum und in jedem Fall während mindestens fünf, jedoch höchstens zehn Jahren nach Ablauf des Meldezeitraums, auf den sie sich beziehen, verfügbar bleiben.

4. Alle erforderlichen Informationen werden der zuständigen Behörde gemeldet, damit diese ihrer Verpflichtung zur Übermittlung von Informationen gemäß § 2 nachkommen kann. Falls erforderlich wird eine Berichtsaufforderung an meldende Plattformbetreiber gerichtet.

5. Die meldenden Plattformbetreiber halten die in den Artikeln 17 und 18 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und Meldepflichten ein.

6. Eine Nachverfolgung mit den meldenden Plattformbetreibern findet für den Fall statt, dass die gemeldeten Informationen unvollständig oder fehlerhaft sind.

Art. 17 - Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten

§ 1 - Um festzustellen, ob ein Verkäufer, der ein Rechtsträger ist, im Sinne von Artikel 15 Absatz 2 Nummer 4 Buchstaben *a)* und *b)* als freigestellter Verkäufer einzustufen ist, kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf öffentlich zugängliche Informationen oder eine Bestätigung des Verkäufers, der ein Rechtsträger ist, stützen.

Um festzustellen, ob ein Verkäufer im Sinne von Artikel 15 Absatz 2 Nummer 4 Buchstaben *c)* und *d)* als freigestellter Verkäufer einzustufen ist, kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf seine verfügbaren Aufzeichnungen stützen.

§ 2 - Der meldende Plattformbetreiber erhebt für jeden Verkäufer, der eine natürliche Person, aber kein freigestellter Verkäufer ist, alle folgenden Informationen:

1. Vor- und Nachname;
2. die Hauptanschrift;
3. jede Steueridentifikationsnummer, die diesem Verkäufer ausgestellt wurde, unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat, oder, falls keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist, den Geburtsort dieses Verkäufers;
4. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer dieses Verkäufers, falls vorhanden;
5. das Geburtsdatum.

Der meldende Plattformbetreiber erhebt für jeden Verkäufer, der ein Rechtsträger, aber kein freigestellter Verkäufer ist, alle folgenden Informationen:

1. den eingetragenen Namen;
2. die Hauptanschrift;
3. jede diesem Verkäufer erteilte Steueridentifikationsnummer unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat;
4. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer dieses Verkäufers, falls vorhanden;
5. die Handelsregisternummer;
6. das Bestehen einer Betriebsstätte in der Europäischen Union, über die relevante Tätigkeiten ausgeübt werden, falls vorhanden, unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, in dem sich diese Betriebsstätte befindet.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummern 1 und 2 ist der meldende Plattformbetreiber nicht verpflichtet, die in Absatz 1 Nummern 1 bis 5 sowie in Absatz 2 Nummern 2 bis 6 genannten Informationen zu erheben, sofern dieser sich zur Feststellung der Identität und der steuerlichen Ansässigkeit des Verkäufers auf eine direkte Bestätigung der Identität und der Ansässigkeit des Verkäufers durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Europäischen Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummer 3 und des Absatzes 2 Nummern 3 und 5 ist der meldende Plattformbetreiber in folgenden Fällen nicht verpflichtet, die Steueridentifikationsnummer bzw. die Handelsregisternummer zu erheben:

1. der Ansässigkeitsmitgliedstaat des Verkäufers stellt dem Verkäufer keine Steueridentifikationsnummer oder Handelsregisternummer aus;
2. der Ansässigkeitsmitgliedstaat des Verkäufers verlangt keine Erhebung der Steueridentifikationsnummer, die dem Verkäufer ausgestellt wurde.

§ 3 - Der meldende Plattformbetreiber stellt anhand aller ihm in seinen Aufzeichnungen zur Verfügung stehenden Informationen und Unterlagen sowie einer von einem Mitgliedstaat oder der Europäischen Union zur Überprüfung der Gültigkeit der Steueridentifikationsnummer und/oder der Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer kostenlos zur Verfügung gestellten elektronischen Schnittstelle fest, ob die gemäß § 1, § 2 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstaben *a)* bis *e)* und § 5 erhobenen Informationen verlässlich sind.

Ungeachtet von Nummer 1 kann der meldende Plattformbetreiber für den Abschluss der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gemäß § 6 Absatz 2 anhand von Informationen und Unterlagen, die dem meldenden Plattformbetreiber in seinen elektronisch durchsuchbaren Aufzeichnungen zur Verfügung stehen, feststellen, ob die gemäß § 1, § 2 Absatz 1 und Absatz 2 Nummern 1 bis 5 und § 5 erhobenen Informationen verlässlich sind.

In Anwendung von § 6 Absatz 3 Nummer 2 und ungeachtet des § 3 Absätze 1 und 2 fordert der meldende Plattformbetreiber in Fällen, in denen er Grund zu der Annahme hat, dass in den § 2 oder 5 genannte Informationselemente aufgrund von Informationen, die die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats in einem Ersuchen über einen bestimmten Verkäufer übermittelt haté möglicherweise fehlerhaft sind, den Verkäufer auf, die als fehlerhaft erachteten Informationselemente zu berichtigen und verlässliche, aus einer unabhängigen Quelle stammende Belege, Daten oder Informationen vorzulegen, wie etwa:

1. ein gültiges, von der Regierung ausgestelltes Identifikationsdokument;
2. eine Bescheinigung neueren Datums der steuerlichen Ansässigkeit.

§ 4 - Ein meldender Plattformbetreiber betrachtet einen Verkäufer als in dem Mitgliedstaat ansässig, in dem dieser seine Hauptanschrift hat. Ist der Mitgliedstaat der Hauptanschrift des Verkäufers nicht der Mitgliedstaat, der die Steueridentifikationsnummer ausgestellt hat, so betrachtet der meldende Plattformbetreiber den Verkäufer als auch in dem Mitgliedstaat ansässig, in dem dessen Steueridentifikationsnummer ausgestellt wurde. Hat der Verkäufer Informationen über eine bestehende Betriebsstätte gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 6 übermittelt, so betrachtet der meldende Plattformbetreiber diesen Verkäufer auch als in dem entsprechenden vom Verkäufer genannten Mitgliedstaat ansässig.

Ungeachtet des Absatzes 1 betrachtet ein meldender Plattformbetreiber einen Verkäufer als in jedem Mitgliedstaat ansässig, der durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Europäischen Union bereitgestellten elektronischen Identifizierungsdienst gemäß § 2 Absatz 3 bestätigt wurde.

§ 5 - Übt ein Verkäufer eine relevante Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vermietung von unbeweglichem Vermögen aus, so erhebt der meldende Plattformbetreiber die Anschrift jeder inserierten Immobilieneinheit und, sofern vorhanden, die jeweilige Grundbuchnummer oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist. Hat ein meldender Plattformbetreiber mehr als 2.000 relevante Tätigkeiten durch eine inserierte Immobilieneinheit für denselben Verkäufer, bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, ermöglicht, so erhebt der meldende Plattformbetreiber Belege, Daten oder Informationen darüber, dass die inserierte Immobilieneinheit im Eigentum desselben Eigentümers stehen.

§ 6 - Ein meldender Plattformbetreiber hat die in den § § 1 bis 5 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten bis zum 31. Dezember des Meldezeitraums abzuschließen.

Ungeachtet des Absatzes 1 müssen für Verkäufer, die am 1. Januar 2023 oder zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Rechtsträger zum meldenden Plattformbetreiber wird, bereits auf der Plattform registriert waren, die in den § § 1 bis 5 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten bis zum 31. Dezember des zweiten Meldezeitraums für den meldenden Plattformbetreiber abgeschlossen sein.

Ungeachtet des Absatzes 1 kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf die im Zusammenhang mit früheren Meldezeiträumen durchgeführten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten stützen, sofern

1. die gemäß § 2 Absätze 1 und 2 erforderlichen Informationen über den Verkäufer in den letzten 36 Monaten entweder erhoben und überprüft oder bestätigt wurden und

2. der meldende Plattformbetreiber keinen Grund zu der Annahme hat, dass die gemäß den § § 1, 2 und 5 erhobenen Informationen unglaubwürdig oder unzutreffend sind bzw. geworden sind.

§ 7 - Ein meldender Plattformbetreiber kann sich dafür entscheiden, die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten entsprechend den § § 1 bis 6 nur in Bezug auf aktive Verkäufer abzuschließen.

§ 8 - Ein meldender Plattformbetreiber kann sich bei der Erfüllung der in diesem Artikel festgelegten Sorgfaltspflichten auf einen dritten Dienstleister stützen; die Pflichten verbleiben jedoch in der Verantwortung des meldenden Plattformbetreibers.

Erfüllt ein Plattformbetreiber die Sorgfaltspflichten für einen meldenden Plattformbetreiber in Bezug auf dieselbe Plattform gemäß § 8 Nummer 1, so führt dieser Plattformbetreiber die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gemäß den in diesem Artikel festgelegten Bestimmungen durch. Die Sorgfaltspflichten verbleiben jedoch in der Verantwortung des meldenden Plattformbetreibers.

Art. 18 - Meldepflichten

§ 1 - Zeitpunkt und Art der Meldung der in Artikel 16 erwähnten Informationen erfolgen gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen.

Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *a*) meldet der zuständigen Behörde des gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *a*) bestimmten Mitgliedstaates die in § 2 genannten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird. Existiert mehr als ein meldender Plattformbetreiber, so ist jeder dieser meldenden Plattformbetreiber von der Meldung der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit dem nationalen Recht nachweisen kann, dass dieselben Informationen von einem anderen meldenden Plattformbetreiber gemeldet wurden.

Erfüllt ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *a*) eine der dort aufgeführten Bedingungen in mehr als einem Mitgliedstaat, so wählt er einen dieser Mitgliedstaaten, in dem er die in diesem Artikel festgelegten Meldepflichten erfüllen wird. Ein solcher meldender Plattformbetreiber unterrichtet alle zuständigen Behörden dieser Mitgliedstaaten über seine Wahl und meldet der zuständigen Behörde des festgelegten Mitgliedstaats seiner Wahl die in § 2 aufgeführten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird. Existiert mehr als ein meldender Plattformbetreiber, so ist jeder dieser meldenden Plattformbetreiber von der Meldung der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit dem nationalen Recht nachweisen kann, dass dieselben Informationen von einem anderen meldenden Plattformbetreiber in einem anderen Mitgliedstaat gemeldet wurden.

Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *b*) meldet der zuständigen Behörde des gemäß Artikel 16 § 4 Nummer 1 festgelegten Mitgliedstaats, in dem die Registrierung erfolgt ist, die in § 2 aufgeführten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird.

Ungeachtet des Absatzes 4 ist ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe *b*) nicht verpflichtet, die in § 2 genannten Informationen in Bezug auf qualifizierte relevante Tätigkeiten zu übermitteln, die unter eine wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden fallen, die bereits den automatischen Austausch gleichwertiger Informationen mit einem Mitgliedstaat über in jenem Mitgliedstaat ansässige meldepflichtige Verkäufer vorsieht.

Ein meldender Plattformbetreiber übermittelt auch dem betreffenden meldepflichtigen Verkäufer die in § 2 Nummern 2 und 3 genannten Informationen spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird.

Die Informationen über die in einer Fiat-Währung gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung sind in der Währung zu melden, in der diese gezahlt oder gutgeschrieben wurde. Wurde die Vergütung in einer anderen Form als der Fiat-Währung gezahlt oder gutgeschrieben, so ist sie in der Landeswährung zu melden und in einer Weise umzurechnen oder zu bewerten, die vom meldenden Plattformbetreiber einheitlich festgelegt wird.

Die Informationen über die Vergütung und andere Beträge sind für das Quartal des Meldezeitraums zu melden, in dem die Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wurde.

§ 2 - Jeder meldende Plattformbetreiber hat folgende Informationen zu melden:

1. Name, Anschrift des Sitzes, Steueridentifikationsnummer und gegebenenfalls die gemäß Artikel 16 § 4 Nummer 3 erteilte individuelle Identifikationsnummer des meldenden Plattformbetreibers sowie die Geschäftsbezeichnung(en) der Plattform(en), über die der meldende Plattformbetreiber Meldung erstattet;

2. für jeden meldepflichtigen Verkäufer, der eine relevante Tätigkeit ausgeübt hat, ausgenommen die Vermietung von unbeweglichem Vermögen:

a) die Informationselemente, die gemäß Artikel 17 § 2 zu erheben sind;

b) die Kennung des Finanzkontos, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne von Artikel 17 § 4 ansässig ist, nicht öffentlich bekannt gegeben hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

c) falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf diesen Kontoinhaber verfügt;

d) jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer für die Zwecke dieses Dekrets ansässig ist, wobei die Ansässigkeit gemäß Artikel 17 § 4 bestimmt wird;

e) die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, für die sie gezahlt oder gutgeschrieben wurde;

f) jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden;

3. für jeden meldepflichtigen Verkäufer, der eine relevante Tätigkeit ausgeübt hat, die die Vermietung von unbeweglichem Vermögen beinhaltet:

a) die Informationselemente, die gemäß Artikel 17 § 2 zu erheben sind;

b) die Kennung des Finanzkontos, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne von Artikel 17 § 4 ansässig ist, nicht öffentlich bekannt gegeben hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

c) falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf den Kontoinhaber verfügt;

d) jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer für die Zwecke dieses Dekrets ansässig ist, wobei die Ansässigkeit gemäß Artikel 17 § 4 bestimmt wird;

e) Anschrift für jede inserierte Immobilieneinheit, die gemäß den in Artikel 17 § 5 beschriebenen Verfahren bestimmt wird, und, sofern vorhanden, die jeweilige Grundbuchnummer oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist;

f) die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, die in Bezug auf jede inserierte Immobilieneinheit erbracht wurden;

g) jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden;

h) falls verfügbar, die Zahl der Tage, an denen jede inserierte Immobilieneinheit während des Meldezeitraums vermietet war, sowie die Art jeder inserierten Immobilieneinheit.

Abschnitt 3 — Spontaner Informationsaustausch

Art. 19 - Umfang und Voraussetzungen

Die zuständige Behörde übermittelt jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde die in Artikel 2 § 1 Absatz 1 genannten Informationen in folgenden Fällen:

1. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Mitgliedstaat;
2. ein Steuerpflichtiger erhält eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Mitgliedstaat zur Folge haben würde;
3. Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einem Steuerpflichtigen eines anderen Mitgliedstaats werden über ein Land oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet, die in einem der beiden oder in beiden Mitgliedstaaten zur Steuerersparnis führen kann;
4. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns;
5. im Zusammenhang mit Informationen, die von der ausländischen zuständigen Behörde übermittelt worden sind, ist ein Sachverhalt ermittelt worden, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Mitgliedstaat erheblich sein könnte.

Die zuständige Behörde kann den ausländischen zuständigen Behörden im Wege des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis hat und die für die ausländischen zuständigen Behörden von Nutzen sein können, übermitteln.

Die zuständige Behörde, für die die in Absatz 1 genannten Informationen verfügbar werden, übermittelt diese Informationen so schnell wie möglich jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde, spätestens jedoch einen Monat, nachdem sie verfügbar geworden sind.

Art. 20 - Empfangsbestätigung

Die zuständige Behörde, der Informationen nach Maßgabe des Artikels 19 übermittelt werden, bestätigt der ausländischen Behörde, die die Informationen übermittelt hat, unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Eingang der Informationen, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt der Informationen.

KAPITEL 3 — SONSTIGE FORMEN DER VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT

Abschnitt 1 — Anwesenheit in den Amtsräumen von Behörden und Teilnahme an behördlichen Ermittlungen**Art. 21** - Zuständige Behörde

Zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 § 1 Absatz 1 kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde darum ersuchen, dass von ersterer zuständige Bedienstete unter den von letzterer festgelegten Verfahrensregelungen:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden des ersuchten Mitgliedstaats ihre Tätigkeit ausüben;
2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die im Hoheitsgebiet des ersuchten Mitgliedstaats durchgeführt werden;
3. sofern angezeigt mittels elektronischer Kommunikationsmittel an den vom ersuchten Mitgliedstaat durchgeführten behördlichen Ermittlungen teilnehmen dürfen.

Die ersuchte Behörde beantwortet ein Ersuchen gemäß Absatz 1 binnen 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens, um entweder ihr Einverständnis zu bestätigen oder der ersuchenden Behörde ihre begründete Ablehnung mitzuteilen.

Art. 22 - Ausländische Behörde

§ 1 - Zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 § 1 Absatz 1 kann eine ausländische Behörde die zuständige Behörde darum ersuchen, dass von ersterer zuständige Bedienstete unter den von letzterer festgelegten Verfahrensregelungen:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Tätigkeit ausüben;
2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden;
3. sofern angezeigt mittels elektronischer Kommunikationsmittel an den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführten behördlichen Ermittlungen teilnehmen dürfen.

Die zuständige Behörde beantwortet ein Ersuchen gemäß Absatz 1 binnen 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens, um entweder ihr Einverständnis zu bestätigen oder der ausländischen Behörde ihre begründete Ablehnung mitzuteilen.

Sind die erbetenen Informationen in Unterlagen enthalten, zu denen die Bediensteten der zuständigen Behörde Zugang haben, so werden den Bediensteten der ausländischen Behörde Kopien dieser Unterlagen ausgehändigt.

§ 2 - Sind Bedienstete der ausländischen Behörde bei behördlichen Ermittlungen zugegen oder nehmen sie über elektronische Kommunikationsmittel an den behördlichen Ermittlungen teil, so dürfen sie Einzelpersonen befragen und Aufzeichnungen prüfen.

§ 3 - Zuständige Bedienstete der ersuchenden Behörde müssen jederzeit eine schriftliche Vollmacht vorlegen können, aus der ihre Identität und dienstliche Stellung hervorgehen.

Abschnitt 2 — Prüfungen**Art. 23** - Gleichzeitige Prüfungen

§ 1 - Vereinbaren die Deutschsprachige Gemeinschaft und ein oder mehrere Mitgliedstaat(en), jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gleichzeitige Prüfungen einer oder mehrerer Person(en) von gemeinsamem oder ergänzendem Interesse durchzuführen, um die dabei erlangten Informationen auszutauschen, findet § 2 Anwendung.

§ 2 - Die zuständige Behörde bestimmt selbst, welche Personen sie für eine gleichzeitige Prüfung vorschlagen will. Sie unterrichtet die ausländischen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten über die Fälle, für die sie eine gleichzeitige Prüfung vorschlägt, und begründet ihre Wahl. Sie gibt an, in welchem Zeitraum derartige Prüfungen durchgeführt werden sollen.

Wird der zuständigen Behörde eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen, entscheidet sie, ob sie daran teilnehmen will. Binnen 60 Tagen nach Erhalt des Vorschlags bestätigt sie der ausländischen Behörde, die eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen hat, ihr Einverständnis oder teilt ihre begründete Ablehnung mit.

Die zuständige Behörde benennt einen für die Beaufsichtigung und die Koordinierung der Prüfung verantwortlichen Vertreter.

Art. 24 - Gemeinsame Prüfungen

§ 1 - Eine ausländische Behörde kann die zuständige Behörde ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen. Die zuständige Behörde beantwortet das Ersuchen um eine gemeinsame Prüfung innerhalb von 60 Tagen nach dessen Erhalt. Die zuständige Behörde kann das Ersuchen der ausländischen Behörde um eine gemeinsame Prüfung in begründeten Fällen ablehnen.

Die zuständige Behörde kann eine oder mehrere ausländische Behörden ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen.

§ 2 - Die in § 1 erwähnten gemeinsamen Prüfungen werden von den ersuchenden und ersuchten zuständigen Behörden in zuvor vereinbarter und koordinierter Weise, einschließlich der Sprachenregelung, und im Einklang mit den Rechts- und Verfahrensvorschriften des Mitgliedstaats, in dem die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten stattfinden, durchgeführt. Finden die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt, benennt die zuständige Behörde einen Vertreter, der für die Beaufsichtigung und Koordinierung der gemeinsamen Prüfung zuständig ist.

Finden die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt, werden die Rechte und Pflichten der an der gemeinsamen Prüfung teilnehmenden Bediensteten der Mitgliedstaaten, sofern diese bei Tätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugegen sind, nach dem Recht der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt. Die Bediensteten eines anderen Mitgliedstaats befolgen die Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sie üben dabei jedoch keine Befugnisse aus, die über die Befugnisse hinausgehen würden, die ihnen nach dem Recht ihres Mitgliedstaats zustehen.

§ 3 - Unbeschadet des § 2 gelten folgende Maßnahmen, wenn die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden:

1. Bedienstete aus anderen Mitgliedstaaten, die an den gemeinsamen Prüfungstätigkeiten teilnehmen, können zusammen mit den Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unter Einhaltung der von der zuständigen Behörde festgelegten Verfahrensregelungen Einzelpersonen befragen und Aufzeichnungen prüfen;
2. die bei diesen gemeinsamen Prüfungstätigkeiten gesammelten Beweise können, auch hinsichtlich ihrer Zulässigkeit, unter den gleichen rechtlichen Bedingungen bewertet werden wie im Fall einer auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführten Prüfung, an der nur die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnehmen; dies gilt auch während jeglichen Beschwerde-, Revisions- oder Einspruchsverfahren; und
3. der Betroffene verfügt über dieselben Rechte und hat dieselben Pflichten wie im Fall einer Prüfung, an der nur die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnehmen; dies gilt auch während jeglichen Beschwerde-, Revisions- oder Einspruchsverfahren.

§ 4 - Führen die zuständigen Behörden von zwei oder mehr Mitgliedstaaten eine gemeinsame Prüfung durch, so bemühen sie sich, sich auf den Sachverhalt und die Umstände, die für die gemeinsame Prüfung relevant sind, zu einigen und auf der Grundlage der Ergebnisse der gemeinsamen Prüfung zu einer Einigung über den steuerlichen Status der geprüften Person(en) zu gelangen. Die Feststellungen der gemeinsamen Prüfung sind in einem Prüfungsbericht darzulegen. Fragen, in denen sich die zuständigen Behörden einig sind, sind im Prüfungsbericht wiedergegeben und werden in den einschlägigen Instrumenten berücksichtigt, die von den zuständigen Behörden der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Anschluss an diese gemeinsame Prüfung ausgestellt werden.

Vorbehaltlich des Absatzes 1 unterliegen Maßnahmen der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats oder seiner Bediensteten im Anschluss an eine gemeinsame Prüfung sowie alle weiteren Verfahren, die in jenem Mitgliedstaat stattfinden, wie etwa eine Entscheidung der Steuerbehörden sowie ein damit zusammenhängendes Einspruchs- oder Vergleichsverfahren, dem nationalen Recht jenes Mitgliedstaats.

§ 5 - Die geprüfte Person oder geprüften Personen werden über das Ergebnis der gemeinsamen Prüfung unterrichtet, wozu auch eine Kopie des Prüfungsberichts gehört, die innerhalb von 60 Tagen nach seiner Erstellung übermittelt wird.

Abschnitt 3 — Zustellung durch die Verwaltung

Art. 25 - Zuständige Behörde

Die zuständige Behörde kann eine ausländische Behörde ersuchen, dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden der zuständigen Behörde zuzustellen, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen. Diese Zustellung erfolgt nach Maßgabe der Rechtsvorschriften für die Zustellung entsprechender Akte im ersuchten Mitgliedstaat.

Das Zustellungsersuchen enthält Angaben über den Gegenstand des zuzustellenden Akts oder der zuzustellenden Entscheidung sowie Namen und Anschrift des Adressaten und alle weiteren Informationen, die die Identifizierung des Adressaten erleichtern können.

Die zuständige Behörde stellt nur dann ein Zustellungsersuchen nach diesem Artikel, wenn sie nicht in der Lage ist, die Zustellung nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung der betreffenden Akte vorzunehmen, oder wenn die Zustellung unverhältnismäßige Schwierigkeiten aufwerfen würde. Die zuständige Behörde kann einer Person im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats jedes Dokument per Einschreiben oder auf elektronischem Weg direkt zustellen.

Art. 26 - Ausländische Behörde

Auf Antrag einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung entsprechender Akte dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden des ersuchenden Mitgliedstaats, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen.

Die zuständige Behörde teilt der ersuchenden Behörde unverzüglich mit, was aufgrund des Zustellungsersuchens veranlasst wurde, und insbesondere, an welchem Tag der Akt oder die Entscheidung dem Adressaten zugestellt wurde.

Abschnitt 4 — Rückmeldungen

Art. 27 - Zuständige Behörde

Übermittelt eine ausländische Behörde Informationen gemäß Artikel 8 oder 19, so kann sie die zuständige Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten. Wird um eine Rückmeldung gebeten, so übermittelt die zuständige Behörde, unbeschadet der geltenden Vorschriften zum Schutz des Steuergeheimnisses und zum Datenschutz, der ausländischen Behörde die Rückmeldung sobald wie möglich und spätestens drei Monate nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Verwendung der erbetenen Informationen.

Die zuständige Behörde übermittelt den anderen betroffenen Mitgliedstaaten einmal jährlich nach bilateral vereinbarten praktischen Regelungen eine Rückmeldung zum automatischen Informationsaustausch.

Art. 28 - Ausländische Behörde

Übermittelt die zuständige Behörde Informationen gemäß Artikel 9 oder 19, so kann sie die ausländische Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten.

KAPITEL 4 — BEDINGUNGEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN

Abschnitt 1 — Weitergabe von Informationen und Schriftstücken

Art. 29 - Zuständige Behörde

§ 1 - Die Informationen, über die die zuständige Behörde aufgrund dieses Dekrets verfügt, unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den Artikel 337 des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 für vergleichbare Informationen gewährt.

§ 2 - Die Informationen können verwendet werden:

1. zur Bewertung, Anwendung und Durchsetzung des Rechts der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern sowie die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern;
2. zur Festsetzung und Beitreibung anderer Steuern und Abgaben gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2010/24/EU oder zur Festsetzung und Einziehung von Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungen;

3. im Zusammenhang mit Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die Sanktionen wegen Nichtbeachtung des Steuerrechts zur Folge haben können, und zwar unbeschadet der allgemeinen Regelungen und Vorschriften über die Rechte der Beklagten und Zeugen in solchen Verfahren.

Mit Zustimmung der ausländischen Behörde, die im Rahmen dieses Dekrets Informationen übermittelt, und nur insoweit, als dies nach dem Recht der Deutschsprachigen Gemeinschaft zulässig ist, können die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden. Die Informationen dürfen auch durch die zuständige Behörde verwendet werden, wenn sie in dem Mitgliedstaat der ausländischen Behörde für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Die ausländischen Behörden können der zuständigen Behörde eine Liste der anderen als in Absatz 1 genannten Zwecke, für die Informationen und Schriftstücke gemäß ihrem nationalen Recht verwendet werden dürfen, übermitteln. Die zuständige Behörde, die Informationen und Schriftstücke erhält, darf die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für die von der ausländischen Behörde aufgelisteten Zwecke ohne die in Absatz 2 genannte Zustimmung verwenden.

§ 3 - Ist die zuständige Behörde der Ansicht, dass Informationen, die sie von der ausländischen Behörde erhalten hat, für die ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaats für die in § 2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann sie diese Informationen der ausländischen zuständigen Behörde des dritten Mitgliedstaats unter der Voraussetzung weitergeben, dass diese Weitergabe im Einklang mit den in diesem Dekret festgelegten Regeln und Verfahren erfolgt. Sie teilt der ausländischen zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ihre Absicht mit, die Informationen einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben. Die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, kann innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mitteilen, dass sie dieser Weitergabe der Informationen nicht zustimmt.

§ 4 - Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus, die die ersuchte Behörde erhalten und der zuständigen Behörde im Einklang mit diesem Dekret übermittelt hat, werden von der zuständigen Behörde in gleicher Weise als Beweismittel verwendet wie entsprechende Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke einer anderen belgischen Behörde.

Art. 30 - Ausländische Behörde

Die zuständige Behörde kann der Verwendung der Informationen und Schriftstücke gemäß diesem Dekret in dem Mitgliedstaat, der sie empfängt, für andere als in Artikel 29 § 2 Absatz 1 genannte Zwecke zustimmen. Diese Zustimmung wird erteilt, wenn die Informationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Teilt eine ausländische Behörde ihre Absicht mit, Informationen, die sie von der zuständigen Behörde erhalten hat, einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben, weil sie für diesen Mitgliedstaat für die in Artikel 29 § 2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen durch die ausländische Behörde an den dritten Mitgliedstaat zustimmen. Stimmt die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen nicht zu, teilt sie dies innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mit.

Die zuständige Behörde kann ferner zustimmen, dass Informationen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß Absatz 2 durch eine ausländische Behörde an eine ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaates weitergegeben werden, im dritten Mitgliedstaat für andere als die in Artikel 29 § 2 Absatz 1 genannten Zwecke verwendet werden können.

Abschnitt 2 — Beschränkungen, Ablehnungen und Pflichten

Art. 31 - Beschränkungen

Ehe die zuständige Behörde um die in Artikel 8 genannten Informationen ersucht, bemüht sie sich zunächst, die Informationen aus allen üblichen Informationsquellen auszuschöpfen, die sie unter den gegebenen Umständen zur Erlangung der erbetenen Informationen genutzt haben könnte, ohne die Erreichung ihres Ziels zu gefährden.

Art. 32 - Ablehnungen

Die zuständige Behörde ist nicht zu Ermittlungen oder zur Übermittlung von Informationen verpflichtet, wenn die Durchführung solcher Ermittlungen bzw. die Beschaffung der betreffenden Informationen für eigene Zwecke mit den Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft unvereinbar wäre.

In folgenden Fällen kann die zuständige Behörde die Übermittlung von Informationen ablehnen:

1. wenn die ersuchende Behörde aus rechtlichen Gründen nicht zur Übermittlung entsprechender Informationen in der Lage ist;
2. wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen würde;
3. wenn die Preisgabe der betreffenden Information die öffentliche Ordnung verletzen würde.

Die zuständige Behörde teilt der ersuchenden Behörde die Gründe mit, aus denen ein Auskunftersuchen abgelehnt wurde.

Art. 33 - Pflichten

Die zuständige Behörde trifft die ihr zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn sie solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt. Diese Verpflichtung gilt unbeschadet des Artikels 32 Absätze 1 und 2, der jedoch nicht so ausgelegt werden kann, dass sich die zuständige Behörde darauf berufen kann, um die Bereitstellung der Informationen allein deshalb abzulehnen, weil sie kein eigenes Interesse daran hat.

Artikel 32 Absätze 1 und 2 Nummern 2 und 3 ist in keinem Fall so auszulegen, dass die zuständige Behörde die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Ungeachtet des Absatzes 2 kann die zuständige Behörde die Übermittlung der erbetenen Informationen verweigern, wenn diese Informationen vor dem 1. Januar 2011 liegende Besteuerungszeiträume betreffen und wenn die Übermittlung dieser Informationen auf der Grundlage des Artikels 8 Absatz 1 der Richtlinie 77/799/EWG hätte verweigert werden können, falls vor dem 11. März 2011 um sie ersucht worden wäre.

*Abschnitt 3 — Umfassendere Zusammenarbeit***Art. 34 - Ausdehnung**

Geht die Deutschsprachige Gemeinschaft mit einem Drittland eine umfassendere Zusammenarbeit als in diesem Dekret vorgesehen ein, so kann sie es nicht ablehnen, mit anderen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, eine solche umfassendere gegenseitige Zusammenarbeit einzugehen.

*Abschnitt 4 — Standardformblätter, elektronische Formate und CCN-Netz***Art. 35 - Standardformblätter und elektronische Formate**

§ 1 - Ersuchen um Informationen und behördliche Ermittlungen gemäß Artikel 8 sowie die entsprechenden Antworten, Empfangsbestätigungen, Ersuchen um zusätzliche Hintergrundinformationen und Mitteilungen über das Unvermögen zur oder die Ablehnung der Erfüllung des Ersuchens gemäß Artikel 11 werden soweit möglich mit Hilfe eines durch die Europäische Kommission angenommenen Standardformblatts übermittelt.

Dem Standardformblatt können Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus beigefügt werden.

§ 2 - Das Standardformblatt nach § 1 beinhaltet zumindest die folgenden Informationen, die von der ersuchenden Behörde zu übermitteln sind:

1. die Bezeichnung der Person, der die Untersuchung oder Ermittlung gilt, und im Falle von Gruppensuchen gemäß Artikel 10 § 3 eine ausführliche Beschreibung der Gruppe;
2. der steuerliche Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden.

Die ersuchende Behörde kann, soweit bekannt und im Einklang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene, Name und Anschrift jeder Person, von der angenommen wird, dass sie über die gewünschten Informationen verfügt, wie auch jede Angabe übermitteln, die die Beschaffung von Informationen durch die ersuchte Behörde erleichtern könnte.

§ 3 - Der spontane Informationsaustausch und seine Bestätigung gemäß den Artikeln 19 und 20, Zustellungersuche gemäß den Artikeln 25 und 26, Rückmeldungen gemäß den Artikeln 27 und 28 sowie Übermittlungen gemäß Artikel 29 § 2 Absätze 2 und 3 sowie § 3 und Artikel 37 Absatz 2 erfolgen mit Hilfe des von der Europäischen Kommission angenommenen Standardformblatts.

§ 4 - Der automatische Informationsaustausch gemäß den Artikeln 12 und 16 erfolgt über ein von der Europäischen Kommission angenommenes elektronisches Standardformat.

Art. 36 - Praktische Regelungen

Die Informationsübermittlung im Rahmen dieses Dekrets erfolgt soweit möglich auf elektronischem Wege mit Hilfe des CCN-Netzes.

Die zuständige Behörde unterrichtet jede natürliche meldepflichtige Person über eine Sicherheitsverletzung in Bezug auf ihre Daten, wenn durch diese Verletzung eine Beeinträchtigung des Schutzes ihrer personenbezogenen Daten oder ihrer Privatsphäre zu erwarten ist.

Ersuchen um Zusammenarbeit, einschließlich Zustellungersuchen, und beigefügte Schriftstücke können in den Sprachen abgefasst werden, die zwischen der ersuchten und der ersuchenden Behörde vereinbart wurden. Solchen Ersuchen wird eine Übersetzung in eine der Amtssprachen Belgiens nur in besonderen Fällen beigefügt, wenn die ersuchte Behörde die Anforderung einer solchen Übersetzung begründet.

*KAPITEL 5 — BEZIEHUNGEN ZU DRITTLÄNDERN***Art. 37 - Beziehungen zu Drittländern**

Erhält die zuständige Behörde von einem Drittland Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind, kann diese Behörde diese Informationen, sofern dies aufgrund einer Vereinbarung mit dem betreffenden Drittland zulässig ist, den ausländischen Behörden, für die diese Informationen von Nutzen sein könnten, und allen ersuchenden Behörden zur Verfügung stellen.

Die zuständige Behörde kann, im Einklang mit den geltenden Vorschriften zum Datenschutz, die im Einklang mit diesem Dekret erhaltenen Informationen an ein Drittland weitergeben, sofern alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ist mit der Übermittlung einverstanden.
2. Das betroffene Drittland hat sich zu der Zusammenarbeit verpflichtet, die für den Nachweis der Unregelmäßigkeit oder der Rechtswidrigkeit von mutmaßlich gegen die Steuervorschriften verstoßenden oder ihnen zuwiderlaufenden Transaktionen erforderlich ist.

*KAPITEL 6 — VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ***Art. 38 - Vertraulichkeit**

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die zuständige Behörde und andere Personen, die an der Ausführung dieses Dekrets beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 39 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Jeder Informationsaustausch gemäß diesem Dekret unterliegt der Datenschutz-Grundverordnung.

§ 2 - Die Intermediäre, die meldenden Plattformbetreiber und die zuständige Behörde sind für die erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich, wenn sie allein oder gemeinsam über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung entscheiden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 40 - Datenkategorien

§ 1 - Intermediäre, meldende Plattformbetreiber und die zuständige Behörde dürfen folgende Daten gemäß Artikel 39 verarbeiten: Daten zur Identität und Kontaktangaben, darunter die Nationalregisternummer, die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit oder andere Identifizierungsnummern, wie etwa die Steuernummer.

Die Regierung kann die in Absatz 1 aufgeführte Datenkategorie präzisieren.

§ 2 - Im Rahmen von Artikel 14 ist der Verarbeitungszweck der Austausch dieser Daten zwischen den Mitgliedstaaten, um u. a. den Steuerbehörden einen frühzeitigen Einblick in potenziell aggressive Steuerplanungen und die Erkennung von steuerlichen Risiken bestimmter Fälle zu ermöglichen sowie eine steuerrechtliche abschreckende Wirkung in Bezug auf die Nachlassplanung zu schaffen.

Im Rahmen der Bestimmungen dieses Dekrets mit Ausnahme von Artikel 14 ist der Verarbeitungszweck der Austausch dieser Daten zwischen den Mitgliedstaaten, um gesetzlichen Aufgaben der Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Erhebung, Ermittlungen, Kontrollen, Festsetzung, Beitreibung und Streitsachen im Bereich der Steuern zu erfüllen. Dies erfolgt im öffentlichen Interesse mit den Zielen der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht, der Sicherung der Steuereinnahmen und der Förderung einer gerechten Besteuerung.

§ 3 - Die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Bediensteten ordnungsgemäß ermächtigter Dritter greifen nur insoweit auf Akten, Daten und Anwendungen zu, als dieser Zugang angemessen, relevant und verhältnismäßig ist im Hinblick auf die Erfüllung der Aufgaben, die ihnen im Rahmen der in § 2 genannten gesetzlichen Verarbeitungszwecke übertragen wurden.

§ 4 - Ungeachtet des Artikels 39 § 1 sorgt jeder Intermediär oder jeder meldende Plattformbetreiber auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft dafür, dass:

1. jede betroffene Einzelperson davon in Kenntnis gesetzt wird, dass Informationen in Bezug auf ihre Person im Einklang mit diesem Dekret erhoben und weitergeleitet werden, und
2. alle Informationen, auf die er seitens des Datenverantwortlichen Anspruch hat, so rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird, dass sie ihre Datenschutzrechte wahrnehmen kann, und in jedem Fall, bevor die Information gemeldet wird.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummer 2 setzen die meldenden Plattformbetreiber meldepflichtige Verkäufer über die gemeldete Vergütung in Kenntnis.

Art. 41 - Dauer der Aufbewahrung der personenbezogenen Daten

Die maximale Aufbewahrungsdauer überschreitet nicht ein Jahr nach der Verjährung aller Klagen, die in die Zuständigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen fallen, und gegebenenfalls nach der endgültigen Einstellung von verwaltungsrechtlichen, gerichtlichen und sonstigen Verfahren und Rechtsbehelfen, die sich aus der Verarbeitung dieser Daten ergeben, sowie der vollständigen Zahlung sämtlicher damit verbundenen Beträge.

Art. 42 - Einschränkung des Anwendungsbereichs - Recht auf Information

§ 1 - Abweichend von Artikel 39 § 1 und den Artikeln 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Information in Bezug auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten verzögert, eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, wenn es sich um Daten handelt, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft der für die Verarbeitung Verantwortliche ist, und sofern Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe d) der Datenschutz-Grundverordnung im konkreten Fall nicht geltend gemacht werden kann.

Die in Absatz 1 genannten Verarbeitungen sind solche, deren Zweck die Vorbereitung, die Organisation, die Verwaltung und die Nachverfolgung von Ermittlungen ist, die von den zuständigen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden, einschließlich der Verfahren zur eventuellen Verhängung einer administrativen Geldbuße oder einer Verwaltungsstrafe.

§ 2 - Diese Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person Gegenstand einer Kontrolle, einer Untersuchung oder von Handlungen zur Vorbereitung einer solchen durch die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, die im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben durchgeführt werden, sowie für den Zeitraum, in dem von diesen Bediensteten stammende Unterlagen verarbeitet werden, um die entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Ausnahmen gelten insoweit, als die Anwendung dieses Rechts die Erfordernisse der Kontrolle, der Untersuchung oder der vorbereitenden Handlungen beeinträchtigen oder das Geheimnis der strafrechtlichen Untersuchung oder die Sicherheit von Personen verletzen würde.

Die Dauer der in Absatz 2 genannten vorbereitenden Handlungen, während derer die Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung nicht anwendbar sind, darf nicht länger als ein Jahr ab dem Zeitpunkt des Eingangs eines Antrags auf Bereitstellung von Informationen gemäß den genannten Artikeln 13 und 14 betragen.

Die in § 1 Absatz 1 genannte Einschränkung bezieht sich nicht auf Daten, die nicht Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle sind, die die Verweigerung oder Einschränkung der Information rechtfertigt.

§ 3 - Nach Erhalt eines Antrags auf Bereitstellung von Informationen gemäß § 2 Absatz 3 bestätigt der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen diesen Empfang.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen unterrichtet die Person umgehend, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, in schriftlicher Form über jede Verweigerung oder Einschränkung der Informationen sowie über die Gründe für die Verweigerung oder Einschränkung. Diese Informationen über die Verweigerung oder Einschränkung können nicht erteilt werden, wenn ihre Mitteilung einen der in § 1 Absatz 2 genannten Verarbeitungszwecke beeinträchtigen könnte. Erforderlichenfalls kann diese Frist um zwei Monate verlängert werden, je nach Komplexität und Anzahl der Anträge. Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über diese Verlängerung und ihre Gründe innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen informiert die Person über die Möglichkeiten, bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen und einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen hält die sachlichen oder rechtlichen Gründe fest, auf die sich die Entscheidung stützt. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der in § 1 Absatz 1 erwähnten Ausnahme Gebrauch gemacht haben, und mit Ausnahme der in den Absätzen 6 und 7 genannten Fälle, wird die Ausnahme unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen setzt die betroffene Person unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn eine Akte an die Justizbehörden weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst nach Genehmigung durch die Justizbehörden oder nach Abschluss des Gerichtsverfahrens und gegebenenfalls, nachdem die zuständige Stelle eine Entscheidung getroffen hat, wiederhergestellt. Jedoch werden die Informationen, die bei der Erfüllung der von den Justizbehörden vorgeschriebenen Pflichten erhoben wurden, nur mit ausdrücklicher Genehmigung derselben mitgeteilt.

Wenn eine Akte an einen anderen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an die Stelle, die für die Entscheidung über die Ergebnisse der Untersuchung zuständig ist, weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst dann wiederhergestellt, wenn dieser Bedienstete oder die zuständige Stelle über das Ergebnis der Untersuchung entschieden hat.

Art. 43 - Einschränkung des Anwendungsbereichs - Recht auf Zugang

§ 1 - Abweichend von Artikel 39 § 1 und Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten verzögert oder ganz oder teilweise eingeschränkt werden, wenn es um die Verarbeitung personenbezogener Daten geht, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft der für die Verarbeitung Verantwortliche ist.

Die in Absatz 1 genannten Verarbeitungen sind solche, deren Zweck die Vorbereitung, die Organisation, die Verwaltung und die Nachverfolgung von Ermittlungen ist, die von den zuständigen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden, einschließlich der Verfahren zur möglichen Verhängung einer administrativen Geldbuße oder einer Verwaltungsstrafe.

§ 2 - Diese Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person Gegenstand einer Kontrolle, einer Untersuchung oder von Handlungen zur Vorbereitung einer solchen durch die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, die im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben durchgeführt werden, sowie für den Zeitraum, in dem von diesen Bediensteten stammende Unterlagen verarbeitet werden, um die entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Ausnahmen gelten insoweit, als die Anwendung dieses Rechts die Erfordernisse der Kontrolle, der Untersuchung oder der vorbereitenden Handlungen beeinträchtigen oder das Geheimnis der strafrechtlichen Untersuchung oder die Sicherheit von Personen verletzen würde.

Die Dauer der in Absatz 2 genannten vorbereitenden Handlungen, während derer Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung nicht anwendbar ist, darf nicht länger als ein Jahr ab dem Zeitpunkt des Eingangs eines Antrags gemäß dem genannten Artikel 15 betragen.

Die in § 1 Absatz 1 genannte Einschränkung bezieht sich nicht auf Daten, die nicht Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle sind, die die Verweigerung oder Einschränkung des Zugangs rechtfertigt.

§ 3 - Nach Erhalt eines Antrags auf Auskunft gemäß § 2 Absatz 3 bestätigt der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen diesen Empfang.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen unterrichtet die Person umgehend, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang der Anfrage, in schriftlicher Form über jede Verweigerung oder Einschränkung ihres Rechts auf Zugang zu den sie betreffenden Daten sowie über die Gründe für die Verweigerung oder Einschränkung. Diese Informationen über die Verweigerung oder Einschränkung können nicht erteilt werden, wenn ihre Mitteilung einen der in § 1 Absatz 2 genannten Verarbeitungszwecke beeinträchtigen könnte. Erforderlichenfalls kann diese Frist um zwei Monate verlängert werden, je nach Komplexität und Anzahl der Anträge. Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über diese Verlängerung und ihre Gründe innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen informiert die Person über die Möglichkeiten, bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen und einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen hält die sachlichen oder rechtlichen Gründe fest, auf die sich die Entscheidung stützt. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der in § 1 Absatz 1 erwähnten Ausnahme Gebrauch gemacht haben, und mit Ausnahme der in den Absätzen 6 und 7 genannten Fälle, wird die Ausnahme unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen setzt die betroffene Person unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn eine Akte an die Justizbehörden weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst nach Genehmigung durch die Justizbehörden oder nach Abschluss des Gerichtsverfahrens und gegebenenfalls, nachdem die zuständige Stelle eine Entscheidung getroffen hat, wiederhergestellt. Jedoch werden die Informationen, die bei der Erfüllung der von den Justizbehörden vorgeschriebenen Pflichten erhoben wurden, nur mit ausdrücklicher Genehmigung derselben mitgeteilt.

Wenn eine Akte an einen anderen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an die Stelle, die für die Entscheidung über die Ergebnisse der Untersuchung zuständig ist, weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst dann wiederhergestellt, wenn dieser Bedienstete oder die zuständige Stelle über das Ergebnis der Untersuchung entschieden hat.

Art. 44 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 7 — SANKTIONEN

Art. 45 - Strafbestimmung

§ 1 - Wird gegen die in Artikel 14 festgelegten Informationspflichten verstoßen, indem die in Artikel 14 § 13 genannten Informationen nicht, unvollständig oder verspätet vorgelegt werden, wird eine steuerrechtliche Geldbuße von 2.500 Euro bis 25.000 Euro verhängt.

Wurde der Verstoß in betrügerischer Absicht oder mit Schädigungsabsicht begangen, wird eine steuerrechtliche Geldbuße von 5.000 Euro bis 50.000 Euro verhängt.

§ 2 - Die in § 1 genannten Geldbußen werden auf die gleiche Weise festgesetzt und eingezogen wie die Steuern, deren Dienst durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wahrgenommen wird.

§ 3 - Die von der Regierung bezeichnete Dienststelle entscheidet in erster und letzter Instanz über die Anträge, die den Erlass oder die Mäßigung der in § 1 genannten Geldbußen zum Gegenstand haben.

Die in Absatz 1 erwähnten Anträge werden schriftlich und begründet bei der von der Regierung bezeichneten Dienststelle von den Steuerpflichtigen oder den Personen eingereicht, auf deren Vermögen die in § 1 erwähnten Geldbußen eingezogen werden.

Ein gemäß Absatz 1 eingereichter Antrag ist unzulässig, wenn:

1. die gegebenenfalls anwendbaren Fristen für Verwaltungsbeschwerden noch nicht abgelaufen sind oder
2. das gegebenenfalls anwendbare verwaltungsrechtliche Streitverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

KAPITEL 8 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 46 - Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 5. Mai 2014 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung wird aufgehoben.

Art. 47 - Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 13. November 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 293 (2023-2024) Nr. 1 Dekretentwurf

293 (2023-2024) Nr. 2 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 13. November 2023 - Nr. 64 Diskussion und Abstimmung

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/206014]

13 NOVEMBRE 2023. — Décret relatif à la coopération administrative dans le domaine fiscal

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — DISPOSITIONS GENERALES

Article 1^{er}. Clause européenne

Le présent décret transpose la directive 2011/16/UE du Conseil du 15 février 2011 relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal et abrogeant la directive 77/799/CEE, telle que modifiée par :

- la directive 2014/107/UE du Conseil du 9 décembre 2014 modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine de la fiscalité ;

- la directive (EU) 2015/2376 du Conseil du 8 décembre 2015 modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine de la fiscalité ;

- la directive (EU) 2016/881 du Conseil du 25 mai 2016 modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine de la fiscalité ;

- la directive (EU) 2016/2258 du Conseil du 6 décembre 2016 modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux ;

- la directive (UE) 2018/822 du Conseil du 25 mai 2018 modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal en rapport avec les dispositifs transfrontières devant faire l'objet d'une déclaration ;

- la directive (UE) 2020/876 du Conseil du 24 juin 2020 modifiant la directive 2011/16/UE afin de répondre au besoin urgent de reporter certains délais pour la déclaration et l'échange d'informations dans le domaine de la fiscalité en raison de la pandémie de COVID-19 ;

8 la directive (UE) 2021/514 du Conseil du 22 mars 2021 modifiant la directive 2011/16/UE relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal.

Art. 2. Objet

§ 1^{er} - Le présent décret établit les règles et procédures selon lesquelles la Communauté germanophone, d'une part, et les autorités compétentes des États membres de l'Union européenne, d'autre part, coopèrent entre elles aux fins d'échanger les informations vraisemblablement pertinentes pour l'administration et l'application de la législation interne des États membres relative aux taxes et impôts visés à l'article 3.

Le présent décret fixe en outre des dispositions pour l'échange électronique d'informations conformément à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Le présent décret n'affecte pas l'application des règles relatives à l'entraide judiciaire en matière pénale. Il ne porte pas non plus atteinte à l'exécution de toute obligation de la Communauté germanophone quant à une coopération administrative plus étendue qui résulterait d'autres instruments juridiques, y compris d'éventuels accords bilatéraux ou multilatéraux.

Art. 3. Champ d'application

Le présent décret s'applique à tous les types de taxes et impôts prélevés par ou pour la Communauté germanophone et à tous les types de taxes et impôts prélevés par un État membre, ou en son nom, ou par ses entités territoriales ou administratives, ou en leur nom, y compris les autorités locales.

Les taxes et impôts visés à l'alinéa 1^{er} ne sauraient en aucun cas être interprétés comme incluant :

1° les droits tels que les droits perçus pour des certificats ou d'autres documents délivrés par les pouvoirs publics, ou

2° les droits de nature contractuelle, tels que la contrepartie versée pour un service public.

Le présent décret s'applique aux taxes et impôts visés à l'alinéa 1^{er} qui sont perçus sur le territoire auquel les traités s'appliquent en vertu de l'article 52 du traité sur l'Union européenne et de l'article 355 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Art. 4. Définitions

Aux fins du présent décret, on entend par :

1. État membre : sauf indication contraire, un autre État membre de l'Union européenne que le Royaume de Belgique ;

2° autorité compétente : l'autorité désignée en tant que telle par la Belgique. Lorsqu'ils agissent en vertu du présent décret, le bureau central de liaison, un service de liaison de la Communauté germanophone ou un fonctionnaire compétent de la Communauté germanophone sont également considérés comme une autorité compétente par délégation ;

3° bureau central de liaison : le bureau qui a été désigné comme tel et qui est le responsable privilégié des contacts avec les autres États membres dans le domaine de la coopération administrative ;

4° service de liaison : tout bureau autre que le bureau central de liaison qui a été désigné comme tel pour échanger directement des informations en vertu du présent décret ;

5° fonctionnaire compétent : tout fonctionnaire qui est autorisé à échanger directement des informations en vertu du présent décret ;

6° autorité étrangère : le bureau central de liaison, les services de liaison ou les fonctionnaires compétents qui, en vertu d'une habilitation accordée par une autorité étrangère compétente, sont autorisés à pratiquer un échange direct d'informations avec l'autorité compétente ou d'autres formes de coopération administrative au sens du présent décret ;

7° autorité requérante : le bureau central de liaison, un service de liaison ou tout fonctionnaire compétent d'un État membre qui formule une demande d'assistance au nom de l'autorité compétente ;

8° autorité requise : le bureau central de liaison, un service de liaison ou tout fonctionnaire compétent d'un État membre qui reçoit une demande d'assistance au nom de l'autorité compétente ;

9° enquête administrative : l'ensemble des contrôles, vérifications et actions réalisés par la Communauté germanophone ou les États membres dans l'exercice de leurs responsabilités en vue d'assurer la bonne application de la législation fiscale ;

10° échange d'informations sur demande : tout échange d'informations réalisé sur la base d'une demande introduite par l'État membre requérant auprès de l'État membre requis dans un cas particulier ;

11° échange automatique :

a) aux fins de l'article 12, alinéas 1^{er} et 2, et des articles 13 à 16, la communication systématique à un État membre, sans demande préalable, d'informations prédéfinies, à intervalles réguliers préalablement fixés. Aux fins de l'article 12, alinéas 1^{er} et 2, les informations disponibles concernent des informations figurant dans les dossiers fiscaux de l'État membre qui communique les informations et pouvant être consultées conformément aux procédures de collecte et de traitement des informations applicables dans cet État membre ;

b) aux fins des dispositions du présent décret autres que l'article 12, alinéas 1^{er} et 2 ainsi que les articles 13 à 16, la communication systématique des informations prédéfinies prévues sous a) ;

12° échange spontané : la communication ponctuelle, à tout moment et sans demande préalable, d'informations à un autre État membre ;

13° personne :

a) une personne physique ;

b) une personne morale ;

c) lorsque la législation en vigueur le prévoit, une association de personnes à laquelle est reconnue la capacité d'accomplir des actes juridiques, mais qui ne possède pas le statut de personne morale, ou

d) toute autre construction juridique quelles que soient sa nature et sa forme, dotée ou non de la personnalité juridique, possédant ou gérant des actifs qui, y compris le revenu qui en dérive, sont soumis à l'un des impôts relevant du présent décret ;

14° par voie électronique : au moyen d'équipements électroniques de traitement, y compris la compression numérique, et de stockage des données, par liaison filaire, radio, procédés optiques ou tout autre procédé électromagnétique ;

15° décision fiscale anticipée en matière transfrontière : tout accord, toute communication, ou tout autre instrument ou action ayant des effets similaires, y compris lorsqu'il est émis, modifié ou renouvelé dans le contexte d'un contrôle fiscal, et qui remplit les conditions suivantes :

a) être émis, modifié ou renouvelé par ou pour le compte du Gouvernement ou de l'administration fiscale d'un État membre, ou par les entités territoriales ou administratives de l'État membre, y compris les autorités locales, que ces décisions soient effectivement utilisées ou non,

b) être émis, modifié ou renouvelé, à l'intention d'une personne spécifique ou d'un groupe de personnes, et pour autant que cette personne ou ce groupe de personnes ait le droit de s'en prévaloir ;

c) porte sur l'interprétation ou l'application d'une disposition législative ou administrative concernant l'administration ou l'application de la législation nationale relative aux taxes et impôts de l'État membre considéré ou des entités territoriales ou administratives de l'État membre, y compris de ses autorités locales,

d) se rapporter à une opération transfrontière ou à la question de savoir si les activités exercées par une personne dans une autre juridiction créent ou non un établissement stable, et

e) être établi préalablement aux opérations ou aux activités menées dans une autre juridiction susceptibles de créer un établissement stable, ou préalablement au dépôt d'une déclaration fiscale couvrant la période au cours de laquelle l'opération, la série d'opérations ou les activités ont eu lieu.

L'opération transfrontière peut inclure, mais sans s'y limiter, la réalisation d'investissements, la fourniture de biens, services et financements ou l'utilisation d'actifs corporels ou incorporels et ne doit pas nécessairement faire intervenir directement la personne destinataire de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière ;

16° opération transfrontière : aux fins du 15°, une opération ou une série d'opérations :

a) dans lesquelles toutes les parties à l'opération ou à la série d'opérations ne sont pas résidentes fiscales sur le territoire de l'État membre ayant émis, modifié ou renouvelé la décision fiscale anticipée en matière transfrontière,

b) dans lesquelles l'une des parties à l'opération ou à la série d'opérations est résidente fiscale dans plus d'une juridiction simultanément,

c) dans lesquelles l'une des parties à l'opération ou à la série d'opérations exerce son activité dans une autre juridiction par l'intermédiaire d'un établissement stable, l'opération ou la série d'opérations constituant une partie ou la totalité de l'activité de l'établissement stable. Une opération transfrontière ou une série d'opérations transfrontières comprennent également les dispositions prises par une personne en ce qui concerne les activités commerciales que cette personne exerce dans une autre juridiction par l'intermédiaire d'un établissement stable, ou

d) lorsque cette opération ou série d'opérations a une incidence transfrontière ;

17° réseau CCN : la plateforme commune fondée sur le réseau commun de communication (CCN), mise au point par l'Union pour assurer toutes les transmissions par voie électronique entre autorités compétentes dans les domaines douanier et fiscal ;

18° dispositif transfrontière : un dispositif concernant plusieurs États membres ou un État membre et un pays tiers si l'une au moins des conditions suivantes est remplie :

a) tous les participants au dispositif ne sont pas résidents à des fins fiscales dans la même juridiction ;

b) un ou plusieurs des participants au dispositif sont résidents à des fins fiscales dans plusieurs juridictions simultanément ;

c) un ou plusieurs des participants au dispositif exercent une activité dans une autre juridiction par l'intermédiaire d'un établissement stable situé dans cette juridiction, le dispositif constituant une partie ou la totalité de l'activité de cet établissement stable ;

d) un ou plusieurs des participants au dispositif exercent une activité dans une autre juridiction sans être résidents à des fins fiscales ni créer d'établissement stable dans cette juridiction ;

e) un tel dispositif peut avoir des conséquences sur l'échange automatique d'informations ou sur l'identification des bénéficiaires effectifs.

Aux fins du présent article, 18° à 25°, et des articles 5 et 14, on entend également par dispositif une série de dispositifs. Un dispositif peut comporter plusieurs étapes ou parties ;

19° dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration : tout dispositif transfrontière comportant au moins l'un des marqueurs figurant à l'article 5 ;

20° marqueur : une caractéristique ou particularité d'un dispositif transfrontière qui indique un risque potentiel d'évasion fiscale, comme recensée à l'article 5 ;

21° intermédiaire : toute personne qui conçoit, commercialise ou organise un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, le met à disposition aux fins de sa mise en œuvre ou en gère la mise en œuvre.

On entend également par ce terme toute personne qui, compte tenu des faits et circonstances pertinents et sur la base des informations disponibles ainsi que de l'expertise en la matière et de la compréhension qui sont nécessaires pour fournir de tels services, sait ou pourrait raisonnablement être censée savoir qu'elle s'est engagée à fournir, directement ou par l'intermédiaire d'autres personnes, une aide, une assistance ou des conseils concernant la conception, la commercialisation ou l'organisation d'un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, ou concernant sa mise à disposition aux fins de mise en œuvre ou la gestion de sa mise en œuvre. Toute personne a le droit de fournir des éléments prouvant qu'elle ne savait pas et ne pouvait pas raisonnablement être censée savoir qu'elle participait à un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration. À cette fin, cette personne peut invoquer tous les faits et circonstances pertinents ainsi que les informations disponibles et son expertise et sa compréhension en la matière.

Pour être un intermédiaire, une personne répond à l'une au moins des conditions supplémentaires suivantes :

a) être résidente dans un État membre à des fins fiscales ;

b) posséder dans un État membre un établissement stable par le biais duquel sont fournis les services concernant le dispositif ;

c) être constituée dans un État membre ou régie par le droit d'un État membre ;

d) être enregistrée auprès d'une association professionnelle en rapport avec des services juridiques, fiscaux ou de conseil dans un État membre ;

22° contribuable concerné : toute personne à qui un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration est mis à disposition aux fins de sa mise en œuvre, ou qui est disposée à mettre en œuvre un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, ou qui a mis en œuvre la première étape d'un tel dispositif ;

23° entreprise associée : aux fins de l'article 14, une personne qui est liée à une autre personne de l'une au moins des façons suivantes :

a) une personne participe à la gestion d'une autre personne lorsqu'elle est en mesure d'exercer une influence notable sur l'autre personne ;

b) une personne participe au contrôle d'une autre personne au moyen d'une participation qui dépasse 25% des droits de vote ;

c) une personne participe au capital d'une autre personne au moyen d'un droit de propriété qui, directement ou indirectement, dépasse 25% du capital ;

d) une personne a droit à 25% ou plus des bénéfices d'une autre personne.

Si plusieurs personnes participent, comme indiqué sous a) à d), à la gestion, au contrôle, au capital ou aux bénéfices d'une même personne, toutes les personnes concernées sont assimilées à des entreprises associées.

Si les mêmes personnes participent, comme indiqué sous a) à d), à la gestion, au contrôle, au capital ou aux bénéfices de plusieurs personnes, toutes les personnes concernées sont assimilées à des entreprises associées.

Aux fins du présent point, une personne qui agit avec une autre personne en ce qui concerne les droits de vote ou la détention de parts de capital d'une entité est considérée comme détenant une participation dans l'ensemble des droits de vote ou des parts de capital de ladite entité détenus par l'autre personne.

En ce qui concerne les participations indirectes, le respect des critères énoncés sous c) est déterminé en multipliant les taux de détention successivement aux différents niveaux. Une personne détenant plus de 50% des droits de vote est réputée détenir 100% de ces droits.

Une personne physique, son conjoint et ses ascendants ou descendants directs sont considérés comme une seule et unique personne ;

24° dispositif commercialisable : un dispositif transfrontière qui est conçu, commercialisé, prêt à être mis en œuvre, ou mis à disposition aux fins de sa mise en œuvre, sans avoir besoin d'être adapté de façon importante ;

25° dispositif sur mesure : tout dispositif transfrontière qui n'est pas un dispositif commercialisable ;

26° contrôle conjoint : une enquête administrative menée conjointement par les autorités compétentes de deux États membres ou plus, et liée à une ou plusieurs personnes présentant un intérêt commun ou complémentaire pour les autorités compétentes de ces États membres ;

27° violation de données : une violation de la sécurité entraînant la destruction, la perte, l'altération ou tout incident occasionnant un accès inapproprié ou non autorisé, la divulgation ou l'utilisation d'informations, y compris, mais sans s'y limiter, de données à caractère personnel transmises, stockées ou traitées d'une autre manière, à la suite d'actes illicites délibérés, de négligences ou d'accidents. Une violation de données peut concerner la confidentialité, la disponibilité et l'intégrité des données ;

28° règlement général sur la protection des données : le Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE ;

29° numéro d'identification fiscale : le numéro d'identification d'un contribuable délivré par un État membre ou son équivalent fonctionnel en cas d'absence de numéro d'identification fiscale ;

30° autre juridiction : une juridiction différente de celle de l'autorité compétente.

Art. 5. Marqueurs du dispositif transfrontière

§ 1^{er} - Les marqueurs propres à un dispositif transfrontière sont répartis en cinq catégories :

1° catégorie A : les marqueurs généraux mentionnés au § 2 ;

2° catégorie B : les marqueurs spécifiques mentionnés au § 3 ;

3° catégorie C : les marqueurs spécifiques liés aux opérations transfrontières mentionnés au § 4 ;

4° catégorie D : les marqueurs spécifiques concernant l'échange automatique d'informations et les bénéficiaires effectifs mentionnés au § 5

5° catégorie E : les marqueurs spécifiques concernant la fixation des prix de transfert mentionnés au § 6.

Les marqueurs généraux relevant de la catégorie A mentionnée au § 2 et les marqueurs spécifiques relevant de la catégorie B mentionnée au § 3 et relevant de la catégorie C mentionnée au § 4, 1°, b), i), c) et d) ne peuvent être pris en compte que lorsqu'ils remplissent le « critère de l'avantage principal ».

Ce critère sera rempli s'il peut être établi que l'avantage principal ou l'un des avantages principaux qu'une personne peut raisonnablement s'attendre à retirer d'un dispositif, compte tenu de l'ensemble des faits et circonstances pertinents, est l'obtention d'un avantage fiscal.

Dans le cas d'un marqueur relevant de la catégorie C mentionnée au § 4, 1°, le respect des conditions prévues au § 4, 1°, b), i), c) et d), ne peut à lui seul constituer une raison de conclure qu'un dispositif remplit le critère de l'avantage principal.

§ 2 - Sont considérés comme marqueurs généraux liés au critère de l'avantage principal de catégorie A :

1° un dispositif où le contribuable concerné ou un participant au dispositif s'engage à respecter une clause de confidentialité selon laquelle il peut lui être demandé de ne pas divulguer à d'autres intermédiaires ou aux autorités fiscales comment le dispositif pourrait procurer un avantage fiscal ;

2° un dispositif où l'intermédiaire est en droit de percevoir des honoraires (ou intérêts, rémunération pour financer les coûts et autres frais) pour le dispositif et ces honoraires sont fixés par référence :

a) au montant de l'avantage fiscal découlant du dispositif ou

b) au fait qu'un avantage fiscal découle effectivement du dispositif. Cela inclurait une obligation pour l'intermédiaire de rembourser partiellement ou entièrement les honoraires si l'avantage fiscal escompté découlant du dispositif n'a pas été complètement ou partiellement généré ;

3° un dispositif dont la documentation et/ou la structure sont en grande partie normalisées et qui est à la disposition de plus d'un contribuable concerné sans avoir besoin d'être adapté de manière individuelle pour être mis en œuvre.

§ 3 - Sont considérés comme marqueurs spécifiques liés au critère de l'avantage principal de catégorie B :

1° un dispositif dans lequel un participant au dispositif prend artificiellement des mesures qui consistent à acquérir une société réalisant des pertes, à mettre fin à l'activité principale de cette société et à utiliser les pertes de celle-ci pour réduire sa charge fiscale, y compris par le transfert de ces pertes à une autre juridiction ou par l'accélération de l'utilisation de ces pertes ;

2° un dispositif qui a pour effet de convertir des revenus en capital, en dons ou en d'autres catégories de recettes qui sont taxées à un niveau inférieur ou ne sont pas taxées ;

3° un dispositif qui inclut des transactions circulaires ayant pour résultat un « carrousel » de fonds, à savoir au moyen d'entités interposées sans fonction commerciale primaire ou d'opérations qui se compensent ou s'annulent mutuellement ou qui ont d'autres caractéristiques similaires.

§ 4 - Sont considérés comme marqueurs spécifiques liés aux opérations transfrontières de catégorie C :

1. un dispositif qui prévoit la déduction des paiements transfrontières effectués entre deux ou plusieurs entreprises associées lorsque l'une au moins des conditions suivantes est remplie :

a) le bénéficiaire ne réside à des fins fiscales dans aucune juridiction fiscale ;

b) même si le bénéficiaire réside à des fins fiscales dans une juridiction, cette juridiction :

i) ne lève pas d'impôt sur les sociétés ou lève un impôt sur les sociétés à taux zéro ou presque nul ou

ii) figure sur une liste de juridictions de pays tiers qui ont été évaluées par les États membres collectivement ou dans le cadre de l'OCDE comme étant non coopératives ;

c) le paiement bénéficie d'une exonération fiscale totale dans la juridiction où le bénéficiaire réside à des fins fiscales ;

d) le paiement bénéficie d'un régime fiscal préférentiel dans la juridiction où le bénéficiaire réside à des fins fiscales ;

2° des déductions pour le même amortissement d'un actif sont demandées dans plus d'une juridiction ;

3° un allègement au titre de la double imposition pour le même élément de revenu ou de capital est demandé dans plusieurs juridictions ;

4° il existe un dispositif qui inclut des transferts d'actifs et où il y a une différence importante dans le montant considéré comme étant payable en contrepartie des actifs dans ces juridictions concernées.

§ 5 - Sont considérés comme marqueurs spécifiques concernant l'échange automatique d'informations et les bénéficiaires effectifs de catégorie D :

1° un dispositif susceptible d'avoir pour effet de porter atteinte à l'obligation de déclaration en vertu du droit mettant en œuvre la législation de l'Union ou tout accord équivalent concernant l'échange automatique d'informations sur les Comptes financiers, y compris des accords avec des pays tiers, ou qui tire parti de l'absence de telles dispositions ou de tels accords. De tels dispositifs incluent au moins ce qui suit :

a) l'utilisation d'un compte, d'un produit ou d'un investissement qui n'est pas ou dont l'objectif est de ne pas être un Compte financier, mais qui possède des caractéristiques substantiellement similaires à celles d'un Compte financier ;

b) le transfert de Comptes ou d'actifs financiers vers des juridictions qui ne sont pas liées par l'échange automatique d'informations sur les Comptes financiers avec l'État de résidence du contribuable concerné, ou le recours à de telles juridictions ;

c) la requalification de revenus et de capitaux en produits ou en paiements qui ne sont pas soumis à l'échange automatique d'informations sur les Comptes financiers ;

d) le transfert ou la conversion d'une Institution financière, d'un Compte financier ou des actifs qui s'y trouvent en Institution financière, en Compte financier ou en actifs qui ne sont pas à déclarer en vertu de l'échange automatique d'informations sur les Comptes financiers ;

e) le recours à des entités, constructions ou structures juridiques qui suppriment ou visent à supprimer la déclaration d'un ou plusieurs Titulaires de compte ou Personnes détenant le contrôle dans le cadre de l'échange automatique d'informations sur les Comptes financiers ;

f) les dispositifs qui portent atteinte aux procédures de diligence raisonnable utilisées par les Institutions financières pour se conformer à leurs obligations de déclarer des informations sur les Comptes financiers, ou qui exploitent les insuffisances de ces procédures, y compris le recours à des juridictions appliquant de manière inadéquate ou insuffisante la législation relative à la lutte contre le blanchiment de capitaux, ou ayant des exigences insuffisantes en matière de transparence en ce qui concerne les personnes morales ou les constructions juridiques ;

2° un dispositif faisant intervenir une chaîne de propriété formelle ou effective non transparente par le recours à des personnes, des constructions juridiques ou des structures :

a) qui n'exercent pas une activité économique substantielle s'appuyant sur des effectifs, des équipements, des ressources et des locaux suffisants, et

b) qui sont constitués, gérés, contrôlés ou établis ou qui résident dans toute juridiction autre que la juridiction de résidence de l'un ou plusieurs des bénéficiaires effectifs des actifs détenus par ces personnes, constructions juridiques ou structures, et

c) lorsque les bénéficiaires effectifs de ces personnes, constructions juridiques ou structures, au sens de l'article 4, 27°, de la loi du 18 septembre 2017 relative à la prévention du blanchiment de capitaux et du financement du terrorisme et à la restriction de l'utilisation des espèces, ne sont pas rendus identifiables.

§ 6 - Sont considérés comme marqueurs spécifiques concernant les prix de transfert de catégorie E :

1° un dispositif qui prévoit l'utilisation de régimes de protection unilatéraux ;

2° un dispositif prévoyant le transfert d'actifs incorporels difficiles à évaluer. Le terme d'"actifs incorporels difficiles à évaluer" englobe des actifs incorporels ou des droits sur des actifs incorporels pour lesquels, au moment de leur transfert entre des entreprises associées :

a) il n'existe pas d'éléments de comparaison fiables et

b) au moment où l'opération a été conclue, les projections concernant les futurs flux de trésorerie ou revenus attendus de l'actif incorporel transféré, ou les hypothèses utilisées pour évaluer cet actif incorporel sont hautement incertaines, et il est donc difficile de prévoir dans quelle mesure l'actif incorporel débouchera finalement sur un succès au moment du transfert ;

3° un dispositif mettant en jeu un transfert transfrontière de fonctions et/ou de risques et/ou d'actifs au sein du groupe, si le bénéfice avant intérêts et impôts (BAII) annuel prévu, dans les trois ans suivant le transfert, du ou des cédants, est inférieure à 50% du BAII annuel prévu de ce cédant ou de ces cédants si le transfert n'avait pas été effectué.

Art. 6. Informations à fournir au bureau central de liaison

Lorsqu'un service de liaison ou un fonctionnaire compétent transmet ou reçoit une demande de coopération ou une réponse à une telle demande conformément aux dispositions du présent décret, il en informe le bureau central de liaison.

Art. 7. Transmission vers le bureau central de liaison

Lorsqu'un service de liaison ou un fonctionnaire compétent reçoit une demande de coopération nécessitant une action qui ne relève pas de la compétence qui lui est attribuée conformément à la législation ou aux principes de la politique intérieure de la Communauté germanophone, il la transmet sans délai au bureau central de liaison et en informe l'autorité qui a introduit la demande. En pareil cas, la période prévue à l'article 11 commence le jour suivant celui où la demande de coopération est transmise au bureau central de liaison.

CHAPITRE 2. — ECHANGE D'INFORMATIONS

Section 1^{re}. — Échange d'informations sur demande

Art. 8. Demande de l'autorité compétente

En lien avec un dossier spécifique, l'autorité compétente peut demander à une autorité étrangère qu'elle lui communique les informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, dont elle dispose ou qu'elle obtient à la suite d'enquêtes administratives.

La demande visée à l'alinéa 1^{er} peut comprendre une demande motivée portant sur une enquête administrative. L'autorité compétente peut demander à l'autorité requise de lui transmettre les documents originaux.

Art. 9. Demande de l'autorité étrangère

A la demande d'une autorité étrangère et en lien avec un dossier spécifique, l'autorité compétente communique toutes les informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, dont elle dispose ou qu'elle a obtenues à la suite d'enquêtes administratives menées à cette fin.

L'autorité compétente fait effectuer toute enquête administrative nécessaire à l'obtention des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

La demande visée à l'alinéa 1^{er} peut comprendre une demande motivée portant sur une enquête administrative. Si l'autorité compétente estime qu'aucune enquête administrative n'est nécessaire, elle informe immédiatement l'autorité requérante des raisons sur lesquelles elle se fonde.

Pour obtenir les informations demandées ou pour procéder à l'enquête administrative demandée, l'autorité compétente suit les mêmes procédures que si elle agissait de sa propre initiative ou à la demande d'une autre autorité belge.

Lorsque l'autorité requérante le demande expressément, l'autorité compétente communique les documents originaux pour autant que les dispositions en vigueur en Communauté germanophone ne s'y opposent pas.

Art. 10. Pertinence vraisemblable

§ 1^{er} - Aux fins d'une demande visée aux articles 8 et 9, les informations demandées sont vraisemblablement pertinentes lorsque, au moment où la demande est formulée, l'autorité requérante estime que, conformément à son droit national, il existe une possibilité raisonnable que les informations demandées soient pertinentes pour les affaires fiscales d'un ou plusieurs contribuables, identifiés par leur nom ou autrement, et justifiées aux fins de l'enquête.

§ 2 - Dans le but de démontrer la pertinence vraisemblable des informations demandées, l'autorité requérante fournit au moins les informations suivantes à l'autorité compétente :

1° la finalité fiscale des informations demandées, et

2° la spécification des informations nécessaires à l'administration ou à l'application de son droit national.

§ 3 - Dans les cas où une demande visée aux articles 8 et 9 concerne un groupe de contribuables qui ne peuvent pas être identifiés individuellement, l'autorité requérante fournit au moins les informations suivantes à l'autorité compétente :

1° une description détaillée du groupe,

2° une explication du droit applicable et des faits sur la base desquels il existe des raisons de penser que les contribuables du groupe n'ont pas respecté le droit applicable,

3° une explication de la manière dont les informations demandées contribueraient à déterminer le respect, par les contribuables du groupe, de leurs obligations, et

4° le cas échéant, les faits et circonstances relatifs à l'intervention d'un tiers qui a activement contribué au non-respect potentiel du droit applicable par les contribuables du groupe.

Art. 11. Traitement de la demande

§ 1^{er} - L'autorité requise effectue les communications visées à l'article 9, alinéa 1^{er}, le plus rapidement possible, et au plus tard trois mois à dater de la réception de la demande. Toutefois, lorsque l'autorité compétente n'est pas en mesure de répondre à la demande dans le délai prévu, elle informe l'autorité requérante immédiatement, et au plus tard dans les trois mois suivant la réception de la demande, des motifs qui expliquent le non-respect de ce délai ainsi que de la date à laquelle elle estime pouvoir y répondre. Le délai maximum prévu à cet effet est de six mois à dater de la réception de la demande. Toutefois, lorsque l'autorité compétente est déjà en possession des informations concernées, les communications sont effectuées dans un délai de deux mois suivant cette date.

Pour certains cas particuliers, des délais différents de ceux qui sont prévus à l'alinéa 1^{er} peuvent être fixés d'un commun accord entre l'autorité compétente et l'autorité requérante.

§ 2 - L'autorité compétente accuse réception de la demande immédiatement, si possible par voie électronique, et en tout état de cause au plus tard sept jours ouvrables après l'avoir reçue.

§ 3 - Dans un délai d'un mois suivant la réception de la demande, l'autorité compétente notifie à l'autorité requérante les éventuelles lacunes constatées dans la demande ainsi que, le cas échéant, la nécessité de fournir d'autres renseignements de caractère général. Dans ce cas, les délais fixés au § 1^{er} débutent le jour suivant celui où l'autorité compétente a reçu les renseignements additionnels dont elle a besoin.

§ 4 - Lorsque l'autorité compétente ne dispose pas des informations demandées et n'est pas en mesure de répondre à la demande d'informations ou refuse d'y répondre pour les motifs visés à l'article 32, elle informe l'autorité requérante de ses raisons immédiatement, et au plus tard dans un délai d'un mois suivant la réception de la demande.

*Section 2. — Échange automatique et obligatoire d'informations**Sous-section 1^{re}. — Dispositions générales***Art. 12.** Champ d'application et conditions

L'autorité compétente communique à toutes les autorités étrangères, dans le cadre de l'échange automatique, toutes les informations dont elle dispose au sujet des personnes résidant dans cet autre État membre et qui concernent les catégories suivantes spécifiques de revenu et de capital au sens de la législation belge :

- 1° rémunération des travailleurs salariés ;
- 2° jetons de présence au sein d'un conseil de tutelle ou d'un conseil d'administration ;
- 3° produits d'assurance sur la vie non couverts par d'autres actes juridiques de l'Union concernant l'échange d'informations et d'autres mesures similaires ;
- 4° retraites ;
- 5° propriété et revenus de biens immobiliers ;
- 6° redevances.

Pour les périodes imposables débutant le 1^{er} janvier 2024 ou après cette date, l'autorité compétente s'efforce d'inclure, dans la communication des informations visées à l'alinéa 1^{er}, le numéro d'identification fiscale délivré aux résidents.

La communication des informations est effectuée au moins une fois par an, et au plus tard six mois après la fin de l'année calendrier au cours de laquelle les informations sont devenues disponibles.

Art. 13. Décisions fiscales anticipées en matière transfrontière

§ 1^{er} - L'autorité compétente qui a émis, pris, modifié ou renouvelé une décision fiscale anticipée en matière transfrontière après le 31 décembre 2016 communique, par échange automatique, des informations à ce sujet aux autorités compétentes de tous les autres États membres ainsi qu'à la Commission européenne, excepté dans les cas visés au § 6 du présent article, conformément aux modalités pratiques en vigueur adoptées en vertu de l'article 36.

§ 2 - Conformément aux modalités pratiques applicables adoptées en vertu de l'article 36, l'autorité compétente communique également des informations aux autorités compétentes de tous les autres États membres ainsi qu'à la Commission européenne, excepté dans les cas visés au § 6, sur les décisions fiscales anticipées en matière transfrontière émises, modifiées ou renouvelées au cours d'une période commençant cinq ans avant le 1^{er} janvier 2017.

Si ces décisions fiscales anticipées en matière transfrontière ont été émises, modifiées ou renouvelées entre le 1^{er} janvier 2012 et le 31 décembre 2013, cette communication est effectuée à condition que ces décisions fussent toujours valables au 1^{er} janvier 2014.

Si ces décisions fiscales anticipées en matière transfrontière ont été émises, modifiées ou renouvelées entre le 1^{er} janvier 2014 et le 31 décembre 2016, cette communication est effectuée, que ces décisions ou accords soient toujours valables ou non.

Le présent paragraphe ne s'applique pas aux informations relatives aux décisions fiscales anticipées en matière transfrontière émises, modifiées ou renouvelées avant le 1^{er} avril 2016 à l'intention d'une personne spécifique ou d'un groupe de personnes, à l'exclusion de celles qui se livrent essentiellement à des activités financières ou d'investissement, dont le chiffre d'affaires annuel net au niveau du groupe, au sens de l'article 2, 5), de la directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil, est inférieur à 40 000 000 euros au cours de l'exercice fiscal précédant la date d'émission, de modification ou de renouvellement de ces décisions fiscales anticipées en matière transfrontière.

§ 3 - Les § § 1 et 2 ne s'appliquent pas dans le cas où une décision fiscale anticipée en matière transfrontière concerne et implique exclusivement les affaires fiscales d'une ou de plusieurs personnes physiques.

§ 4 - L'échange d'informations s'opère de la manière suivante :

1° pour les informations échangées en application du § 1^{er} : immédiatement après l'émission ou la prise, la modification ou le renouvellement des décisions fiscales anticipées en matière transfrontière et au plus tard trois mois après la fin du semestre de l'année civile au cours duquel les décisions fiscales anticipées en matière transfrontière ont été émises, modifiées ou renouvelées ;

2° pour les informations échangées en application du § 2 : avant le 1^{er} janvier 2018.

§ 5 - Les informations transmises conformément aux § § 1 et 2 par l'autorité compétente reprennent entre autres :

1° l'identification de la personne, autre qu'une personne physique, et, le cas échéant, du groupe de personnes auquel celle-ci appartient ;

2° un résumé du contenu de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière, y compris une description des activités commerciales, opérations ou série d'opérations concernées, et toute autre information susceptible d'aider l'autorité compétente à évaluer un risque fiscal potentiel sans donner lieu à la divulgation d'un secret commercial, industriel ou professionnel, d'un procédé commercial ou d'informations dont la divulgation serait contraire à l'ordre public ;

3° la date à laquelle la décision fiscale anticipée en matière transfrontière a été émise, modifiée ou renouvelée ;

4° le jour où débute la durée de validité de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière, si celui-ci y est mentionné ;

5° le jour où expire la durée de validité de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière, si celui-ci y est mentionné ;

6° la nature de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière ;

7° le montant de l'opération ou de la série d'opérations sur laquelle porte la décision fiscale anticipée en matière transfrontière, si un tel montant y est visé dans la décision fiscale anticipée en matière transfrontière ;

8° l'identification des autres États membres, le cas échéant, qui seraient susceptibles d'être concernés par la décision fiscale anticipée en matière transfrontière ;

9° l'identification, dans les autres États membres, le cas échéant, de toute personne, autre qu'une personne physique, susceptible d'être concernée par la décision fiscale anticipée en matière transfrontière, en indiquant à quels États membres les personnes concernées sont liées ;

10° une mention précisant si les informations communiquées sont basées sur la décision fiscale anticipée en matière transfrontière.

§ 6 - Les informations visées au § 5, 1°, 2° et 9°, ne sont pas transmises à la Commission européenne.

§ 7 - Le Gouvernement peut fixer les règles qui s'appliquent à la communication, par l'autorité compétente, de la réception des informations mentionnées au § 5, 10°.

§ 8 - Conformément à l'article 8, alinéa 1^{er}, le fonctionnaire compétent peut demander la transmission d'informations supplémentaires, y compris le texte intégral de la décision fiscale anticipée en matière transfrontière.

Art. 14. Dispositifs transfrontières devant faire l'objet d'une déclaration

§ 1^{er} - Les intermédiaires transmettent aux autorités compétentes les informations dont ils ont connaissance, qu'ils possèdent ou qu'ils contrôlent concernant les dispositifs transfrontières devant faire l'objet d'une déclaration dans un délai de trente jours, commençant :

1° le lendemain de la mise à disposition aux fins de mise en œuvre du dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, ou

2° le lendemain du jour où le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration est prêt à être mis en œuvre, ou

3° lorsque la première étape de la mise en œuvre du dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration a été accomplie,

la date intervenant le plus tôt étant retenue.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, les intermédiaires visés à l'article 4, 21°, alinéa 2, sont également tenus de transmettre des informations dans un délai de 30 jours commençant le lendemain du jour où ils ont fourni, directement ou par l'intermédiaire d'autres personnes, une aide, une assistance ou des conseils.

§ 2 - Dans le cas de dispositifs commercialisables, l'intermédiaire établit tous les trois mois un rapport fournissant une mise à jour contenant les nouvelles informations devant faire l'objet d'une déclaration visées au § 13, 1°, 4°, 7° et 8°, qui sont devenues disponibles depuis la transmission du dernier rapport.

§ 3 - Lorsque l'intermédiaire a l'obligation de transmettre des informations concernant des dispositifs transfrontières devant faire l'objet d'une déclaration aux autorités compétentes de plusieurs États membres, ces informations ne sont transmises qu'à l'État membre qui occupe la première place dans la liste ci-après :

1° l'État membre dans lequel l'intermédiaire est résident à des fins fiscales ;

2° l'État membre dans lequel l'intermédiaire possède un établissement stable par lequel les services concernant le dispositif sont fournis ;

3° l'État membre dans lequel l'intermédiaire est constitué ou par le droit duquel il est régi ;

4° l'État membre dans lequel l'intermédiaire est enregistré auprès d'une association professionnelle en rapport avec des services juridiques, fiscaux ou de conseil.

§ 4 - Lorsque, en application du § 3, il existe une obligation de déclaration multiple, l'intermédiaire est dispensé de la transmission des informations s'il peut prouver que ces mêmes informations ont été transmises dans un autre État membre.

§ 5 - Les intermédiaires sont dispensés de l'obligation de fournir des informations concernant un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration lorsque l'obligation de déclaration serait contraire au secret professionnel, dont la violation est passible de sanctions pénales. En pareil cas, les intermédiaires notifient sans retard à tout autre intermédiaire, ou, en l'absence d'un tel intermédiaire, au contribuable concerné, les obligations de déclaration qui leur incombent en vertu du § 6.

Une obligation de confidentialité au titre de ce paragraphe ne peut pas être invoquée en ce qui concerne l'obligation de déclaration relative aux dispositifs commercialisables concernés par un rapport régulier conformément au § 2.

§ 6 - Lorsqu'il n'existe pas d'intermédiaire ou que l'intermédiaire notifie l'application d'une dispense en vertu du § 5 au contribuable concerné ou à un autre intermédiaire, l'obligation de transmettre des informations sur un dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration relève de la responsabilité de l'autre intermédiaire qui a été notifié, ou, en l'absence d'un tel intermédiaire, du contribuable concerné.

§ 7 - Le contribuable concerné à qui incombe l'obligation de déclaration transmet les informations dans un délai de 30 jours suivant la date à laquelle le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration est mis à la disposition du contribuable concerné aux fins de mise en œuvre, ou est prêt à être mis en œuvre par le contribuable concerné, ou lorsque la première étape de sa mise en œuvre est accomplie en ce qui concerne le contribuable concerné, la date intervenant le plus tôt étant retenue.

Lorsque le contribuable concerné a l'obligation de transmettre des informations concernant le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration aux autorités compétentes de plusieurs États membres, ces informations ne sont transmises qu'aux autorités compétentes de l'État membre qui occupe la première place dans la liste ci-après :

- 1° l'État membre dans lequel le contribuable concerné est résident à des fins fiscales ;
- 2° l'État membre dans lequel le contribuable concerné possède un établissement stable qui bénéficie du dispositif ;
- 3° l'État membre dans lequel le contribuable concerné perçoit des revenus ou réalise des bénéfices, bien qu'il ne soit résident à des fins fiscales et ne possède d'établissement stable dans aucun État membre ;
- 4° l'État membre dans lequel le contribuable concerné exerce une activité, bien qu'il ne soit résident à des fins fiscales et ne possède d'établissement stable dans aucun État membre.

§ 8 - Lorsque, en application du § 7, il existe une obligation de déclaration multiple, le contribuable concerné est dispensé de la transmission des informations s'il peut prouver, conformément au droit national, que ces mêmes informations ont été transmises dans un autre État membre.

§ 9 - Lorsqu'il existe plus d'un intermédiaire, l'obligation de transmettre des informations sur le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration incombe à l'ensemble des intermédiaires participant à un même dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration.

Un intermédiaire n'est dispensé de l'obligation de transmettre des informations que dans la mesure où il peut prouver, que ces mêmes informations, visées au § 13, ont déjà été transmises par un autre intermédiaire.

§ 10 - Lorsque l'obligation de déclaration incombe au contribuable concerné et qu'il existe plusieurs contribuables concernés, celui d'entre eux qui transmet les informations conformément au § 6 est celui qui occupe la première place dans la liste ci-après :

- 1° le contribuable concerné qui a arrêté avec l'intermédiaire le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration ;
- 2° le contribuable concerné qui gère la mise en œuvre du dispositif.

Tout contribuable concerné n'est dispensé de l'obligation de transmettre les informations que dans la mesure où il peut prouver que ces mêmes informations, visées au § 13, ont déjà été transmises par un autre contribuable concerné.

§ 11 - L'autorité compétente peut prendre les mesures nécessaires pour que chaque contribuable concerné soit tenu de transmettre à l'administration fiscale des informations concernant l'utilisation qu'il fait du dispositif pour chacune des années où il l'utilise.

§ 12 - L'autorité compétente à laquelle les informations ont été transmises conformément aux §§ 1 à 11, communique, par voie d'un échange automatique, les informations visées au § 13 aux autorités compétentes de tous les autres États membres, selon les modalités pratiques prévues à l'article 36.

§ 13 - Les informations qui doivent être communiquées par l'autorité compétente d'un État membre conformément au § 12, comprennent les éléments suivants, le cas échéant :

1° les informations relatives aux intermédiaires et aux contribuables concernés, y compris leur nom, leur date et lieu de naissance (pour les personnes physiques), leur résidence fiscale, et, le cas échéant, les personnes qui sont des entreprises associées au contribuable concerné ;

2° des informations détaillées sur les marqueurs recensés à l'annexe IV de la directive 2011/16/UE selon lesquels le dispositif transfrontière doit faire l'objet d'une déclaration ;

3° un résumé du contenu du dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, y compris une référence à la dénomination par laquelle il est communément connu, le cas échéant, et une description des activités commerciales ou dispositifs pertinents, présentée de manière abstraite, sans donner lieu à la divulgation d'un secret commercial, industriel ou professionnel, d'un procédé commercial ou d'informations dont la divulgation serait contraire à l'ordre public ;

4° la date à laquelle la première étape de la mise en œuvre du dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration a été accomplie ou sera accomplie ;

5° des informations détaillées sur les dispositions nationales sur lesquelles se fonde le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration ;

6° la valeur du dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration ;

7° l'identification de l'État membre du ou des contribuable(s) concerné(s) ainsi que de tout autre État membre susceptible d'être concerné par le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration ;

8° des informations, dans les États membres, sur toute autre personne susceptible d'être concernée par le dispositif transfrontière devant faire l'objet d'une déclaration, y compris des informations sur les États membres avec lesquels cette personne est liée.

§ 14 - Le fait qu'une autorité fiscale ne réagit pas face à un dispositif devant faire l'objet d'une déclaration ne vaut pas approbation de la validité ou du traitement fiscal de ce dispositif.

§ 15 - L'échange automatique d'informations est effectué dans un délai d'un mois à compter de la fin du trimestre au cours duquel les informations ont été transmises.

Sous-section 2. — Informations déclarées par les Opérateurs de Plateformes

Art. 15. Définitions particulières

Aux fins de la présente sous-section, on entend par « Opérateur de Plateforme déclarant », en ce qui concerne les opérateurs de plateforme déclarants :

1° Plateforme : tout logiciel, y compris tout ou partie d'un site internet, ainsi que les applications, y compris les applications mobiles, qui sont accessibles aux utilisateurs et qui permettent aux Vendeurs d'être connectés à d'autres utilisateurs afin d'exercer, directement ou indirectement, une Activité concernée destinée à ces autres utilisateurs. Le terme inclut également tout mécanisme de perception et de paiement d'une Contrepartie pour l'Activité concernée. Le terme « Plateforme » n'englobe pas les logiciels qui, sans intervenir autrement dans l'exercice d'une Activité concernée, permettent exclusivement :

- a) de traiter les paiements liés à l'Activité concernée ;
- b) aux utilisateurs, de répertorier une Activité concernée ou d'en faire la publicité ;

c) de rediriger ou de transférer les utilisateurs vers une Plateforme ;

2° Opérateur de Plateforme : une Entité qui conclut un contrat avec des Vendeurs pour mettre à la disposition de ces derniers tout ou partie d'une Plateforme ;

3° Opérateur de plateforme exclu : un Opérateur de Plateforme qui a démontré d'avance et démontre sur une base annuelle que l'ensemble du modèle commercial de ladite Plateforme est tel qu'il ne compte aucun Vendeur à déclarer, et ce à la satisfaction de l'autorité compétente de l'État membre auquel, conformément aux règles énoncées à l'article 18, § 1^{er}, 1° à 3°, il aurait dû communiquer des informations ;

4° Opérateur de Plateforme déclarant : tout Opérateur de Plateforme, autre qu'un Opérateur de Plateforme exclu, se trouvant dans l'une des situations suivantes :

a) il est résident fiscal d'un État membre ou, lorsque ledit Opérateur de plateforme n'a pas de résidence fiscale dans un État membre, remplit l'une des conditions suivantes :

i) il est constitué conformément à la législation d'un État membre ;

ii) son siège de direction (y compris son siège de direction effective) se trouve dans un État membre ;

iii) il possède un établissement stable dans un État membre et n'est pas un Opérateur de Plateforme qualifié hors Union ;

b) il n'est ni résident fiscal d'un État membre, ni constitué ou géré dans un État membre, ni ne possède d'établissement stable dans un État membre, mais il facilite l'exercice d'une Activité concernée par des Vendeurs à déclarer ou une Activité concernée consistant en la location de biens immobiliers situés dans un État membre et n'est pas un Opérateur de Plateforme qualifié hors Union ;

5° Opérateur de Plateforme qualifié hors Union : un Opérateur de Plateforme facilitant des Activités concernées qui sont toutes également des Activités concernées qualifiées et qui est résident fiscal d'une Juridiction qualifiée hors Union ou, s'il n'a pas de résidence fiscale dans une Juridiction qualifiée hors Union, qui remplit l'une des conditions suivantes :

a) il est constitué conformément à la législation d'une Juridiction qualifiée hors Union ou

b) son siège de direction (y compris son siège de direction effective) se trouve dans une Juridiction qualifiée hors Union ;

6° juridiction qualifiée hors Union : désigne une juridiction hors Union qui a conclu un accord éligible en vigueur entre autorités compétentes avec les autorités compétentes de tous les États membres identifiés comme étant des juridictions devant faire l'objet d'une déclaration dans une liste publiée par la juridiction hors Union.

7° accord éligible en vigueur entre autorités compétentes : un accord entre les autorités compétentes d'un État membre et une juridiction hors Union, qui impose l'échange automatique et obligatoire d'informations équivalentes à celles spécifiées à l'article 18, § 2, tel que confirmé par un acte d'exécution de la Commission européenne ;

8° activité concernée : une activité exercée en échange d'une Contrepartie et consistant en « lune des activités suivantes :

a) la location de biens immobiliers, y compris à usage résidentiel et commercial, ainsi que tout autre bien immeuble et emplacement de stationnement ;

b) un Service personnel ;

c) la vente de Biens ;

d) la location de tout mode de transport.

Le terme « Activité concernée » n'inclut pas les activités exercées par un Vendeur agissant en qualité d'employé de l'Opérateur de Plateforme déclarant ou d'une Entité liée à l'Opérateur de Plateforme ;

9° activité concernée qualifiée : toute Activité concernée soumise à l'échange automatique en vertu d'un Accord éligible en vigueur entre autorités compétentes ;

10° contrepartie : une compensation, sous quelque forme que ce soit, hors frais, commissions ou taxes retenus ou prélevés par l'Opérateur de Plateforme déclarant, qui est versée ou créditée à un Vendeur dans le cadre de l'Activité concernée, dont le montant est connu ou peut être raisonnablement connu de l'Opérateur de Plateforme ;

11° service personnel : un service correspondant à un travail à l'heure ou à la tâche qui est exécuté par une ou plusieurs personnes physiques agissant soit de manière indépendante soit pour le compte d'une Entité juridique ; ce service est fourni à la demande d'un utilisateur, soit en ligne, soit physiquement hors ligne, après avoir été facilité par l'intermédiaire d'une Plateforme.

Aux fins de la présente sous-section, on entend par, en ce qui concerne les Vendeurs déclarants :

1° vendeur : un utilisateur de Plateforme, qu'il s'agisse d'une personne physique ou d'une Entité, qui est enregistré sur la Plateforme à tout moment au cours de la Période de déclaration et qui exerce l'Activité concernée ;

2° vendeur actif : tout Vendeur qui fournit une Activité concernée au cours de la Période de déclaration ou à qui est versée ou créditée une Contrepartie pour une Activité concernée au cours de la Période de déclaration ;

3° vendeur à déclarer : tout Vendeur actif, autre qu'un Vendeur exclu, qui est résident d'un État membre ou qui a donné en location un bien immobilier situé dans un État membre ;

4° vendeur exclu : désigne tout Vendeur,

a) qui est une Entité publique ;

b) qui est une Entité dont les actions font l'objet de transactions régulières sur un marché boursier réglementé ou une Entité liée à une Entité dont les actions font l'objet de transactions régulières sur un marché boursier réglementé ;

c) qui est une Entité pour laquelle l'Opérateur de la Plateforme a facilité, au moyen de la location de biens immobiliers, plus de 2 000 Activités concernées en lien avec un Lot au cours de la Période de déclaration, ou

d) pour lequel l'Opérateur de Plateforme a facilité, au moyen de la vente de Biens, moins de 30 Activités concernées, pour lesquelles le montant total de la Contrepartie versée ou créditée n'a pas dépassé 2 000 EUR au cours de la Période de déclaration.

Aux fins de la présente sous-section, on entend par :

1° entité : une personne morale ou une construction juridique, telle qu'une société de capitaux, une société de personnes, un trust ou une fondation. Une Entité est une Entité liée à une autre Entité si l'une des deux Entités contrôle l'autre ou si ces deux Entités sont placées sous un contrôle conjoint. À ce titre, le contrôle comprend la participation directe ou indirecte supérieure à 50% des droits de vote ou de la valeur d'une Entité. Dans le cas d'une participation indirecte, le respect de l'exigence relative à la détention de plus de 50% du droit de propriété dans le capital de l'autre Entité est déterminé en multipliant les taux de détention successivement aux différents niveaux. Une personne détenant plus de 50% des droits de vote est réputée détenir 100% de ces droits ;

2° entité publique : le gouvernement d'un État membre ou d'un autre État, une subdivision politique d'un État membre ou d'un autre État (ce qui comprend un État, une province, un comté ou une municipalité) ou tout établissement ou organisme détenu intégralement par un État membre ou par une ou plusieurs des entités précitées (chacun constituant une « Entité publique ») ;

3° numéro d'identification TVA : le numéro unique qui identifie un assujetti ou une entité juridique non assujettie qui sont enregistrés aux fins de la taxe sur la valeur ajoutée ;

4° adresse principale : l'adresse de la résidence principale d'un Vendeur ayant la qualité de personne physique et l'adresse du siège social d'un Vendeur ayant la qualité d'Entité ;

5° période de déclaration : l'année civile pour laquelle la déclaration est effectuée conformément à l'article 18 ;

6° lot : toutes les unités immobilières situées à la même adresse, appartenant au même propriétaire et proposées à la location sur une Plateforme par le même Vendeur ;

7° identifiant du compte financier : le numéro ou la référence d'identification unique du compte bancaire, ou de tout autre compte de services de paiement similaire, sur lequel la Contrepartie est versée ou créditée, dont dispose l'Opérateur de Plateforme ;

8° bien : tout bien corporel.

Art. 16. Champ d'application et conditions

§ 1^{er} - Les Opérateurs de Plateformes déclarants accomplissent les procédures de diligence raisonnable prévues aux articles 17 et 18 et se conforment aux obligations de notification qui y sont définies, conformément à l'annexe V, section IV, de la directive 2011/16/UE.

§ 2 - Conformément aux procédures de diligence raisonnable et aux obligations de déclaration figurant aux articles 17 et 18, l'autorité compétente d'un État membre dans lequel la déclaration conformément au § 1^{er} a été effectuée communique, au moyen d'un échange automatique et dans le délai fixé au § 3, à l'autorité compétente de l'État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident, déterminé conformément à l'article 17, § 4, dans les cas où le Vendeur à déclarer fournit des services de location de biens immobiliers, en tout état de cause à l'autorité compétente de l'État membre dans lequel les biens immobiliers sont situés, les informations suivantes concernant chaque Vendeur à déclarer :

1° le nom, l'adresse du siège social, le NIF et, le cas échéant, le numéro d'identification individuelle attribué conformément au § 4 de l'Opérateur de Plateforme déclarant, ainsi que la ou les raisons commerciales de la ou des Plateformes pour lesquelles l'Opérateur de Plateforme déclarant effectue la déclaration ;

2° le prénom et le nom du Vendeur à déclarer s'il s'agit d'une personne physique, et la dénomination sociale du Vendeur à déclarer ayant la qualité d'Entité ;

3° l'Adresse principale ;

4° tout NIF du Vendeur à déclarer, comprenant la mention de chaque État membre d'émission, ou en l'absence de NIF, le lieu de naissance du Vendeur à déclarer ayant la qualité de personne physique ;

5° le numéro d'immatriculation d'entreprise du Vendeur à déclarer ayant la qualité d'Entité ;

6° le numéro d'identification TVA du Vendeur à déclarer, le cas échéant ;

7° la date de naissance du Vendeur ayant la qualité de personne physique ;

8° l'Identifiant du compte financier sur lequel la Contrepartie est versée ou créditée, dans la mesure où celui-ci est disponible pour l'Opérateur de Plateforme déclarant et où l'autorité compétente de l'État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident au sens de l'article 17, § 4, n'a pas notifié aux autorités compétentes de tous les autres États membres qu'elle n'a pas l'intention d'utiliser l'Identifiant du compte financier à cette fin ;

9° lorsqu'il diffère du nom du Vendeur à déclarer, en plus de l'Identifiant du compte financier, le nom du titulaire du compte financier sur lequel la Contrepartie est versée ou créditée, dans la mesure où l'Opérateur de Plateforme déclarant en dispose, ainsi que toute autre information d'identification financière dont dispose l'Opérateur de Plateforme déclarant en ce qui concerne le titulaire de ce compte ;

10° chaque État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident, déterminé conformément à l'article 17, § 4 ;

11° le montant total de la Contrepartie versée ou créditée au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration et le nombre d'Activités concernées pour lesquelles elle a été versée ou créditée ;

12° tous frais, commissions ou taxes retenus ou prélevés par la Plateforme déclarante au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration.

Lorsque le Vendeur à déclarer fournit des services de location de biens immobiliers, les informations supplémentaires suivantes sont communiquées :

1° l'adresse de chaque Lot, déterminée sur la base des procédures prévues à l'article 17, § 5, et le numéro d'enregistrement foncier correspondant ou son équivalent dans le droit national de l'État membre où il se situe, s'il est disponible ;

2° le montant total de la Contrepartie versée ou créditée au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration et le nombre d'Activités concernées réalisées en lien avec chaque Lot ;

3° le cas échéant, le nombre de jours de location pour chaque Lot au cours de la Période de déclaration et le type correspondant à chacun de ces Lots.

§ 3 - La communication prévue au § 2 est effectuée à l'aide du format informatique standard visé à l'article 35, § 4, dans les deux mois qui suivent la fin de la Période de déclaration à laquelle se rapportent les obligations de déclaration applicables à l'Opérateur de Plateforme déclarant. Les premières informations sont communiquées pour les Périodes devant faire l'objet d'une déclaration à partir du 1^{er} janvier 2023.

§ 4 - L'Opérateur de Plateforme déclarant au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, b) s'enregistre auprès de l'autorité compétente lorsqu'il débute son activité d'Opérateur de Plateforme, conformément à la procédure suivante :

1^o L'Opérateur de Plateforme déclarant communique à l'autorité compétente les informations suivantes :

a) nom ;

b) adresse postale ;

c) adresses électroniques, sites internet inclus ;

d) tout NIF délivré à l'Opérateur de Plateforme déclarant ;

e) déclaration comprenant des informations concernant l'identification dudit Opérateur de Plateforme déclarant à la TVA au sein de l'Union européenne, conformément au titre XII, chapitre 6, sections 2 et 3, de la directive 2006/112/CE ;

f) les États membres desquels les Vendeurs à déclarer est résidents, conformément à l'article 17, § 4 ;

2^o L'Opérateur de Plateforme déclarant notifie à l'autorité compétente toute modification des informations prévues au 1^o.

3^o L'autorité compétente attribue un numéro d'identification individuel à l'Opérateur de Plateforme déclarant et le notifie aux autorités compétentes de tous les États membres par voie électronique.

4^o L'autorité compétente demande à la Commission européenne de radier l'Opérateur de Plateforme déclarant du registre central dans les cas suivants :

a) l'Opérateur de Plateforme notifie à cette autorité compétente qu'il n'exerce plus aucune activité en tant qu'Opérateur de Plateforme ;

b) en l'absence de notification en vertu du 1^o, il existe des raisons de supposer que l'activité de l'Opérateur de Plateforme a cessé ;

c) l'Opérateur de Plateforme ne remplit plus les conditions établies à l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, b) ;

d) l'autorité compétente a révoqué l'enregistrement conformément au 6^o.

5^o L'autorité compétente notifie immédiatement la Commission européenne de tout Opérateur de Plateforme, au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, b), qui commence son activité en tant qu'Opérateur de Plateforme sans s'être enregistré conformément au présent paragraphe.

6^o Lorsqu'un Opérateur de Plateforme déclarant ne satisfait pas à l'obligation de déclaration prévue à l'article 18, § 1^{er}, alinéa 3, après deux rappels adressés par l'autorité compétente, cette dernière prend, sans préjudice de l'article 45, les mesures nécessaires pour révoquer l'enregistrement de l'Opérateur de Plateforme déclarant conformément au présent paragraphe. L'enregistrement est révoqué au plus tard après l'expiration d'un délai de 90 jours, mais pas avant l'expiration d'un délai de 30 jours après le deuxième rappel.

§ 5 - Lorsqu'un Opérateur de Plateforme est considéré comme un Opérateur de Plateforme exclu, l'autorité compétente de l'État membre dans lequel la démonstration visée à l'article 15, alinéa 1^{er}, 3^o, a été fournie, en informe les autorités compétentes de tous les autres États membres, ainsi que de toute modification ultérieure.

§ 6 - Le Gouvernement établit les règles et les procédures administratives nécessaires à la mise en œuvre et au respect effectifs des procédures de diligence raisonnable et des obligations de déclaration visées aux articles 17 et 18, notamment en vue de garantir ce qui suit :

1^o Lorsqu'un Vendeur ne fournit pas les informations requises au sens de l'article 17 après deux rappels effectués à la suite de la demande initiale transmise par l'Opérateur de Plateforme déclarant, mais pas avant l'expiration d'un délai de 60 jours, l'Opérateur de Plateforme déclarant ferme le compte du Vendeur et empêche celui-ci de s'enregistrer à nouveau sur la Plateforme ou retient le paiement de la Contrepartie destinée au Vendeur tant que le Vendeur n'a pas fourni les informations demandées.

2^o Les Opérateurs de Plateforme déclarants appliquent les obligations de collecte et de vérification visées à l'article 17 en ce qui concerne leurs Vendeurs.

3^o Les Opérateurs de Plateforme déclarants tiennent des registres des démarches entreprises et de toute information utilisée en vue d'assurer l'exécution des procédures de diligence raisonnable et des obligations de déclaration décrites aux articles 17 et 18. Ces registres restent disponibles suffisamment longtemps et, en tout état de cause, pour une période minimale de cinq ans et maximale de dix ans à l'issue de la Période de déclaration sur laquelle ils portent.

4^o Toutes les informations nécessaires sont transmises à l'autorité compétente de sorte que cette dernière puisse se conformer à l'obligation de communication d'informations conformément au § 2. Le cas échéant, une injonction de déclaration est adressée aux Opérateurs de Plateformes déclarants.

5^o Les Opérateurs de Plateformes déclarants respectent les procédures de diligence raisonnable et les obligations de déclaration prévues aux articles 17 et 18.

6^o Dans le cas où les informations déclarées sont incomplètes ou inexactes, un suivi est effectué avec les Opérateurs de Plateformes déclarants.

Art. 17. Procédures de diligence raisonnable

§ 1^{er} - Afin de déterminer si un Vendeur ayant la qualité d'Entité peut être considéré comme un Vendeur exclu au sens de l'article 15, alinéa 2, 4^o, a) et b), l'Opérateur de Plateforme déclarant peut s'appuyer sur les informations publiquement accessibles ou sur une confirmation émanant du Vendeur ayant la qualité d'Entité.

Afin de déterminer si un Vendeur peut être considéré comme un Vendeur exclu au sens de l'article 15, alinéa 2, 4^o, c) et d), un Opérateur de Plateforme déclarant peut s'appuyer sur les registres dont il dispose.

§ 2 - Pour chaque Vendeur personne physique n'ayant pas la qualité de Vendeur exclu, l'Opérateur de Plateforme déclarant collecte toutes les informations suivantes :

1^o les nom et prénom ;

2^o l'Adresse principale ;

3^o tout NIF délivré à ce Vendeur, accompagné de la mention de chaque État membre de délivrance, et, en l'absence de NIF, le lieu de naissance dudit Vendeur ;

4^o le numéro d'identification TVA de ce Vendeur, le cas échéant ;

5° la date de naissance.

Pour chaque Vendeur ayant la qualité d'Entité sans être un Vendeur exclu, l'Opérateur de Plateforme déclarant collecte toutes les informations suivantes :

1° la dénomination sociale ;

2° l'Adresse principale ;

3° tout NIF délivré à ce Vendeur, accompagné de la mention de chaque État membre de délivrance ;

4° le numéro d'identification TVA de ce Vendeur, le cas échéant ;

5° le numéro d'immatriculation d'entreprise ;

6° l'existence de tout établissement stable par l'intermédiaire duquel les Activités concernées sont exercées dans l'Union européenne, le cas échéant, avec indication de chaque État membre dans lequel se trouve un établissement stable.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, l'Opérateur de Plateforme déclarant n'est pas tenu de collecter les informations visées à l'alinéa 1^{er}, 1° à 5°, ainsi qu'à l'alinéa 2, 2° à 6°, lorsqu'il s'appuie sur une confirmation directe de l'identité et de la résidence du Vendeur obtenue par l'intermédiaire d'un service d'identification mis à disposition par un État membre ou par l'Union afin d'établir l'identité et la résidence fiscale du Vendeur.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, 3°, et l'alinéa 2, 3° et 5°, l'Opérateur de Plateforme déclarant n'est pas tenu de recueillir le NIF ou le numéro d'immatriculation d'entreprise, selon le cas, dans les situations suivantes :

1° l'État membre de résidence du Vendeur ne délivre pas de NIF ni de numéro d'immatriculation d'entreprise au Vendeur ;

2° l'État membre de résidence du Vendeur n'exige pas que soit recueilli le NIF délivré au Vendeur.

§ 3 - L'Opérateur de Plateforme déclarant détermine si les informations recueillies en application du § 1^{er}, du § 2, 1° et 2°, a) à e), et du § 5 sont fiables, en exploitant l'ensemble des informations et des documents dont il dispose dans ses registres, ainsi que toute interface électronique mise à disposition gratuitement par un État membre ou par l'Union en vue de vérifier la validité du NIF et/ou du numéro d'identification TVA.

Nonobstant le 1°, aux fins de l'accomplissement des procédures de diligence raisonnable conformément au § 6, alinéa 2, l'Opérateur de Plateforme déclarant peut déterminer si les informations collectées en application du § 1^{er}, du § 2, alinéa 1^{er}, alinéa 2, 1° à 5°, et du § 5 sont fiables en exploitant les informations et documents dont il dispose dans ses registres interrogeables en ligne.

En application du § 6, alinéa 3, 2°, et nonobstant le § 3, alinéas 1^{er} et 2, dans les cas où l'Opérateur de Plateforme déclarant a tout lieu de savoir qu'un des éléments d'information décrits aux § 2 ou 5 est susceptible d'être inexact en raison des informations fournies par l'autorité compétente d'un État membre dans une demande concernant un Vendeur précis, il demande au Vendeur de corriger les éléments d'information qui se sont révélés incorrects et de fournir des documents justificatifs, des données ou des informations fiables et émanant d'une source indépendante, tels que :

1° un document d'identification délivré par les autorités nationales, en cours de validité ;

2° un certificat de résidence fiscale récent.

§ 4 - L'Opérateur de Plateforme déclarant considère le Vendeur comme résident de l'État membre dans lequel le Vendeur a son Adresse principale. Lorsque l'État membre de résidence est différent de celui où le Vendeur a son Adresse principale, l'Opérateur de Plateforme déclarant considère que le Vendeur est également résident de l'État membre de délivrance du NIF. Lorsque le Vendeur a fourni des informations relatives à l'existence d'un établissement stable en vertu du § 2, alinéa 2, 6°, l'Opérateur de Plateforme déclarant considère que le Vendeur est également résident de l'État membre correspondant indiqué par le Vendeur.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, l'Opérateur de Plateforme déclarant considère le Vendeur comme résident de chaque État membre confirmé par un service d'identification électronique mis à disposition par un État membre ou par l'Union conformément au § 2, alinéa 3.

§ 5 - Lorsqu'un Vendeur exerce une Activité concernée consistant en la location de biens immobiliers, l'Opérateur de Plateforme déclarant recueille l'adresse correspondant à chaque Lot et, lorsqu'il a été délivré, le numéro d'enregistrement foncier correspondant ou son équivalent dans le droit national de l'État membre dans lequel les biens immobiliers sont situés. Lorsqu'un Opérateur de Plateforme déclarant a facilité plus de 2 000 Activités concernées au moyen de la location d'un Lot pour le même Vendeur ayant la qualité d'Entité, l'Opérateur de Plateforme déclarant recueille les documents justificatifs, les données ou les informations attestant que le Lot appartient au même propriétaire.

6 § - L'Opérateur de Plateforme déclarant s'acquitte des procédures de diligence raisonnable décrites aux § 1 à 5 au plus tard le 31 décembre de la Période de déclaration.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, en ce qui concerne les Vendeurs qui étaient déjà enregistrés sur la Plateforme au 1^{er} janvier 2023 ou à la date à laquelle une Entité devient un Opérateur de Plateforme déclarant, les procédures de diligence raisonnable décrites aux § 1 à 5 doivent être accomplies au plus tard le 31 décembre de la deuxième Période de déclaration par l'Opérateur de Plateforme déclarant.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, l'Opérateur de Plateforme déclarant peut s'appuyer sur les procédures de diligence raisonnable mises en œuvre en ce qui concerne les Périodes devant faire l'objet d'une déclaration précédentes, à condition que :

1° les informations relatives au Vendeur exigées au § 2, alinéas 1^{er} et 2, aient été soit collectées et vérifiées, soit confirmées au cours des 36 derniers mois et

2° l'Opérateur de Plateforme déclarant n'ait pas tout lieu de savoir que les informations collectées conformément aux § 1, 2 et 5 ne sont pas ou ne sont plus fiables ou correctes.

§ 7 - L'Opérateur de Plateforme déclarant peut choisir d'accomplir les procédures de diligence raisonnable prévues aux § 1 à 6 pour les Vendeurs actifs uniquement.

§ 8 - L'Opérateur de Plateforme déclarant peut s'appuyer sur un prestataire de services tiers pour remplir les obligations en matière de diligence raisonnable prévues dans la présente section, étant entendu que ces obligations demeurent de la responsabilité de l'Opérateur de Plateforme déclarant.

Lorsqu'un Opérateur de Plateforme remplit les obligations en matière de diligence raisonnable pour un Opérateur de Plateforme déclarant en ce qui concerne la même plateforme conformément au § 8, 1^o, cet Opérateur de Plateforme met en œuvre les procédures de diligence raisonnable conformément aux règles établies dans la présente section. Les obligations en matière de diligence raisonnable demeurent de la responsabilité de l'Opérateur de Plateforme déclarant.

Art. 18. Obligations de déclaration

§ 1^{er} - Calendrier et modalités de déclaration visés à l'article 16, conformément aux dispositions du présent paragraphe.

L'Opérateur de Plateforme déclarant au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, a), communique à l'autorité compétente de l'État membre déterminé conformément à l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, a), les informations visées au § 2 concernant la Période de déclaration, au plus tard le 31 janvier de l'année suivant l'année civile pendant laquelle le Vendeur est identifié comme étant un Vendeur à déclarer. Lorsqu'il y a plusieurs Opérateurs de Plateformes déclarants, chacun d'entre eux est dispensé de communiquer les informations s'il dispose de la preuve, conformément au droit national, que les mêmes informations ont été communiquées par un autre Opérateur de Plateforme déclarant.

Si l'Opérateur de Plateforme déclarant au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, a), remplit l'une des conditions qui y sont énumérées dans plus d'un État membre, il choisit l'un de ces États membres pour s'y acquitter des obligations de déclaration prévues dans la présente section. L'Opérateur de Plateforme déclarant informe toutes les autorités compétentes de ces États membres de son choix et communique les informations énumérées au § 2, en ce qui concerne la Période de déclaration, à l'autorité compétente de l'État membre de son choix, au plus tard le 31 janvier de l'année suivant l'année civile pendant laquelle le Vendeur est identifié comme étant un Vendeur à déclarer. Lorsqu'il y a plusieurs Opérateurs de Plateformes déclarants, chacun d'entre eux est dispensé de communiquer les informations s'il dispose de la preuve, conformément au droit national, que les mêmes informations ont été communiquées par un autre Opérateur de Plateforme déclarant dans un autre État membre.

L'Opérateur de Plateforme déclarant au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, b), communique les informations indiquées au § 2, concernant la Période de déclaration, à l'autorité compétente de l'État membre d'enregistrement, déterminé conformément à l'article 16, § 4, 1^o, au plus tard le 31 janvier de l'année suivant l'année civile pendant laquelle le Vendeur est identifié comme étant un Vendeur à déclarer.

Nonobstant l'alinéa 4, un Opérateur de Plateforme déclarant au sens de l'article 15, alinéa 1^{er}, 4^o, b), n'est pas tenu de fournir les informations visées au § 2 en ce qui concerne les Activités concernées qualifiées couvertes par un accord éligible en vigueur entre autorités compétentes qui prévoit déjà l'échange automatique d'informations équivalentes avec un État membre concernant les Vendeurs à déclarer qui résident dans cet État membre.

L'Opérateur de Plateforme déclarant fournit également les informations indiquées au § 2, 2^o et 3^o, au Vendeur à déclarer auquel elles se rapportent, au plus tard le 31 janvier de l'année suivant l'année civile pendant laquelle le Vendeur est identifié comme étant un Vendeur à déclarer.

Les informations relatives à la Contrepartie versée ou créditée en monnaie fiduciaire sont communiquées dans la monnaie dans laquelle elle a été versée ou créditée. Lorsque la Contrepartie a été versée ou créditée autrement qu'en monnaie fiduciaire, ces informations sont communiquées dans la monnaie locale, convertie ou valorisée de manière systématique par l'Opérateur de Plateforme déclarant.

Les informations relatives à la Contrepartie et aux autres montants sont communiquées pour le trimestre de la Période de déclaration au cours duquel la Contrepartie a été versée ou créditée.

§ 2 - Chaque Opérateur de Plateforme déclarant communique les informations suivantes :

1^o le nom, l'adresse du siège social, le NIF et, le cas échéant, le numéro d'identification individuelle attribué conformément à l'article 16, § 4, 3^o, de l'Opérateur de Plateforme déclarant, ainsi que la ou les raisons commerciales de la ou des Plateformes pour lesquelles l'Opérateur de Plateforme déclarant effectue la déclaration ;

2^o en ce qui concerne chaque Vendeur à déclarer qui a exercé une Activité concernée autre que la location de biens immobiliers :

a) les éléments d'information devant être collectés conformément à l'article 17, § 2 ;

b) l'Identifiant du compte financier, dans la mesure où celui-ci est disponible pour l'Opérateur de Plateforme déclarant et où l'autorité compétente de l'État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident au sens de l'article 17, § 4, n'a pas notifié publiquement qu'elle n'a pas l'intention d'utiliser l'Identifiant du compte financier à cette fin ;

c) lorsqu'il diffère du nom du Vendeur à déclarer, en plus de l'Identifiant du compte financier, le nom du titulaire du compte financier sur lequel la Contrepartie est versée ou créditée, dans la mesure où l'Opérateur de Plateforme déclarant en dispose, ainsi que toute autre information d'identification financière dont dispose l'Opérateur de Plateforme déclarant en ce qui concerne le titulaire de ce compte ;

d) chaque État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident aux fins du présent décret au sens de l'article 17, § 4 ;

e) le montant total de la Contrepartie versée ou créditée au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration et le nombre d'Activités concernées pour lesquelles elle a été versée ou créditée ;

f) tous frais, commissions ou taxes retenus ou prélevés par la Plateforme déclarante au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration ;

3^o en ce qui concerne chaque Vendeur à déclarer qui a exercé une Activité concernée consistant en la location de biens immobiliers :

a) les éléments d'information devant être collectés conformément à l'article 17, § 2 ;

b) l'Identifiant du compte financier, dans la mesure où celui-ci est disponible pour l'Opérateur de Plateforme déclarant et où l'autorité compétente de l'État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident au sens de l'article 17, § 4, n'a pas notifié publiquement qu'elle n'a pas l'intention d'utiliser l'Identifiant du compte financier à cette fin ;

c) lorsqu'il diffère du nom du Vendeur à déclarer, en plus de l'Identifiant du compte financier, le nom du titulaire du compte financier sur lequel la Contrepartie est versée ou créditée, dans la mesure où l'Opérateur de Plateforme déclarant en dispose, ainsi que toute autre information d'identification financière dont dispose l'Opérateur de Plateforme déclarant en ce qui concerne le titulaire du compte ;

d) chaque État membre duquel le Vendeur à déclarer est résident aux fins du présent décret au sens de l'article 17, § 4 ;

e) l'adresse de chaque Lot, déterminée sur la base des procédures prévues à l'article 17, § 5, et le numéro d'enregistrement foncier correspondant ou son équivalent dans le droit national de l'État membre où il est situé, le cas échéant ;

f) le montant total de la Contrepartie versée ou créditée au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration et le nombre d'Activités concernées réalisées en lien avec chaque Lot ;

g) tous frais, commissions ou taxes retenus ou prélevés par la Plateforme déclarante au cours de chaque trimestre de la Période de déclaration ;

h) le cas échéant, le nombre de jours de location pour chaque Lot au cours de la Période de déclaration et le type correspondant à chacun de ces Lots.

Section 3. — Échange spontané d'informations

Art. 19. Champ d'application et condition

L'autorité compétente communique les informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, à toute autre autorité étrangère compétente intéressée, dans les cas suivants :

1^o l'autorité compétente a des raisons de supposer qu'il peut exister une perte d'impôt ou de taxe dans l'autre État membre ;

2^o un contribuable obtient, dans un État membre, une réduction ou une exonération de taxe ou d'impôt en Communauté germanophone, qui devrait entraîner pour lui une augmentation de taxe ou d'impôt ou un assujettissement à une taxe ou à l'impôt dans l'autre État membre ;

3^o des affaires entre un contribuable de la Communauté germanophone et un contribuable d'un autre État membre sont traitées dans un ou plusieurs pays, de manière à pouvoir entraîner une diminution de taxe ou d'impôt dans l'un ou l'autre État membre ou dans les deux ;

4^o l'autorité compétente a des raisons de supposer qu'il peut exister une diminution de taxe ou d'impôt résultant de transferts fictifs de bénéfices à l'intérieur de groupes d'entreprises ;

5^o à la suite des informations communiquées par l'autorité étrangère compétente sont recueillies des informations qui peuvent être utiles à l'établissement d'une taxe ou de l'impôt dans cet autre État membre.

L'autorité compétente peut communiquer, par échange spontané, aux autorités compétentes étrangères les informations dont elles ont connaissance et qui peuvent être utiles à ces dernières.

L'autorité compétente qui dispose d'informations visées à l'alinéa 1^{er}, les communique à l'autorité étrangère compétente intéressée le plus rapidement possible, et au plus tard un mois après que lesdites informations sont disponibles.

Art. 20. Accusé de réception

L'autorité compétente à laquelle des informations sont communiquées en vertu de l'article 19 en accuse réception, si possible par voie électronique, auprès de l'autorité étrangère compétente qui les lui a communiquées, immédiatement et en tout état de cause au plus tard sept jours ouvrables après avoir reçu les informations en question.

CHAPITRE 3. — AUTRES FORMES DE COOPÉRATION ADMINISTRATIVE

Section 1^{re}. — Présence dans les bureaux administratifs et participation aux enquêtes administratives

Art. 21. Autorité compétente

Aux fins de l'échange des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'autorité compétente peut demander à l'autorité étrangère que des fonctionnaires habilités par la première et conformément aux modalités de procédure définies par la dernière, puissent :

1^o être présents dans les bureaux où les autorités administratives de l'État membre requis exécutent leurs tâches ;

2^o assister aux enquêtes administratives réalisées sur le territoire de l'État membre requis ;

3^o participer aux enquêtes administratives menées par l'État membre requis en utilisant des moyens de communication électroniques, le cas échéant.

L'autorité requise répond à une demande présentée conformément à l'alinéa 1^{er} dans un délai de 60 jours suivant la réception de la demande, afin de confirmer son accord ou de signifier à l'autorité requérante son refus en le motivant.

Art. 22. Autorité étrangère

§ 1^{er} - Aux fins de l'échange des informations visées à l'article 2, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, une autorité compétente peut demander à l'autorité compétente que des fonctionnaires habilités par la première et conformément aux modalités de procédure définies par la dernière, puissent :

1^o être présents dans les bureaux où les autorités administratives de la Communauté germanophone exécutent leurs tâches ;

2^o assister aux enquêtes administratives réalisées au sein de la Communauté germanophone ;

3^o participer aux enquêtes administratives menées par la Communauté germanophone en utilisant des moyens de communication électroniques, le cas échéant.

L'autorité compétente répond à une demande présentée conformément à l'alinéa 1^{er} dans un délai de 60 jours suivant la réception de la demande, afin de confirmer son accord ou de signifier à l'autorité étrangère son refus en le motivant.

Lorsque les informations demandées figurent dans des documents auxquels les fonctionnaires de l'autorité compétente ont accès, les fonctionnaires de l'autorité étrangère en reçoivent des copies.

§ 2 - Dans les cas où des fonctionnaires de l'autorité étrangère assistent aux enquêtes administratives ou y participent en recourant à des moyens de communication électroniques, ils peuvent interroger des personnes et examiner des documents.

§ 3 - Les fonctionnaires compétents de l'autorité requérante sont toujours en mesure de présenter un mandat écrit précisant leur identité et leur qualité officielle.

*Section 2. — Contrôles***Art. 23. Contrôles simultanés**

§ 1^{er} - Lorsque la Communauté germanophone et un ou plusieurs État(s) membre(s) conviennent de procéder, chacun sur leur propre territoire, à des contrôles simultanés d'une ou de plusieurs personnes présentant pour eux un intérêt commun ou complémentaire, en vue d'échanger les informations ainsi obtenues, le § 2 s'applique.

§ 2 - L'autorité compétente identifie de manière indépendante les personnes qu'elle a l'intention de proposer pour un contrôle simultané. Elle informe l'autorité étrangère des États membres concernés de tous les dossiers pour lesquels elle propose un contrôle simultané, en motivant son choix. Elle indique le délai dans lequel ces contrôles doivent être réalisés.

Dans le cas où un contrôle simultané est proposé à l'autorité compétente, celle-ci décide si elle souhaite y participer. Elle confirme son accord à l'autorité ayant proposé un contrôle simultané ou lui signifie son refus en le motivant dans un délai de 60 jours à compter de la réception de la proposition.

L'autorité compétente désigne un représentant chargé de superviser et de coordonner le contrôle.

Art. 24. Contrôles conjoints

§ 1^{er} - Une autorité étrangère peut demander à l'autorité compétente de procéder à un contrôle conjoint. L'autorité compétente répond à la demande de contrôle conjoint dans les 60 jours suivant sa réception. L'autorité compétente peut refuser la demande de contrôle conjoint formulée par l'autorité étrangère dans des cas dûment justifiés.

L'autorité compétente peut demander à une ou plusieurs autorités étrangères de procéder à un contrôle conjoint.

§ 2 - Les contrôles conjoints visés au § 1^{er} sont effectués par les autorités compétentes requérantes et requises d'une manière préalablement convenue et coordonnée, y compris en ce qui concerne le régime linguistique, et conformément aux dispositions légales et aux procédures de l'État membre dans lequel les activités de contrôle conjoint ont lieu. Dans le cas où les activités de contrôle conjoint ont lieu sur le territoire de la Communauté germanophone, l'autorité compétente désigne un représentant chargé de superviser et de coordonner le contrôle conjoint.

Dans le cas où les activités de contrôle conjoint ont lieu sur le territoire de la Communauté germanophone, les droits et obligations des fonctionnaires des États membres participant au contrôle conjoint, pour autant qu'ils soient présents lors des activités sur le territoire de la Communauté germanophone, sont définis par le droit de la Communauté germanophone. Les fonctionnaires d'un autre État membre se conforment à la législation de la Communauté germanophone, mais n'exercent aucun pouvoir allant au-delà de ceux qui leur sont conférés par la législation de leur État membre.

§ 3 - Sans préjudice du § 2, les mesures suivantes s'appliquent dans le cas où les activités de contrôle conjoint ont lieu sur le territoire de la Communauté germanophone :

1° les fonctionnaires d'autres États membres participant aux activités de contrôle conjoint peuvent, conjointement avec les fonctionnaires de la Communauté germanophone et dans le respect des règles de procédure établies par l'autorité compétente, interroger des personnes et contrôler des dossiers ;

2° les preuves recueillies lors de ces activités de contrôle conjoint peuvent être évaluées, y compris en ce qui concerne leur recevabilité, dans les mêmes conditions juridiques que dans le cas d'un contrôle effectué sur le territoire de la Communauté germanophone et auquel ne participent que les agents de la Communauté germanophone ; ceci est également valable pendant toute procédure de recours, de révision ou d'opposition ; et

3° l'intéressé dispose des mêmes droits et a les mêmes obligations que dans le cas d'un examen auquel ne participent que les agents de la Communauté germanophone ; ceci est également valable pendant toute procédure de recours, de révision ou d'opposition.

§ 4 - Lorsque les autorités compétentes de deux États membres ou plus procèdent à un contrôle conjoint, elles s'efforcent de s'entendre sur les faits et circonstances pertinents aux fins du contrôle conjoint et de parvenir à un accord sur le statut fiscal de la ou des personnes contrôlées, fondé sur les résultats du contrôle conjoint. Les conclusions du contrôle conjoint doivent être présentées dans un rapport de contrôle. Les questions sur lesquelles les autorités compétentes parviennent à un accord sont reflétées dans le rapport de contrôle et sont intégrées dans les instruments pertinents délivrés par les autorités compétentes des États membres participants à la suite de ce contrôle conjoint.

Sous réserve de l'alinéa 1^{er}, les mesures prises par l'autorité compétente d'un État membre ou par ses fonctionnaires à la suite d'un contrôle conjoint, ainsi que toute procédure ultérieure engagée dans cet État membre, telle qu'une décision prise par les autorités fiscales, une procédure d'opposition ou une procédure transactionnelle y afférente, sont régies par le droit national de cet État membre.

§ 5 - La ou les personnes contrôlées sont informées des résultats du contrôle conjoint, y compris par la remise d'une copie du rapport d'audit dans les 60 jours suivant sa rédaction.

*Section 3. — Notification administrative***Art. 25. Autorité compétente**

L'autorité compétente peut demander à une autorité étrangère de notifier au destinataire l'ensemble des actes et décisions émanant des autorités administratives de l'autorité compétente et concernant l'application sur son territoire de la législation relative aux taxes et impôts visés à l'article 3. Ladite notification est effectuée conformément aux règles régissant la notification des actes correspondants dans l'État membre requis.

Les demandes de notification mentionnent l'objet de l'acte ou de la décision à notifier et indiquent le nom et l'adresse du destinataire et tout autre renseignement susceptible de faciliter son identification.

L'autorité compétente n'adresse une demande de notification en vertu du présent article que lorsqu'elle n'est pas en mesure de notifier conformément aux règles régissant la notification des actes concernés dans la Communauté germanophone, ou lorsqu'une telle notification entraînerait des difficultés disproportionnées. L'autorité compétente peut notifier les documents, par envoi recommandé ou par voie électronique, directement à une personne établie sur le territoire d'un autre État membre.

Art. 26. Autorité étrangère

À la demande de l'autorité étrangère, l'autorité compétente notifie au destinataire, conformément aux règles régissant la notification des actes correspondants en Communauté germanophone, l'ensemble des actes et décisions émanant des autorités administratives de l'État membre requérant et concernant l'application sur son territoire de la législation relative aux taxes et impôts visés à l'article 3.

L'autorité compétente informe immédiatement l'autorité requérante de la suite qu'elle a donnée à la demande et en particulier de la date à laquelle l'acte ou la décision a été notifié au destinataire.

Section 4. — Retour d'informations

Art. 27. Autorité compétente

Lorsqu'une autorité étrangère communique des informations en application de l'article 8 ou 19, elle peut demander à l'autorité compétente qui les a reçues de lui donner son avis en retour sur celles-ci. Si un retour d'informations est demandé, l'autorité compétente qui a reçu les informations le fournit, sans préjudice des règles relatives au secret fiscal et à la protection des données applicables, à l'autorité étrangère le plus rapidement possible et au plus tard trois mois après que les résultats de l'exploitation des renseignements reçus sont connus.

L'autorité compétente fournit une fois par an aux autres États membres concernés un retour d'informations sur l'échange automatique, selon les modalités pratiques convenues de manière bilatérale.

Art. 28. Autorité étrangère

Lorsqu'une autorité compétente communique des informations en application de l'article 9 ou 19, elle peut demander à l'autorité étrangère qui les a reçues de lui donner son avis en retour sur celles-ci.

CHAPITRE 4. — CONDITIONS RÉGISSANT LA COOPÉRATION ADMINISTRATIVE

Section 1^{re}. — Divulgence des informations et documents

Art. 29. Autorité compétente

§ 1^{er} - Les informations dont dispose l'autorité compétente en vertu du présent décret sont couvertes par le secret officiel et bénéficient de la protection accordée à des informations de même nature par l'article 337 du code des impôts sur les revenus 1992.

§ 2 - Ces informations peuvent servir :

1° à l'établissement et à l'administration relative aux taxes et impôts visés à l'article 3 ainsi qu'à la TVA et à d'autres taxes indirectes, et à l'application du droit de la Communauté germanophone ;

2° à établir et à recouvrer d'autres droits et taxes relevant de l'article 2 de la directive 2010/24/UE ou établir et à recouvrer des cotisations sociales obligatoires ;

3° à l'occasion de procédures judiciaires et administratives pouvant entraîner des sanctions, engagées à la suite d'infractions à la législation en matière fiscale, sans préjudice des règles générales et des dispositions légales régissant les droits des prévenus et des témoins dans le cadre de telles procédures.

Avec l'autorisation de l'autorité étrangère communiquant des informations en vertu du présent décret et seulement dans la mesure où cela est autorisé par le droit de la Communauté germanophone, les informations et documents reçus peuvent être utilisés à des fins autres que celles visées à l'alinéa 1^{er}. Les informations peuvent également être utilisées par l'autorité compétente dans le cas où elles peuvent être utilisées à des fins similaires dans l'État membre de l'autorité étrangère.

Les autorités étrangères peuvent communiquer aux autorités compétentes une liste des finalités, autres que celles visées à l'alinéa 1^{er}, pour lesquelles, conformément à son droit national, des informations et documents peuvent être utilisés. L'autorité compétente qui reçoit les informations et les documents peut utiliser les informations et documents reçus sans obtenir l'autorisation visée à l'alinéa 2 pour l'une des finalités énumérées par l'autorité étrangère.

§ 3 - Lorsque l'autorité compétente considère que les informations qu'elle a reçues de l'autorité étrangère sont susceptibles d'être utiles à l'autorité étrangère d'un troisième État membre pour les fins visées au § 2, alinéa 1^{er}, elle peut les transmettre à cette autorité étrangère compétente pour autant qu'elle respecte à cet effet les règles et procédures établies dans le présent décret. Elle informe l'autorité étrangère compétente de l'État membre à l'origine des informations de son intention de communiquer ces informations à un troisième État membre. L'autorité étrangère compétente de l'État membre à l'origine des informations peut s'y opposer dans un délai de dix jours à compter de la date de réception de la communication par l'État membre de son souhait de communiquer les informations.

§ 4 - Les informations, rapports, attestations et tous autres documents, ou les copies certifiées conformes ou extraits de ces derniers, obtenus par l'autorité requise et transmis à l'autorité compétente conformément au présent décret peuvent être invoqués comme éléments de preuve par l'autorité compétente au même titre que les informations, rapports, attestations et tous autres documents équivalents fournis par une autre autorité belge.

Art. 30. Autorité étrangère

L'autorité compétente peut autoriser l'utilisation des informations et documents visés par le présent décret, dans l'État membre qui les reçoit, à des fins autres que celles visées à l'article 29, § 2, alinéa 1^{er}. Une telle autorisation est octroyée si les informations peuvent être utilisées à des fins similaires au sein de la Communauté germanophone.

Lorsqu'une autorité étrangère notifie son intention de transmettre à un État membre tiers des informations qu'elle a reçues de l'autorité compétente au motif que celles-ci sont susceptibles d'être utiles audit État membre pour les fins visées à l'article 29, § 2, alinéa 1^{er}, l'autorité compétente peut autoriser la transmission des informations par l'autorité étrangère au troisième État membre. Si l'autorité compétente s'oppose à la transmission des informations, elle le notifie dans un délai de dix jours ouvrables à compter de la réception de la communication de l'intention de transmettre les informations.

L'autorité compétente peut également autoriser que des informations provenant de la Communauté germanophone et transmises conformément à l'alinéa 2 par une autorité étrangère à une autorité étrangère d'un troisième État membre soient utilisées dans le troisième État membre à des fins autres que celles visées à l'article 29, § 2, alinéa 1^{er}.

*Section 2. — Restrictions, refus et obligations***Art. 31. Restrictions**

Avant de demander les informations visées à l'article 8, l'autorité compétente doit d'abord exploiter toutes les sources habituelles d'information auxquelles elle peut avoir recours en la circonstance aux fins de l'obtention des informations demandées, sans risquer de compromettre la réalisation de son objectif.

Art. 32. Refus

L'autorité compétente n'est pas tenue de procéder à des enquêtes ou de transmettre des informations dès lors que la réalisation de telles enquêtes ou la collecte des informations en question à ses propres fins serait contraire à la législation de la Communauté germanophone.

L'autorité compétente peut refuser de transmettre des informations dans les cas suivants :

- 1° lorsque l'autorité requérante n'est pas en mesure, pour des raisons juridiques, de fournir des informations similaires ;
- 2° lorsqu'elle conduirait à divulguer un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ;
- 3° lorsque la divulgation de l'information en question serait contraire à l'ordre public.

L'autorité compétente informe l'autorité requérante des motifs du rejet de la demande d'informations.

Art. 33. Obligations

L'autorité compétente met en œuvre son dispositif de collecte de renseignements afin d'obtenir les informations demandées, même si ces dernières ne lui sont pas nécessaires pour ses propres besoins fiscaux. Cette obligation s'applique sans préjudice de l'article 23, alinéas 1^{er} et 2, dont les dispositions ne sauraient en aucun cas être interprétées comme autorisant un État membre requis à refuser de fournir des informations au seul motif que ces dernières ne présentent pour lui aucun intérêt.

L'article 23, alinéas 1^{er} et 2, 2° et 3°, ne saurait en aucun cas être interprété comme autorisant une autorité compétente à refuser de fournir des informations au seul motif que ces informations sont détenues par une banque, un autre établissement financier, un mandataire ou une personne agissant en tant qu'agent ou fiduciaire, ou qu'elles se rapportent à une participation au capital d'une personne.

Nonobstant l'alinéa 2, l'autorité compétente peut refuser de transmettre des informations demandées lorsque celles-ci portent sur des périodes d'imposition antérieures au 1^{er} janvier 2011 et que la transmission de ces informations aurait pu être refusée sur la base de l'article 8, alinéa 1^{er}, de la directive 77/799/CEE si elle avait été demandée avant le 11 mars 2011.

*Section 3. — Coopération étendue***Art. 34. Extension**

Lorsque la Communauté germanophone offre à un pays tiers une coopération plus étendue que celle prévue par le présent décret, elle ne peut pas refuser cette coopération étendue à un autre État membre souhaitant prendre part à une telle forme de coopération mutuelle plus étendue.

*Section 4. — Formulaires types, formats informatiques standard et réseau CCN***Art. 35. Formulaires types et formats informatiques standard**

§ 1^{er} - Les demandes d'informations et d'enquêtes administratives introduites en vertu de l'article 8 ainsi que les réponses correspondantes, les accusés de réception, les demandes de renseignements de caractère général supplémentaires et les déclarations d'incapacité ou de refus au titre de l'article 11 sont, dans la mesure du possible, transmis au moyen d'un formulaire type adopté par la Commission européenne.

Les formulaires types peuvent être accompagnés de rapports, d'attestations et de tous autres documents, ou de copies certifiées conformes ou extraits de ces derniers.

§ 2 - Les formulaires types visés au § 1^{er} comportent au moins les informations suivantes, que doit fournir l'autorité requérante :

- 1° l'identité de la personne faisant l'objet d'un contrôle ou d'une enquête et, dans le cas de demandes concernant un groupe visées à l'article 10, § 3, une description détaillée du groupe ;
- 2° la finalité fiscale des informations demandées.

L'autorité requérante peut, dans la mesure où ils sont connus et conformément à l'évolution de la situation internationale, fournir le nom et l'adresse de toute personne dont il y a lieu de penser qu'elle est en possession des informations demandées, ainsi que tout élément susceptible de faciliter la collecte des informations par l'autorité requise.

§ 3 - Les informations échangées spontanément et l'accusé de réception les concernant, au titre, respectivement, des articles 19 et 20, les demandes de notification administrative au titre des articles 25 et 26, les retours d'information au titre des articles 27 et 28 ainsi que les communications au titre de l'article 29, § 2, alinéas 2 et 3, ainsi que du § 3 et de l'article 37, alinéa 2, sont transmis à l'aide des formulaires types adoptés par la Commission européenne.

§ 4 - Les échanges automatiques d'informations au titre des articles 12 et 16 sont effectués dans un format informatique standard adopté par la Commission européenne.

Art. 36. Modalités pratiques

Les informations communiquées au titre du présent décret sont, dans la mesure du possible, fournies par voie électronique au moyen du réseau CCN.

L'autorité compétente informe toute personne physique devant faire l'objet d'une déclaration de tout manquement à la sécurité concernant ses données, lorsque ces manquements sont susceptibles de porter atteinte à la protection de ses données à caractère personnel ou de sa vie privée.

Les demandes de coopération, y compris les demandes de notification, et les pièces annexées peuvent être rédigées dans toute langue choisie par l'autorité requise et l'autorité requérante. Lesdites demandes ne sont accompagnées d'une traduction dans l'une des langues officielles de l'État belge que dans des cas particuliers, lorsque l'autorité requise motive sa demande de traduction.

CHAPITRE 5. — RELATIONS AVEC LES PAYS TIERS

Art. 37. Relations avec les pays tiers

Lorsque des informations vraisemblablement pertinentes pour l'administration et l'application de la législation de la Communauté germanophone relative aux taxes et impôts visés à l'article 3 sont communiquées par un pays tiers à l'autorité compétente, cette dernière peut, dans la mesure où un accord avec ce pays tiers l'autorise, transmettre ces informations aux autorités compétentes des États membres auxquels ces informations pourraient être utiles et à toutes les autorités requérantes qui en font la demande.

L'autorité compétente peut transmettre à un pays tiers, conformément à la législation applicable en matière de protection des données, les informations obtenues en application du présent décret, pour autant que l'ensemble des conditions suivantes soient remplies :

1° L'autorité étrangère compétente de l'État membre d'où proviennent les informations a donné son accord préalable.

2° Le pays tiers concerné s'est engagé à coopérer pour réunir des éléments prouvant le caractère irrégulier ou illégal des opérations qui paraissent être contraires ou constituer une infraction à la législation fiscale.

CHAPITRE 6. — CONFIDENTIALITÉ ET PROTECTION DES DONNÉES

Art. 38. Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'autorité compétente et toute autre personne intervenant dans l'exécution du présent décret doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 39. Traitement de données à caractère personnel

§ 1^{er} - Tous les échanges d'informations au titre du présent décret sont soumis règlement général sur la protection des données.

§ 2 - Les intermédiaires, les Opérateurs de Plateformes déclarants et l'autorité compétente sont considérés comme des responsables du traitement mentionné lorsque, agissant seuls ou conjointement, ils déterminent les finalités et les moyens d'un traitement de données à caractère personnel au sens du règlement général sur la protection des données.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 40. Catégories de données

§ 1^{er} - Les intermédiaires, les Opérateurs de Plateforme déclarants et l'autorité compétente peuvent traiter les données suivantes conformément à l'article 39 : des données relatives à l'identité et aux coordonnées, dont le numéro de registre national, le numéro d'identification de la base de données centrale de la sécurité sociale ou d'autres numéros d'identification, tels que le numéro fiscal.

Le Gouvernement peut préciser la catégorie de données mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Au titre de l'article 14, la finalité du traitement est l'échange de ces données entre les États membres aux fins, entre autres, de permettre aux autorités fiscales de disposer d'un aperçu anticipé des planifications fiscales potentiellement agressives et d'identifier les risques fiscaux de certains cas, ainsi que de créer un effet dissuasif en matière de droit fiscal concernant la planification successorale.

Au titre des dispositions du présent décret, à l'exception de l'article 14, la finalité du traitement est l'échange de ces données entre les États membres aux fins de l'accomplissement des missions légales des fonctionnaires de la Communauté germanophone en matière de collecte, d'enquête, de contrôle, d'établissement de taxe, de recouvrement et de contentieux dans le domaine de la fiscalité. Cet échange est effectué dans l'intérêt public, avec pour objectifs la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales, la garantie des recettes fiscales et la promotion d'une fiscalité équitable.

§ 3 - Les fonctionnaires de la Communauté germanophone et les fonctionnaires de tiers dûment autorisés n'ont accès aux dossiers, données et applications que dans la mesure où cet accès est adéquat, pertinent et proportionné à l'exécution des tâches qui leur sont confiées au titre des finalités légales du traitement visées au § 2.

§ 4 - Nonobstant l'article 39, § 1^{er}, tout intermédiaire ou tout Opérateur de Plateforme déclarant sur le territoire de la Communauté germanophone veille à ce que :

1° informe chaque personne physique concernée que des informations le concernant seront recueillies et transférées conformément au présent décret, et

2° toutes les informations auxquelles elle peut avoir accès qui proviennent du responsable du traitement lui soient transmises dans un délai suffisant pour lui permettre d'exercer ses droits en matière de protection des données et, en tout état de cause, avant que les informations ne soient communiquées.

Nonobstant l'alinéa 1^{er}, 2°, les Opérateurs de Plateformes déclarants informent les Vendeurs à déclarer de la Contrepartie déclarée.

Art. 41. Durée de conservation des données à caractère personnel

La durée maximale de conservation n'excède pas un an à compter de la date de prescription de toutes les actions en justice relevant de la compétence du responsable du traitement et, le cas échéant, de la cessation définitive de toute procédure administrative, judiciaire ou autre et de tout recours résultant du traitement de ces données, ainsi que du paiement intégral de tous les montants y afférents.

Art. 42. Restriction du champ d'application - Droit à l'information

§ 1^{er} - Par dérogation à l'article 39, § 1^{er}, et aux articles 13 et 14 du règlement général sur la protection des données, le droit à l'information peut être retardé, limité ou exclu en ce qui concerne le traitement de données à caractère personnel lorsqu'il s'agit de données pour lesquelles la Communauté germanophone est le responsable du traitement et pour autant que l'article 14, alinéa 5, d), du règlement général sur la protection des données ne puisse pas être invoqué dans un cas concret.

Les traitements visés à l'alinéa 1^{er} sont ceux qui ont pour finalité la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi d'enquêtes menées par les agents compétents de la Communauté germanophone, y compris les procédures visant à l'imposition éventuelle d'une amende administrative ou d'une sanction administrative.

§ 2 - Ces exceptions s'appliquent à la période au cours de laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle, d'une enquête ou d'actes préparatoires à un tel contrôle ou à une telle enquête par les fonctionnaires de la Communauté germanophone, agissant aux fins de l'accomplissement de leurs missions légales, ainsi qu'à la période au cours de laquelle des documents émanant de ces fonctionnaires sont traités afin de prendre les mesures de poursuite correspondantes.

Ces exceptions s'appliquent dès lors que l'application de ce droit porterait atteinte aux nécessités du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou au secret de l'instruction pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires visés à l'alinéa 2 au cours de laquelle les articles 13 et 14 du règlement relatif à la protection des données ne sont pas applicables n'excède pas un an à compter de la date de réception d'une demande pour la communication d'informations visées aux articles 13 et 14.

La restriction visée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne concerne pas les données qui ne font pas l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la restriction de l'information.

§ 3 - Après réception d'une demande de communication d'informations conformément au § 2, alinéa 3, le délégué à la protection des données du responsable du traitement accuse réception de cette demande.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement informe la personne par écrit, dans les meilleurs délais et, en tout état de cause, dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute restriction des informations, ainsi que des motifs de ce refus ou de cette restriction. Ces informations relatives au refus ou à la restriction ne peuvent pas être communiquées dès lors que leur communication est susceptible de porter atteinte à l'une des finalités du traitement visées au § 1^{er}, alinéa 2. Ce délai peut, le cas échéant, être prolongé de deux mois, en fonction de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et de ses motifs dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement informe la personne des possibilités de déposer une plainte auprès de l'autorité chargée de la protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement consigne les motifs factuels ou juridiques sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'autorité de protection des données.

Lorsque les fonctionnaires de la Communauté germanophone ont fait usage de l'exception visée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des cas visés aux alinéas 6 et 7, l'exception est levée immédiatement après la fin du contrôle ou de l'enquête. Le délégué à la protection des données du responsable du traitement en informe immédiatement la personne concernée.

Lorsqu'un dossier est transmis aux autorités judiciaires, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation des autorités judiciaires ou à l'issue de la procédure judiciaire et, le cas échéant, après que l'organe compétent a pris une décision. Toutefois, les informations recueillies dans le cadre de l'accomplissement des obligations prescrites par les autorités judiciaires ne sont communiquées que sur autorisation expresse de celles-ci.

Lorsqu'un dossier est transmis à un autre fonctionnaire de la Communauté germanophone ou à l'instance compétente pour statuer sur les résultats de l'enquête, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après que ce fonctionnaire ou l'instance compétente a statué sur les résultats de l'enquête.

Art. 43. Restriction du champ d'application - Droit d'accès

§ 1^{er} - Par dérogation à l'article 39, § 1^{er}, et à l'article 15 du règlement général sur la protection des données, le droit d'accès aux données à caractère personnel peut être retardé ou limité, en tout ou partie, dès lors qu'il concerne le traitement de données à caractère personnel pour lequel la Communauté germanophone est le responsable du traitement.

Les traitements visés à l'alinéa 1^{er} sont ceux qui ont pour finalité la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi d'enquêtes menées par les agents compétents de la Communauté germanophone, y compris les procédures visant à l'imposition possible d'une amende administrative ou d'une sanction administrative.

§ 2 - Ces exceptions s'appliquent à la période au cours de laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle, d'une enquête ou d'actes préparatoires à un tel contrôle ou à une telle enquête par les fonctionnaires de la Communauté germanophone, agissant aux fins de l'accomplissement de leurs missions légales, ainsi qu'à la période au cours de laquelle des documents émanant de ces fonctionnaires sont traités afin de prendre les mesures de poursuite correspondantes.

Ces exceptions s'appliquent dès lors que l'application de ce droit porterait atteinte aux nécessités du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou au secret de l'instruction pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires visés à l'alinéa 2 au cours de laquelle l'article 15 du règlement relatif à la protection des données n'est pas applicable n'excède pas un an à compter de la date de réception d'une demande visée à l'article 15.

La restriction visée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne concerne pas les données qui ne font pas l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la restriction d'accès.

§ 3 - Après réception d'une demande d'accès conformément au § 2, alinéa 3, le délégué à la protection des données du responsable du traitement accuse réception de cette demande.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement informe la personne par écrit, dans les meilleurs délais et, en tout état de cause, dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute restriction de son droit d'accès aux données la concernant, ainsi que des motifs du refus ou de la restriction. Ces informations relatives au refus ou à la restriction ne peuvent pas être communiquées dès lors que leur communication est susceptible de porter atteinte à l'une des finalités du traitement visées au § 1^{er}, alinéa 2. Ce délai peut, le cas échéant, être prolongé de deux mois, en fonction de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et de ses motifs dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement informe la personne des possibilités de déposer une plainte auprès de l'autorité chargée de la protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le délégué à la protection des données du responsable du traitement consigne les motifs factuels ou juridiques sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'autorité de protection des données.

Lorsque les fonctionnaires de la Communauté germanophone ont fait usage de l'exception visée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des cas visés aux alinéas 6 et 7, l'exception est levée immédiatement après la fin du contrôle ou de l'enquête. Le délégué à la protection des données du responsable du traitement en informe immédiatement la personne concernée.

Lorsqu'un dossier est transmis aux autorités judiciaires, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation des autorités judiciaires ou à l'issue de la procédure judiciaire et, le cas échéant, après que l'organe compétent a pris une décision. Toutefois, les informations recueillies dans le cadre de l'accomplissement des obligations prescrites par les autorités judiciaires ne sont communiquées que sur autorisation expresse de celles-ci.

Lorsqu'un dossier est transmis à un autre fonctionnaire de la Communauté germanophone ou à l'instance compétente pour statuer sur les résultats de l'enquête, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après que ce fonctionnaire ou l'instance compétente a statué sur les résultats de l'enquête.

Art. 44. Mesures de sécurité

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires au traitement des données à caractère personnel, comme prévu par le présent chapitre.

CHAPITRE 7. — SANCTIONS

Art. 45. Dispositions pénales

§ 1^{er} - En cas de non-respect des obligations d'information fixées à l'article 14, par la non-présentation, la présentation incomplète ou tardive des informations visées à l'article 14, § 13, une amende fiscale de 2 500 euros à 25 000 euros est imposée.

Dans le cas où l'infraction a été commise avec une intention frauduleuse ou avec une volonté de nuire, une amende fiscale de 5 000 euros à 50 000 euros est imposée.

§ 2 - Les amendes visées au § 1^{er} sont fixées et perçues de la même manière que les impôts dont le service est assuré par la Communauté germanophone.

§ 3 - Le service désigné par le Gouvernement statue en premier et dernier ressort sur les demandes ayant pour objet la remise ou la modération des amendes visées au § 1^{er}.

Les demandes visées à l'alinéa 1^{er} sont introduites par écrit et de manière motivée auprès du service désigné par le Gouvernement par les contribuables ou les personnes sur les biens desquels sont perçues les sanctions pécuniaires visées au § 1^{er}.

Une demande présentée conformément à l'alinéa 1^{er} est irrecevable dans les cas suivants :

- 1° les délais de recours administratif applicable, le cas échéant, n'ont pas encore expiré ou
- 2° la procédure de contentieux administratif applicable, le cas échéant, n'est pas encore achevée.

CHAPITRE 8. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 46. Disposition abrogatoire

Le décret du 5 mai 2014 relatif à la coopération administrative dans le domaine fiscal est abrogé.

Art. 47. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 13 novembre 2023.

O. PAASCH

Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Vice-Premier Ministre,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du Territoire et du Logement

I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2023-2024

Documents parlementaires : 293 (2023-2024) n° 1 Projet de décret

293 (2023-2024) n° 2 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 13 novembre 2023 - n° 64 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/206014]

13 NOVEMBER 2023. — Decreet betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1. Europese clausule

Dit decreet voorziet in de omzetting van Richtlijn 2011/16/EU van de Raad van 15 februari 2011 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen en tot intrekking van Richtlijn 77/799/EEG, zoals gewijzigd door:

- Richtlijn 2014/107/EU van de Raad van 9 december 2014 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2015/2376 van de Raad van 8 december 2015 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2016/881 van de Raad van 25 mei 2016 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2016/2258 van de Raad van 6 december 2016 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft toegang tot antiwitwasinlichtingen door belastingautoriteiten;
- Richtlijn (EU) 2018/822 van de Raad van 25 mei 2018 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied met betrekking tot meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies;
- Richtlijn (EU) 2020/876 van de Raad van 24 juni 2020 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU om te voorzien in de dringende behoefte aan uitstel van bepaalde termijnen voor de verstrekking en uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied vanwege de COVID-19-pandemie;
- Richtlijn (EU) 2021/514 van de Raad van 22 maart 2021 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

Art. 2. Onderwerp

§ 1 - Dit decreet legt de voorschriften en procedures vast voor de onderlinge samenwerking van enerzijds de Duitstalige Gemeenschap en anderzijds de lidstaten van de Europese Unie met het oog op de uitwisseling van inlichtingen die naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de nationale wetgeving van de lidstaten met betrekking tot de in artikel 3 bedoelde belastingen.

Dit decreet legt tevens de bepalingen vast voor de elektronische uitwisseling van de in het eerste lid bedoelde inlichtingen.

§ 2 - Dit decreet laat de toepassing van de regels inzake wederzijdse rechtshulp in strafzaken onverlet. Het laat eveneens onverlet de verplichtingen van de Duitstalige Gemeenschap inzake ruimere administratieve samenwerking, welke voortvloeien uit andere rechtsinstrumenten, waaronder bilaterale en multilaterale overeenkomsten.

Art. 3. Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op alle vormen van belastingen die door of namens de Duitstalige Gemeenschap worden geheven en op alle vormen van belastingen die door of namens een lidstaat of de territoriale of bestuurlijke onderdelen van een lidstaat, met inbegrip van de lokale overheden, worden geheven.

In geen geval worden de in het eerste lid bedoelde belastingen uitgelegd als omvattende:

- 1° leges, bijvoorbeeld voor certificaten en andere door autoriteiten uitgereikte stukken;
- 2° contractueel verschuldigde bedragen, zoals retributies voor openbare nutsvoorzieningen.

Dit decreet is van toepassing op de in het eerste lid bedoelde belastingen die worden geheven op het grondgebied waarop de Verdragen overeenkomstig artikel 52 van het Verdrag betreffende de Europese Unie en artikel 355 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie van toepassing zijn.

Art. 4. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

- 1° lidstaat: tenzij uitdrukkelijk anders is vermeld, een andere lidstaat van de Europese Unie dan het koninkrijk België;
- 2° bevoegde autoriteit: de door België als zodanig aangewezen autoriteit. Het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst van de Duitstalige Gemeenschap of een bevoegd personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap dat of die op grond van dit decreet optreedt, worden beschouwd als bevoegde autoriteiten bij delegatie;
- 3° centraal verbindingsbureau: het bureau dat als zodanig is aangewezen en is belast met de primaire zorg voor de contacten met de andere lidstaten op het gebied van de administratieve samenwerking;
- 4° verbindingdienst: elk ander bureau dan het centrale verbindingsbureau dat als zodanig is aangewezen om op grond van dit decreet rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;
- 5° bevoegd personeelslid: elk personeelslid van een overheidsinstantie dat op grond van dit decreet gemachtigd is rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;
- 6° buitenlandse autoriteit: het centrale verbindingsbureau, de verbindingdiensten of de bevoegde personeelsleden die door een buitenlandse bevoegde autoriteit gemachtigd zijn om over te gaan tot de rechtstreekse uitwisseling van inlichtingen met de bevoegde autoriteit of andere vormen van administratieve samenwerking in de zin van dit decreet;

7° verzoekende autoriteit: het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand verzoekt;

8° aangezochte autoriteit: het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand wordt verzocht;

9° administratief onderzoek: alle door de Duitstalige Gemeenschap of de lidstaten bij het vervullen van hun taken verrichte controles, onderzoeken en acties ter waarborging van de juiste toepassing van de belastingwetgeving;

10° uitwisseling van inlichtingen op verzoek: de uitwisseling van inlichtingen in antwoord op een verzoek van de verzoekende lidstaat aan de aangezochte lidstaat met betrekking tot een specifiek geval;

11° automatische uitwisseling:

a) voor de toepassing van artikel 12, eerste en tweede lid, en de artikelen 13 tot en met 16, de systematische verstrekking van vooraf bepaalde inlichtingen aan een andere lidstaat, zonder voorafgaand verzoek, met regelmatige, vooraf vastgestelde tussenpozen. Voor de toepassing van artikel 12, eerste en tweede lid, betekent 'beschikbare inlichtingen' inlichtingen die zich in de belastingdossiers van de inlichtingen verstreckende lidstaat bevinden en die opvraagbaar zijn overeenkomstig de procedures voor het verzamelen en verwerken van inlichtingen in die lidstaat;

b) voor de toepassing van andere bepalingen van dit decreet dan de bepalingen die zijn opgenomen in artikel 12, eerste en tweede lid, en in de artikelen 13 tot en met 16, de systematische verstrekking van vooraf bepaalde inlichtingen overeenkomstig a);

12° spontane uitwisseling: het niet-systematisch, te eniger tijd en ongevraagd verstrekken van inlichtingen aan een andere lidstaat;

13° persoon:

a) een natuurlijk persoon;

b) een rechtspersoon;

c) indien de geldende wetgeving in die mogelijkheid voorziet, een vereniging van personen die bevoegd is rechtshandelingen te verrichten, maar niet de status van rechtspersoon bezit; of

d) een andere juridische constructie, ongeacht de aard of de vorm, met of zonder rechtspersoonlijkheid, die activa, met inbegrip van de daardoor gegenereerde inkomsten, bezit of beheert die aan belastingen in de zin van dit decreet zijn onderworpen;

14° langs elektronische weg: door middel van elektronische apparatuur voor gegevensverwerking - met inbegrip van digitale compressie - en gegevensopslag, met gebruikmaking van kabels, radio, optische technologie of andere elektromagnetische middelen;

15° voorafgaande grensoverschrijdende ruling: een akkoord, een mededeling dan wel enig ander instrument of enige andere handeling met soortgelijk effect, ook indien afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd in het kader van een belastingcontrole, mits aan de volgende voorwaarden is voldaan:

a) het of zij is afgegeven, gewijzigd of hernieuwd door of namens de regering of de belastingautoriteit van een lidstaat, of een territoriaal of staatkundig onderdeel van die lidstaat, met inbegrip van de lokale overheden, ongeacht of er effectief gebruik van wordt gemaakt;

b) het of zij is afgegeven, gewijzigd of hernieuwd, ten aanzien van een welbepaalde persoon of groep van personen, en deze persoon of groep personen kan zich erop beroepen;

c) het of zij betreft de interpretatie of toepassing van een wettelijke of bestuursrechtelijke bepaling ter toepassing of handhaving van nationale belastingwetgeving van de lidstaat of de territoriale of staatkundige onderdelen daarvan, met inbegrip van de lokale overheden;

d) het of zij heeft betrekking op een grensoverschrijdende transactie of op de vraag of er op grond van de activiteiten van een persoon in een ander rechtsgebied al dan niet sprake is van een vaste inrichting; en

e) het of zij is eerder tot stand gekomen dan de transacties of activiteiten in een ander rechtsgebied op grond waarvan mogelijk sprake is van een vaste inrichting, of dan de indiening van een belastingaangifte voor het tijdvak waarin de transactie of reeks transacties dan wel de activiteiten hebben plaatsgevonden.

De grensoverschrijdende transactie kan betrekking hebben op, maar is niet beperkt tot, het doen van investeringen, het leveren van goederen, het verrichten van diensten, het financieren of het gebruiken van materiële of immateriële activa, waarbij de persoon die de voorafgaande grensoverschrijdende ruling heeft gekregen, niet rechtstreeks betrokken hoeft te zijn;

16° grensoverschrijdende transactie: voor de toepassing van 15°, een transactie of reeks van transacties waarbij:

a) niet alle partijen bij de transactie of reeks van transacties hun fiscale woonplaats hebben in de lidstaat die de voorafgaande grensoverschrijdende ruling afgeeft, wijzigt of hernieuwt;

b) een of meer van de partijen bij de transactie of reeks van transacties haar fiscale woonplaats tegelijkertijd in meer dan een rechtsgebied heeft;

c) een van de partijen bij de transactie of reeks van transacties haar bedrijf uitoefent in een ander rechtsgebied via een vaste inrichting en de transactie of reeks van transacties alle of een deel van de activiteiten van de vaste inrichting uitmaakt. Een grensoverschrijdende transactie of reeks van transacties omvat tevens de regelingen die worden getroffen door een persoon ten aanzien van de bedrijfsactiviteiten die hij in een ander rechtsgebied via een vaste inrichting uitoefent; of

d) die transacties of reeks van transacties een grensoverschrijdend effect hebben;

17° CCN-netwerk: het op het gemeenschappelijke communicatienetwerk ('common communication network', CCN) gebaseerde gemeenschappelijke platform dat de Europese Unie heeft ontwikkeld voor het elektronische berichtenverkeer tussen autoriteiten die bevoegd zijn op het gebied van douane en belastingen;

18° grensoverschrijdende constructie: een constructie die ofwel meer dan één lidstaat ofwel een lidstaat en een derde land betreft, waarbij ten minste één van de volgende voorwaarden is vervuld:

a) niet alle deelnemers aan de constructie hebben hun fiscale woonplaats in hetzelfde rechtsgebied;

b) een of meer van de deelnemers aan de constructie heeft zijn fiscale woonplaats tegelijkertijd in meer dan één rechtsgebied;

c) een of meer van de deelnemers aan de constructie oefent een bedrijf uit in een ander rechtsgebied via een in dat rechtsgebied gelegen vaste inrichting en de constructie behelst een deel of het geheel van het bedrijf van die vaste inrichting;

d) een of meer van de deelnemers aan de constructie oefent een activiteit uit in een ander rechtsgebied zonder in dat rechtsgebied zijn fiscale woonplaats te hebben of zonder in dat rechtsgebied een vaste inrichting te creëren;

e) een dergelijke constructie heeft mogelijk gevolgen voor de automatische uitwisseling van inlichtingen of de vaststelling van het uiteindelijk belang.

Voor de toepassing van 18° tot en met 25° van dit artikel en de artikelen 5 en 14 betekent een constructie tevens een reeks constructies. Een constructie kan uit verscheidene stappen of onderdelen bestaan;

19° meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie: iedere grensoverschrijdende constructie die ten minste één van de in artikel 5 vermelde wezenskenmerken bezit;

20° wezenskenmerk: een eigenschap of kenmerk van een grensoverschrijdende constructie die geldt als een indicatie van een mogelijk risico op belastingontwijking, als genoemd in artikel 5;

21° intermediair: een persoon die een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bedenkt, aanbiedt, opzet, beschikbaar maakt voor implementatie of de implementatie ervan beheert.

Intermediair is ook een persoon die, gelet op de betrokken feiten en omstandigheden en op basis van de beschikbare informatie en de deskundigheid die en het begrip dat nodig zijn om die diensten te verstrekken, weet of redelijkerwijs kon weten dat hij heeft toegezegd rechtstreeks of via andere personen hulp, bijstand of advies te verstrekken met betrekking tot het bedenken, aanbieden, opzetten, beschikbaar maken voor implementatie of beheren van de implementatie van een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie. Elke persoon heeft het recht bewijs te leveren van het feit dat een dergelijk persoon niet wist en redelijkerwijs niet kon weten dat die persoon bij een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie betrokken was. Daartoe kan die persoon alle relevante feiten en omstandigheden, beschikbare informatie en zijn relevante deskundigheid en begrip ervan vermelden.

Om een intermediair te zijn, dient een persoon ten minste één van de volgende aanvullende voorwaarden te vervullen:

a) fiscaal inwoner van een lidstaat zijn;

b) beschikken over een vaste inrichting in een lidstaat via welke de diensten in verband met de constructie worden verleend;

c) opgericht zijn in of onder de toepassing van de wetten vallen van een lidstaat;

d) ingeschreven zijn bij een beroepsorganisatie in verband met de verstrekking van juridische, fiscale of adviesdiensten in een lidstaat;

22° relevante belastingplichtige: elke persoon voor wie een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie beschikbaar wordt gemaakt voor implementatie, of die gereed is om een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie te implementeren of die de eerste stap van een dergelijke constructie heeft geïmplementeerd;

23° verbonden onderneming: voor de toepassing van artikel 14: een persoon die gelieerd is met een andere persoon op ten minste één van de volgende wijzen:

a) een persoon neemt deel aan de leiding van een andere persoon waarbij hij invloed van betekenis kan uitoefenen op die andere persoon;

b) een persoon neemt deel aan de zeggenschap over een andere persoon door middel van een deelneming van meer dan 25% van de stemrechten;

c) een persoon neemt deel in het kapitaal van een andere persoon door middel van een eigendomsrecht van, rechtstreeks of middellijk, meer dan 25% van het kapitaal;

d) een persoon heeft recht op 25% of meer van de winsten van een andere persoon.

Indien meer dan één persoon deelneemt, als bedoeld onder a) tot en met d), aan de leiding van, aan zeggenschap over of in het kapitaal of de winsten van dezelfde persoon, worden alle betrokken personen als verbonden ondernemingen beschouwd.

Indien dezelfde personen deelnemen, als bedoeld onder a) tot en met d), aan de leiding van, aan zeggenschap over of in het kapitaal of de winsten van meer dan één persoon, worden alle betrokken personen als verbonden ondernemingen beschouwd.

Voor de toepassing van dit punt wordt een persoon die met betrekking tot de stemrechten of het kapitaalbezit van een entiteit samen met een andere persoon optreedt, beschouwd als houder van een deelneming in alle stemrechten of het volledige kapitaalbezit dat die andere persoon in de genoemde entiteit heeft.

Bij middellijke deelneming wordt vastgesteld of aan de eisen onder c) is voldaan door vermenigvuldiging van de deelnemingspercentages door de opeenvolgende niveaus heen. Een persoon die meer dan 50% van de stemrechten houdt, wordt geacht 100% te houden.

Een natuurlijk persoon, zijn of haar echtgenoot en bloedverwanten in de rechte lijn worden behandeld als één persoon;

24° marktklare constructie: een grensoverschrijdende constructie die is bedacht of aangeboden, implementeerbaar is of beschikbaar is gemaakt voor implementatie zonder dat er wezenlijke aanpassingen nodig zijn;

25° constructie op maat: een grensoverschrijdende constructie die geen marktklare constructie is;

26° gezamenlijke audit: een administratief onderzoek dat gezamenlijk door de bevoegde autoriteiten van twee of meer lidstaten wordt uitgevoerd, en verband houdt met een of meer personen van gezamenlijk of complementair belang voor de bevoegde autoriteiten van die lidstaten;

27° gegevensinbreuk: een inbreuk op de beveiliging die leidt tot vernietiging, verlies, wijziging of elk voorval van ongepaste of ongeoorloofde inzage, openbaarmaking of gebruik van inlichtingen, met inbegrip van, maar niet beperkt tot, persoonsgegevens die worden doorgegeven, opgeslagen of anderszins verwerkt, als gevolg van opzettelijke onwettige handelingen, nalatigheid of ongevallen. Een gegevensinbreuk kan betrekking hebben op de vertrouwelijkheid, de beschikbaarheid en de integriteit van gegevens;

28° Algemene Verordening Gegevensbescherming: Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

29° TIN: het door een lidstaat afgegeven fiscaal identificatienummer, of een functioneel equivalent bij gebreke van een fiscaal identificatienummer;

30° ander rechtsgebied: een andere rechtsorde dan die van de bevoegde autoriteit.

Art. 5. Wezenskenmerken van een grensoverschrijdende constructie

§ 1 - De wezenskenmerken van een grensoverschrijdende constructie worden ingedeeld in vijf categorieën:

1° categorie A: de in § 2 vermelde algemene wezenskenmerken;

2° categorie B: de in § 3 vermelde specifieke wezenskenmerken;

3° categorie C: de in § 4 vermelde specifieke wezenskenmerken in verband met grensoverschrijdende transacties;

4° categorie D: de in § 5 vermelde specifieke wezenskenmerken in verband met de automatische uitwisseling van inlichtingen en het uiteindelijke belang;

5° categorie E: de in § 6 vermelde specifieke wezenskenmerken in verband met verrekenprijzen.

De algemene wezenskenmerken overeenkomstig categorie A vermeld in § 2 en de specifieke wezenskenmerken overeenkomstig categorie B vermeld in § 3 en overeenkomstig categorie C vermeld in § 4, 1°, b), i), c) en d), mogen uitsluitend in aanmerking worden genomen indien ze aan de 'main benefit test' voldoen.

Aan die toets is voldaan indien kan worden aangetoond dat het belangrijkste voordeel dat of een van de belangrijkste voordelen die, gelet op alle relevante feiten en omstandigheden, redelijkerwijs te verwachten valt van een constructie het verkrijgen van een belastingvoordeel is.

In het kader van het wezenskenmerk in categorie C vermeld in § 4, 1°, kan de aanwezigheid van de in § 4, 1°, b), i), c) en d), bepaalde voorwaarden op zich geen reden zijn om te concluderen dat een constructie voldoet aan de 'main benefit test'.

§ 2 - Als algemene wezenskenmerken van categorie A die aan de 'main benefit test' zijn gekoppeld, worden beschouwd:

1° een constructie waarbij de relevante belastingplichtige of een deelnemer aan de constructie zich tot geheimhouding verbindt en op grond hiervan niet aan andere intermediairs of de belastingautoriteiten mag onthullen hoe de constructie een belastingvoordeel kan opleveren;

2° een constructie waarbij de intermediair aanspraak maakt op een vergoeding (of rente, betaling van financieringskosten en andere uitgaven) voor de constructie en die vergoeding wordt vastgelegd op basis van:

a) het bedrag van het belastingvoordeel dat de constructie oplevert; of

b) de vraag of de constructie daadwerkelijk een belastingvoordeel heeft opgeleverd. De intermediair moet daarbij de vergoeding gedeeltelijk of volledig terugbetalen wanneer het met de constructie beoogde belastingvoordeel niet gedeeltelijk of volledig werd verwezenlijkt;

3° een constructie waarbij gebruik wordt gemaakt van gestandaardiseerde documenten en/of een gestandaardiseerde structuur en die beschikbaar is voor meer dan één relevante belastingplichtige zonder dat er voor implementatie wezenlijke aanpassingen nodig zijn.

§ 3 - Als specifieke wezenskenmerken van categorie B die aan de 'main benefit test' zijn gekoppeld, worden beschouwd:

1° een constructie waarbij een deelnemer aan de constructie een reeks geplande stappen onderneemt die erin bestaan een verlieslijdende onderneming te verwerven, de hoofdactiviteit van die onderneming stop te zetten en de verliezen ervan te gebruiken om de door hem verschuldigde belastingen te verminderen, onder meer door overdracht van die verliezen naar een ander rechtsgebied of door een versneld gebruik van die verliezen;

2° een constructie die tot gevolg heeft dat inkomsten worden omgezet in vermogen, schenkingen of andere inkomstencategorieën die lager worden belast of van belasting worden vrijgesteld;

3° een constructie die circulaire transacties omvat met als resultaat dat middelen worden rondgepompt ('round-tripping'), meer bepaald met behulp van tussengeschoven entiteiten zonder ander primair handelsdoel of van transacties die elkaar compenseren of tenietdoen of andere soortgelijke kenmerken hebben.

§ 4 - Als specifieke wezenskenmerken in categorie C, in verband met grensoverschrijdende transacties, worden beschouwd:

1° een constructie met aftrekbare grensoverschrijdende betalingen tussen twee of meer verbonden ondernemingen waarbij ten minste één van de volgende voorwaarden is vervuld:

a) de ontvanger is in geen van de fiscale rechtsgebieden fiscaal inwoner;

b) de ontvanger is fiscaal inwoner in een rechtsgebied, maar dat rechtsgebied:

i) heft geen vennootschapsbelasting, of heft vennootschapsbelasting tegen een nultarief of bijna-nultarief; of

ii) is opgenomen in een lijst van rechtsgebieden van derde landen die door de lidstaten gezamenlijk of in het kader van de OESO als niet-coöperatief zijn beoordeeld;

c) de betaling geniet een volledige belastingvrijstelling in het rechtsgebied waar de ontvanger fiscaal inwoner is;

d) de betaling geniet een fiscaal gunstregime in het rechtsgebied waar de ontvanger fiscaal inwoner is;

2° in meer dan één rechtsgebied wordt aanspraak gemaakt op aftrekken voor dezelfde afschrijving;

3° in meer dan één rechtsgebied wordt aanspraak gemaakt op voorkoming van dubbele belasting voor hetzelfde inkomens- of vermogensbestanddeel;

4° een constructie met overdrachten van activa waarbij er een wezenlijk verschil bestaat tussen het bedrag dat in de betrokken rechtsgebieden wordt aangemerkt als de voor die activa te betalen vergoeding.

§ 5 - Als specifieke wezenskenmerken in categorie D, in verband met automatische uitwisseling van inlichtingen en uiteindelijk belang, worden beschouwd:

1° een constructie die kan leiden tot het ondermijnen van de rapportageverplichting uit hoofde van de wetgeving ter omzetting van Uniewetgeving of evenwaardige overeenkomsten inzake de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen, waaronder overeenkomsten met derde landen, of die profiteert van het gebrek aan die wetgeving of overeenkomsten. Dergelijke constructies omvatten ten minste het volgende:

a) het gebruik van een rekening, product of belegging die geen financiële rekening is of niet als zodanig te boek staat, maar die over eigenschappen beschikt die in wezen vergelijkbaar zijn met die van een financiële rekening;

b) de overdracht van financiële rekeningen of activa aan, of het gebruik van rechtsgebieden die niet gebonden zijn aan de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen met de staat van verblijf van de relevante belastingplichtige;

c) de herkwalficatie van inkomsten en vermogen in producten of betalingen die niet onder de automatische uitwisseling van inlichtingen vallen;

d) de overdracht of omzetting van een financiële instelling of een financiële rekening of de activa daarvan in een financiële instelling of een financiële rekening of activa die niet onder de rapportage in het kader van de automatische uitwisseling van inlichtingen vallen;

e) het gebruik van rechtspersonen, juridische constructies of structuren die de rapportage over één of meer rekeninghouders of uiteindelijk begunstigden in het kader van de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen stopzetten of daartoe strekken;

f) constructies die due-diligenceprocedures die door financiële instellingen worden gebruikt om te voldoen aan hun verplichtingen tot het rapporteren van inlichtingen over financiële rekeningen, ondermijnen of zwakke punten ervan benutten, onder meer via het gebruik van rechtsgebieden met ontoereikende of zwakke regelingen voor de handhaving van antiwitwaswetgeving of met zwakke transparantievereisten voor rechtspersonen of juridische constructies;

2° een constructie waarbij de juridische of feitelijke eigendom niet-transparant is door het gebruik van personen, juridische constructies of structuren:

a) die geen wezenlijke economische, door voldoende personeel, uitrusting, activa en gebouwen ondersteunde activiteit uitoefenen; en

b) die zijn opgericht in, worden beheerd in, inwoner zijn van, onder zeggenschap staan in, of gevestigd zijn in een ander rechtsgebied dan het rechtsgebied van verblijf van een of meer van de uiteindelijk begunstigden van de activa die door die personen, juridische constructies of structuren worden aangehouden; en

c) indien de uiteindelijk begunstigden van die personen, juridische constructies of structuren vermeld in artikel 4, 27°, van de wet van 18 september 2017 tot voorkoming van het witwassen van geld en de financiering van terrorisme en tot beperking van het gebruik van contanten, niet-identificeerbaar zijn gemaakt.

§ 6 - Als specifieke wezenskenmerken in categorie E, in verband met verrekenprijzen, worden beschouwd:

1° een constructie met gebruik van unilaterale veilighavenregels;

2° een constructie met overdracht van moeilijk te waarderen immateriële activa. De term 'moeilijk te waarderen immateriële activa' omvat immateriële activa of rechten op immateriële activa waarvoor, op het tijdstip van de overdracht ervan tussen verbonden ondernemingen:

a) geen betrouwbare vergelijkbare activa bestaan; en

b) de prognoses van de toekomstige kasstromen of inkomsten die naar verwachting uit de overgedragen activa voortvloeien, of de aannames die worden gebruikt voor het waarderen van de immateriële activa, bijzonder onzeker zijn, waardoor het moeilijk is te voorspellen hoe succesvol de immateriële activa op het moment van de overdracht uiteindelijk zullen zijn;

3° een constructie met een grensoverschrijdende overdracht binnen de groep van functies, en/of risico's en/of activa, indien de geraamde jaarlijkse winst vóór interest en belastingen (EBIT) van de overdrager of overdragers, tijdens de periode van drie jaar na de overdracht, minder dan 50% bedraagt van de geraamde jaarlijkse EBIT van die overdrager of overdragers indien de overdracht niet had plaatsgevonden.

Art. 6. Inkennisstelling van het centrale verbindingsbureau

De verbindingdienst die of het bevoegde personeelslid dat overeenkomstig dit decreet een verzoek of een antwoord op een verzoek om samenwerking verzendt of ontvangt, stelt het centrale verbindingsbureau hiervan in kennis.

Art. 7. Doorzending aan het centrale verbindingsbureau

De verbindingdienst die of het bevoegde personeelslid dat een verzoek om samenwerking ontvangt dat een optreden vereist buiten de hem krachtens de wetgeving of het interne beleid van de Duitstalige Gemeenschap verleende bevoegdheid, geeft het verzoek onverwijld door aan het centrale verbindingsbureau en stelt de verzoekende autoriteit hiervan in kennis. In dat geval gaat de in artikel 11 gestelde termijn in op de dag nadat het verzoek om samenwerking aan het centrale verbindingsbureau is doorgezonden.

HOOFDSTUK 2. — UITWISSELING VAN INLICHTINGEN

Afdeling 1. — Uitwisseling van inlichtingen op verzoek

Art. 8. Bevoegde autoriteit

Met betrekking tot een specifiek geval kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit om de mededeling verzoeken van alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die ze in haar bezit heeft of naar aanleiding van een administratief onderzoek verkrijgt.

Het in het eerste lid bedoelde verzoek kan een met redenen omkleed verzoek om een administratief onderzoek omvatten. De bevoegde autoriteit kan de aangezochte autoriteit verzoeken haar de originele stukken te bezorgen.

Art. 9. Buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit verstrekt op verzoek van een buitenlandse autoriteit met betrekking tot een specifiek geval alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die zij in haar bezit heeft of verkregen heeft naar aanleiding van een administratief onderzoek dat werd ingesteld om die inlichtingen te verkrijgen.

De bevoegde autoriteit laat elk administratief onderzoek verrichten dat noodzakelijk is om de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen te kunnen verkrijgen.

Het in het eerste lid bedoelde verzoek kan een met redenen omkleed verzoek om een administratief onderzoek omvatten. Indien de bevoegde autoriteit van oordeel is dat er geen administratief onderzoek nodig is, deelt zij de verzoekende autoriteit onmiddellijk de redenen daarvoor mee.

Voor het verkrijgen van de gevraagde inlichtingen of het verrichten van het gevraagde administratieve onderzoek gaat de bevoegde autoriteit te werk volgens dezelfde procedures als handelde zij uit eigen beweging of op verzoek van een andere Belgische autoriteit.

Op specifiek verzoek van de verzoekende autoriteit deelt de bevoegde autoriteit originele stukken aan de verzoekende autoriteit mee, tenzij de geldende voorschriften van de Duitstalige Gemeenschap zich hiertegen verzetten.

Art. 10. Verwacht belang

§ 1 - Wat betreft een in de artikelen 8 en 9 bedoeld verzoek zijn de verzochte inlichtingen van verwacht belang indien op het ogenblik van het verzoek de verzoekende autoriteit van oordeel is dat er overeenkomstig haar nationale wetgeving een redelijke mogelijkheid bestaat dat de verzochte inlichtingen van belang zullen zijn voor de belastingaangelegenheden van één of meer belastingplichtigen, hetzij bij naam geïdentificeerd of anderszins, en het verzoek gerechtvaardigd is voor de doeleinden van het onderzoek.

§ 2 - Om het verwacht belang van de verzochte inlichtingen aan te tonen, verstrekt de verzoekende autoriteit ten minste de volgende inlichtingen aan de bevoegde autoriteit:

1° het fiscale doel waarvoor de informatie wordt opgevraagd; en

2° een specificering van de inlichtingen die nodig zijn voor de uitvoering of handhaving van haar nationale wetgeving.

§ 3 - Indien een in de artikelen 8 en 9 bedoeld verzoek betrekking heeft op een groep belastingplichtigen die niet individueel kunnen worden geïdentificeerd, verstrekt de verzoekende autoriteit ten minste de volgende inlichtingen aan de bevoegde autoriteit:

1° een gedetailleerde beschrijving van de groep;

2° een toelichting bij de toepasselijke wetgeving en bij de feiten op basis waarvan redelijkerwijze kan worden vermoed dat de belastingplichtigen in de groep de toepasselijke wetgeving niet hebben nageleefd;

3° een toelichting bij de manier waarop de gevraagde inlichtingen zouden bijdragen tot het bepalen van de mate waarin de belastingplichtigen in de groep aan de toepasselijke wetgeving voldoen; en

4° in voorkomend geval, feiten en omstandigheden die verband houden met de betrokkenheid van een derde die actief heeft bijgedragen tot de mogelijke niet-naleving van de toepasselijke wetgeving door de belastingplichtigen in de groep.

Art. 11. Behandeling van het verzoek

§ 1 - De in artikel 9, eerste lid, bedoelde inlichtingen worden door de bevoegde autoriteit zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk drie maanden na de datum van ontvangst van het verzoek verstrekt. Indien de bevoegde autoriteit echter niet binnen de gestelde termijn aan het verzoek kan voldoen, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval binnen drie maanden na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee, met vermelding van de datum waarop zij denkt aan het verzoek te kunnen voldoen. De termijn mag niet langer zijn dan zes maanden te rekenen vanaf de datum van ontvangst van het verzoek. Indien de bevoegde autoriteit die inlichtingen evenwel al in haar bezit heeft, verstrekt zij die binnen twee maanden na die datum.

In bijzondere gevallen kunnen de bevoegde en de verzoekende autoriteit andere dan de in het eerste lid vastgestelde termijnen overeenkomen.

§ 2 - De ontvangst van het verzoek wordt door de bevoegde autoriteit aan de verzoekende autoriteit onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg bevestigd.

§ 3 - De bevoegde autoriteit laat in voorkomend geval, uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit weten welke tekortkomingen het verzoek vertoont en welke aanvullende achtergrondinformatie zij verlangt. De in paragraaf 1 gestelde termijn gaat in dit geval in op de datum waarop de bevoegde autoriteit de nodige aanvullende informatie ontvangt.

§ 4 - Indien de bevoegde autoriteit niet over de gevraagde inlichtingen beschikt en niet aan het verzoek om inlichtingen kan voldoen of het verzoek om de in artikel 32 genoemde redenen afwijst, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee.

Afdeling 2. — Verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen

Onderafdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 12. Reikwijdte en voorwaarden

De bevoegde autoriteit verstrekt de buitenlandse autoriteiten automatisch alle inlichtingen waarover zij ten aanzien van ingezetenen van die andere lidstaat beschikt inzake de volgende specifieke inkomsten- en vermogenscategorieën, op te vatten in de zin van de Belgische wetgeving:

1° inkomen uit een dienstbetrekking;

2° tantièmes en presentiegelden;

3° levensverzekeringsproducten die niet vallen onder andere rechtsinstrumenten van de Europese Unie inzake de uitwisseling van inlichtingen noch onder soortgelijke voorschriften;

4° pensioenen;

5° eigendom van en inkomsten uit onroerend goed;

6° royalty's.

Voor belastingtijdvakken die ingaan op of na 1 januari 2024, streeft de bevoegde autoriteit ernaar het fiscaal identificatienummer (tax identification number, TIN) van ingezetenen op te nemen in de verstrekking van de in het eerste lid bedoelde inlichtingen.

De inlichtingen worden ten minste eenmaal per jaar verstrekt, binnen zes maanden na het verstrijken van het kalenderjaar in de loop waarvan de inlichtingen beschikbaar zijn geworden.

Art. 13. Voorafgaande grensoverschrijdende rulings

§ 1 - De bevoegde autoriteit die na 31 december 2016 een voorafgaande grensoverschrijdende ruling afgeeft of maakt, wijzigt of hernieuwt, verstrekt de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten en de Europese Commissie automatisch inlichtingen daaromtrent, met inachtneming van de in paragraaf 6 genoemde beperkingen, zulks overeenkomstig de uit hoofde van artikel 36 vastgestelde toepasselijke praktische regelingen.

§ 2 - De bevoegde autoriteit verstrekt, overeenkomstig de krachtens artikel 36 vastgestelde toepasselijke praktische regelingen, ook de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten, alsmede de Europese Commissie, inlichtingen - met inachtneming van de in paragraaf 6 genoemde beperkingen - over voorafgaande grensoverschrijdende rulings die zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd binnen een periode beginnend vijf jaar vóór 1 januari 2017.

Indien die voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd tussen 1 januari 2012 en 31 december 2013, worden die inlichtingen verstrekt op voorwaarde dat die voorafgaande grensoverschrijdende rulings nog geldig waren op 1 januari 2014.

Indien die voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd tussen 1 januari 2014 en 31 december 2016, worden die inlichtingen verstrekt ongeacht of die voorafgaande grensoverschrijdende rulings nog geldig zijn.

Deze paragraaf geldt niet voor inlichtingen over voorafgaande grensoverschrijdende rulings die vóór 1 april 2016 zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd ten aanzien van een bepaalde persoon of groep personen, met uitzondering van die welke hoofdzakelijk financiële of investeringsactiviteiten verrichten, met een jaarlijkse nettogroepsomzet, als gedefinieerd in artikel 2, punt 5), van Richtlijn 2013/34/EU van minder dan 40.000.000 euro in het boekjaar voorafgaand aan de datum waarop die grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd.

§ 3 - De paragrafen 1 en 2 zijn niet van toepassing wanneer een voorafgaande grensoverschrijdende ruling uitsluitend betrekking heeft op de belastingzaken van een of meer natuurlijke personen.

§ 4 - De inlichtingenuitwisseling geschiedt als volgt:

1° voor de op grond van paragraaf 1 uitgewisselde inlichtingen: onverwijld zodra de voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd en uiterlijk binnen drie maanden na het einde van het eerste halfjaar van het kalenderjaar waarin de voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd;

2° voor de overeenkomstig paragraaf 2 uitgewisselde inlichtingen: vóór 1 januari 2018.

§ 5 - De door de bevoegde autoriteit uit hoofde van de paragrafen 1 en 2 te verstrekken inlichtingen omvatten in het bijzonder de volgende gegevens:

1° de identificatiegegevens van de persoon, niet zijnde een natuurlijke persoon, en in voorkomend geval van de groep personen waartoe deze behoort;

2° een samenvatting van de inhoud van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, met onder meer een omschrijving van de relevante zakelijke activiteiten of transacties of reeks van transacties, alsook alle andere inlichtingen die voor de bevoegde autoriteit nuttig kunnen zijn bij de evaluatie van een mogelijk belastingrisico, die niet mag leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze, of van inlichtingen waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde;

3° de data waarop de voorafgaande grensoverschrijdende ruling is afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd;

4° de aanvangsdatum van de geldigheidsperiode van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld;

5° de einddatum van de geldigheidsperiode van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld;

6° het type voorafgaande grensoverschrijdende ruling;

7° het bedrag van de transactie of reeks van transacties van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld in de voorafgaande grensoverschrijdende ruling;

8° de andere lidstaten, indien er zijn, waarop de voorafgaande grensoverschrijdende ruling naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn;

9° personen, niet zijnde natuurlijke personen, in de andere lidstaten, indien die er zijn, op wie de voorafgaande grensoverschrijdende ruling naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn, waarbij dient te worden vermeld met welke lidstaten de getroffen personen verbonden zijn;

10° de vermelding of de meegedeelde inlichtingen gebaseerd zijn op de voorafgaande grensoverschrijdende ruling zelf.

§ 6 - De inlichtingen bedoeld in § 5, 1°, 2° en 9°, worden niet meegedeeld aan de Europese Commissie.

§ 7 - De Regering kan de regels bepalen voor de mededeling van de ontvangst van de inlichtingen vermeld in § 5, 10°, door de bevoegde autoriteit.

§ 8 - De bevoegde autoriteit kan in overeenstemming met artikel 8, eerste lid, om aanvullende inlichtingen verzoeken, daaronder begrepen de volledige tekst van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling.

Art. 14. Meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies

§ 1 - De intermediairs verstrekken aan de bevoegde autoriteiten inlichtingen over meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies waarvan zij kennis, bezit of controle hebben, binnen dertig dagen te rekenen vanaf:

1° de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie beschikbaar is gesteld; of

2° de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie gereed is; of

3° het ogenblik dat de eerste stap in de implementatie van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is ondernomen;

naargelang wat het eerst plaatsvindt.

Onverminderd het eerste lid verstrekken ook de in artikel 4, 21°, tweede lid, bedoelde intermediairs inlichtingen binnen dertig dagen te rekenen vanaf de dag nadat zij, rechtstreeks of via andere personen, hulp, bijstand of advies hebben verstrekt.

§ 2 - In het geval van marktklare constructies stelt de intermediair om de drie maanden een periodiek verslag op met een overzicht van nieuwe meldingsplichtige inlichtingen als bedoeld in § 13, 1°, 4°, 7° en 8°, die sinds het laatste ingediende verslag beschikbaar zijn geworden.

§ 3 - Wanneer de intermediair verplicht is inlichtingen over meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies te verstrekken aan de bevoegde autoriteiten van meer dan één lidstaat, worden die inlichtingen alleen verstrekt aan de lidstaat die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

1° de lidstaat waar de intermediair fiscaal inwoner is;

2° de lidstaat waar de intermediair een vaste inrichting heeft via welke de diensten met betrekking tot de constructie worden verstrekt;

3° de lidstaat waar de intermediair is opgericht of onder toepassing van de wetten valt;

4° de lidstaat waar de intermediair is ingeschreven bij een beroepsorganisatie in verband met de verstrekking van juridische, fiscale of adviesdiensten.

§ 4 - Wanneer er overeenkomstig paragraaf 3 een meervoudige meldingsplicht bestaat, wordt de intermediair ontheven van het verstrekken van de inlichtingen als hij aantoonst dat dezelfde inlichtingen in een andere lidstaat zijn verstrekt.

§ 5 - De intermediairs worden ontheven van de verplichting tot het verstrekken van inlichtingen over een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie, wanneer de meldingsplicht een strafrechtelijk vervolgd inbreuk zou vormen op het verschoningsrecht. In dat geval stellen de intermediairs andere intermediairs of, bij gebreke daarvan, de relevante belastingplichtige onverwijld in kennis van de verplichting tot verstrekking van inlichtingen overeenkomstig paragraaf 6.

Een verschoningsrecht overeenkomstig deze paragraaf kan niet worden ingeroepen met betrekking tot de meldingsplicht voor marktklare constructies die vallen onder de periodieke verslaglegging overeenkomstig paragraaf 2.

§ 6 - Wanneer er geen intermediair is of de intermediair de relevante belastingplichtige of een andere intermediair in kennis stelt van de toepassing van een ontheffing krachtens paragraaf 5, ligt de verplichting tot verstrekking van inlichtingen over een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bij de andere in kennis gestelde intermediair of, bij gebreke daarvan, bij de relevante belastingplichtige.

§ 7 - De relevante belastingplichtige bij wie de meldingsplicht ligt, verstrekt de inlichtingen binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie ter beschikking van de relevante belastingplichtige is gesteld of gereed is voor implementatie door de relevante belastingplichtige of zodra de eerste stap voor de implementatie ervan met betrekking tot de relevante belastingplichtige is ondernomen, naargelang wat het eerst plaatsvindt.

Wanneer de relevante belastingplichtige verplicht is inlichtingen over de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie te verstrekken aan de bevoegde autoriteiten van meer dan één lidstaat, worden die inlichtingen alleen verstrekt aan de bevoegde autoriteiten van de lidstaat die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

1° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige fiscaal inwoner is;

2° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige een vaste inrichting heeft die begunstigde van de constructie is;

3° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige inkomsten ontvangt of winsten genereert, hoewel de relevante belastingplichtige geen fiscaal inwoner van een lidstaat is noch een vaste inrichting in een lidstaat heeft;

4° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige een activiteit uitoefent, hoewel de relevante belastingplichtige geen fiscaal inwoner van een lidstaat is noch een vaste inrichting in een lidstaat heeft.

§ 8 - Wanneer er op grond van paragraaf 7 een meervoudige meldingsplicht bestaat, wordt de relevante belastingplichtige ontheven van het verstrekken van de inlichtingen als hij overeenkomstig het nationale recht aantoonst dat dezelfde inlichtingen in een andere lidstaat zijn verstrekt.

§ 9 - Wanneer er meer dan één intermediair is, ligt de verplichting tot verstrekking van inlichtingen over de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bij alle intermediairs die bij dezelfde meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie betrokken zijn.

Een intermediair wordt alleen ontheven van het verstrekken van de inlichtingen voor zover hij aantoonst dat dezelfde inlichtingen als bedoeld in paragraaf 13 reeds door een andere intermediair zijn verstrekt.

§ 10 - Iedere lidstaat neemt de noodzakelijke maatregelen om te eisen dat, wanneer de meldingsplicht bij de relevante belastingplichtige ligt en er meer dan één relevante belastingplichtige is, de inlichtingen overeenkomstig paragraaf 6 worden verstrekt door de belastingplichtige die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

1° de relevante belastingplichtige die de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is overeengekomen met de intermediair;

2° de relevante belastingplichtige die de implementatie van de constructie beheert.

Een relevante belastingplichtige wordt alleen ontheven van het verstrekken van de inlichtingen voor zover hij aantoonst dat dezelfde inlichtingen als bedoeld in paragraaf 13 reeds door een andere relevante belastingplichtige zijn verstrekt.

§ 11 - De bevoegde autoriteit kan de noodzakelijke maatregelen nemen om te eisen dat iedere relevante belastingplichtige aan de belastingdienst inlichtingen verstrekt over het gebruik dat hij van de constructie maakt voor ieder jaar waarin hij er gebruik van maakt.

§ 12 - De bevoegde autoriteit waaraan de inlichtingen overeenkomstig paragrafen 1 tot en met 11 zijn verstrekt, deelt de in paragraaf 13 bedoelde gegevens via automatische uitwisseling mee aan de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten in overeenstemming met de krachtens artikel 36 vastgestelde nadere regels.

§ 13 - De door de bevoegde autoriteit van een lidstaat uit hoofde van paragraaf 12 mee te delen inlichtingen omvatten het volgende, voor zover van toepassing:

1° de identificatiegegevens van intermediairs en relevante belastingplichtigen, met inbegrip van hun naam, geboortedatum en -plaats (in het geval van een natuurlijk persoon), fiscale woonplaats, fiscaal identificatienummer, en, in voorkomend geval, van de personen die een verbonden onderneming vormen met de relevante belastingplichtige;

2° nadere bijzonderheden over de in bijlage IV van Richtlijn 2011/16/EU vermelde wezenskenmerken op grond waarvan de grensoverschrijdende constructie moet worden gemeld;

3° een samenvatting van de inhoud van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie, met onder meer de benaming waaronder zij algemeen bekend staat, indien voorhanden, en een omschrijving van de relevante zakelijke activiteiten of constructies, in algemene bewoordingen gesteld, die niet mag leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze, of van inlichtingen waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde;

4° de datum waarop de eerste stap voor de implementatie van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is of zal worden ondernomen;

5° nadere bijzonderheden van de nationale bepalingen die aan de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie ten grondslag liggen;

6° de waarde van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie;

7° de lidstaat van de relevante belastingbetaler(s) en eventuele andere lidstaten waarop de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn;

8° de identificatiegegevens van andere personen in een lidstaat, op wie de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn, waarbij wordt vermeld met welke lidstaten deze personen verbonden zijn.

§ 14 - Dat een belastingdienst niet reageert op een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie impliceert niet dat de geldigheid of fiscale behandeling van die constructie wordt aanvaard.

§ 15 - De automatische inlichtingenuitwisseling geschiedt binnen één maand te rekenen vanaf het einde van het kwartaal waarin de inlichtingen zijn verstrekt.

Onderafdeling 2. — Door platformexploitanten gerapporteerde inlichtingen

Art. 15. Bijzondere definities

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt met betrekking tot rapporterende platformexploitanten verstaan onder:

1° platform: elke software, met inbegrip van een website of onderdeel daarvan en toepassingen waaronder mobiele toepassingen, die toegankelijk is voor gebruikers en waardoor verkopers in staat worden gesteld verbonden te zijn met andere gebruikers voor het verrichten van een relevante activiteit, direct of indirect, ten behoeve van dergelijke gebruikers. Daaronder begrepen zijn ook alle regelingen voor de inning en betaling van een tegenprestatie met betrekking tot de relevante activiteit. De term 'platform' omvat niet de software die zonder enige verdere interventie bij het verrichten van een relevante activiteit uitsluitend een van de volgende activiteiten mogelijk maakt:

- a) het uitvoeren van betalingen in verband met een relevante activiteit;
- b) het aanbieden of adverteren van een relevante activiteit door gebruikers;
- c) het doorverwijzen of overbrengen van gebruikers naar een platform;

2° platformexploitant: een entiteit die een overeenkomst sluit met een verkoper om een platform geheel of gedeeltelijk beschikbaar te stellen aan die verkoper;

3° uitgesloten platformexploitant: een platformexploitant die vooraf en jaarlijks ten genoegen van de bevoegde autoriteit van de lidstaat waaraan hij anders had moeten rapporteren, overeenkomstig de voorschriften van artikel^o18, § 1, 1° tot en met 3°, heeft aangetoond dat het volledige bedrijfsmodel van het platform van dusdanige aard is dat het niet over te rapporteren verkopers beschikt;

4° rapporterende platformexploitant: een andere platformexploitant dan een uitgesloten platformexploitant, die in een van de volgende situaties verkeert:

a) hij is een fiscaal ingezetene van een lidstaat of, indien dat niet het geval is, voldoet hij aan een van de volgende voorwaarden:

- i) hij is opgericht in overeenstemming met de wetgeving van een lidstaat;
- ii) zijn plaats van leiding (inclusief de werkelijke leiding) bevindt zich in een lidstaat;
- iii) hij heeft een vaste inrichting in een lidstaat en is geen gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie;

b) hij is geen fiscaal ingezetene van een lidstaat, noch is hij opgericht in overeenstemming met de wetten van een lidstaat, noch heeft hij zijn plaats van leiding of een vaste inrichting in een lidstaat, maar hij faciliteert de verrichting van een relevante activiteit door te rapporteren verkopers of een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed dat in een lidstaat is gelegen, en hij is geen gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie;

5° gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie: een platformexploitant voor wie alle relevante activiteiten die hij faciliteert ook gekwalificeerde relevante activiteiten zijn en die een fiscaal ingezetene is van een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied of, indien hij dat niet is, aan een van de volgende voorwaarden voldoet:

- a) hij is opgericht in overeenstemming met de wetgeving van een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied; of
- b) zijn plaats van leiding (inclusief de werkelijke leiding) bevindt zich in een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied;

6° gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied: een niet-Unierechtsgebied dat beschikt over een van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten met de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten die in een door dit niet-Unierechtsgebied gepubliceerde lijst zijn aangemerkt als te rapporteren rechtsgebieden;

7° van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten: een overeenkomst tussen de bevoegde autoriteiten van een lidstaat en een niet-Unierechtsgebied, op grond waarvan de automatische uitwisseling plaatsvindt van inlichtingen die gelijkwaardig zijn aan die welke in artikel 18, § 2, zijn gespecificeerd, zoals bevestigd in een uitvoeringshandeling van de Europese Commissie;

8° relevante activiteit: een van de onderstaande activiteiten die worden verricht voor een tegenprestatie:

a) de verhuur van een onroerend goed, daaronder begrepen zakelijk en niet-zakelijk onroerend goed, alsmede elk ander onroerend goed en parkeerruimten;

b) een persoonlijke dienst;

c) de verkoop van goederen;

d) de verhuur van transportmiddelen.

De term 'relevante activiteit' omvat niet de activiteiten die door een verkoper worden verricht in de hoedanigheid van werknemer van de platformexploitant of van een met de platformexploitant gelieerde entiteit;

9° gekwalificeerde relevante activiteiten: relevante activiteiten die vallen onder de automatische uitwisseling op grond van een vigerende adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten;

10° tegenprestatie: een compensatie onder welke vorm ook, met aftrek van alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant worden ingehouden of geheven, die wordt betaald of gecrediteerd aan een verkoper in verband met de relevante activiteit, en waarvan het bedrag door de platformexploitant gekend is of redelijkerwijs gekend kan worden;

11° persoonlijke dienst: een dienst die een tijdgebonden of taakgerichte activiteit omvat die door een of meer natuurlijke personen wordt uitgevoerd, hetzij zelfstandig, hetzij namens een entiteit, en die wordt verricht op verzoek van een gebruiker, hetzij online, hetzij fysiek offline, na facilitering door een platform.

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt met betrekking tot te rapporteren verkopers verstaan onder:

1° verkoper: een gebruiker van een platform, hetzij een natuurlijke persoon, hetzij een entiteit, die op enig ogenblik tijdens de rapportageperiode op het platform is geregistreerd en een relevante activiteit verricht;

2° actieve verkoper: een verkoper die tijdens de rapportageperiode een relevante activiteit verricht, of aan wie een tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd in verband met een relevante activiteit tijdens de rapportageperiode;

3° te rapporteren verkoper: een actieve verkoper, die geen uitgesloten verkoper is, die een ingezetene is van een lidstaat of die een onroerend goed heeft verhuurd dat in een lidstaat is gelegen;

4° uitgesloten verkoper: een verkoper:

a) die een overheidsinstantie is;

b) die een entiteit is waarvan de aandelen regelmatig worden verhandeld op een erkende effectenbeurs of een gelieerde entiteit is van een entiteit waarvan de aandelen regelmatig worden verhandeld op een erkende effectenbeurs;

c) die een entiteit is waarvoor de platformexploitant tijdens de rapportageperiode meer dan 2.000 relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door de verhuur van onroerend goed met betrekking tot een eigendomslijst; of

d) voor wie de platformexploitant tijdens de rapportageperiode minder dan dertig relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door de verkoop van goederen, en voor wie het totale bedrag van de tegenprestatie dat is betaald of gecrediteerd, ten hoogste 2.000 euro bedroeg.

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt verstaan onder:

1° entiteit: een rechtspersoon of een juridische constructie, zoals een vennootschap, samenwerkingsverband, trust of stichting. Een entiteit is een gelieerde entiteit van een andere entiteit indien een van de entiteiten zeggenschap heeft over de andere, of indien beide entiteiten onder een gemeenschappelijk zeggenschap vallen. Daartoe wordt onder zeggenschap mede verstaan de directe of indirecte eigendom van meer dan 50% van het aantal stemmen en de waarde in een entiteit. Bij indirecte deelneming wordt de nakoming van het vereiste dat meer dan 50%

van het eigendomsrecht in het kapitaal van de andere entiteit wordt gehouden, bepaald door vermenigvuldiging van de deelnemingspercentages door de opeenvolgende niveaus heen. Een persoon die meer dan 50%

van de stemrechten houdt, wordt geacht 100%

te houden;

2° overheidsinstantie: de regering van een lidstaat of ander rechtsgebied, een staatkundig onderdeel van een lidstaat of ander rechtsgebied (met inbegrip van een staat, provincie, district of gemeente), of een agentschap of instantie van een lidstaat of ander rechtsgebied of van een of meer van de voorgaande overheidsinstanties dat/die volledig daartoe behoort;

3° btw-identificatienummer: het unieke nummer ter identificatie van een belastingplichtige of een niet-belastbare rechtspersoon, die is geregistreerd voor btw-doeleinden;

4° hoofdadres: het adres van de hoofdverblijfplaats van een verkoper die een natuurlijke persoon is, alsook het adres van het geregistreerde kantoor van een verkoper die een entiteit is;

5° rapportageperiode: het kalenderjaar waarvoor de rapportage wordt afgesloten op grond van artikel 18;

6° eigendomslijst: alle onroerende goederen die op hetzelfde straatadres gelegen zijn, in het bezit zijn van dezelfde eigenaar en door dezelfde verkoper via een platform te huur worden aangeboden;

7° identificatiecode van de financiële rekening: het unieke identificatienummer of referentienummer van de rekening bij een bank of bij een andere vergelijkbare betalingsdienst waarover de platformexploitant beschikt en waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd;

8° goederen: elke lichamelijke zaak.

Art. 16. Reikwijdte en voorwaarden

§ 1 - De rapporterende platformexploitanten voeren de in de artikelen 17 en 18 omschreven due-diligenceprocedures uit en vervullen de rapportageverplichtingen, als omschreven in bijlage V, deel IV, van Richtlijn 2011/06/EU.

§ 2 - Op grond van de toepasselijke due-diligenceprocedures en rapportageverplichtingen als omschreven in de artikelen 17 en 18, verstrekt de bevoegde autoriteit van een lidstaat waar de rapportage overeenkomstig paragraaf 1 heeft plaatsgevonden, door middel van een automatische uitwisseling en binnen de in paragraaf 3 gestelde termijn aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4, en, indien de te rapporteren verkoper onroerend goed verhuurt, in ieder geval aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarin het onroerend goed is gelegen, de volgende inlichtingen over elke te rapporteren verkoper:

1° naam, geregistreerd kantooradres, fiscaal identificatienummer en, in voorkomend geval, het op grond van paragraaf 4 toegewezen individueel identificatienummer van de rapporterende platformexploitant, alsook handelsnaam (-namen) van het platform (de platforms) waarover de rapporterende platformexploitant rapporteert;

2° voor- en achternaam van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is, en de officiële naam van de te rapporteren verkoper als die een entiteit is;

3° het hoofdadres;

4° een fiscaal identificatienummer van de te rapporteren verkoper, met vermelding van elke lidstaat van afgifte, of, bij ontstentenis daarvan, de geboorteplaats van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is;

5° het nummer van inschrijving in het handelsregister van de te rapporteren verkoper als die een entiteit is;

6° het btw-identificatienummer van de te rapporteren verkoper, indien beschikbaar;

7° de geboortedatum van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is;

8° de identificatiecode van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten niet in kennis heeft gesteld van het feit dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

9° indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper: bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

10° elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is zoals bepaald op grond van artikel 17, § 4;

11° de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten waarvoor deze is betaald of gecrediteerd;

12° alle honoraria, commissielonen of belastingen die door het rapporterende platform tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden.

Indien de te rapporteren verkoper een onroerend goed verhuurt, worden de volgende aanvullende inlichtingen meegedeeld:

1° het postadres van elke eigendomslijst, vastgesteld op basis van de procedures als omschreven in artikel 17, § 5, en het respectieve kadastrnummer of het equivalent daarvan in het nationale recht van de lidstaat waar het gelegen is, indien beschikbaar;

2° de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten dat is verricht voor elke eigendomslijst;

3° indien beschikbaar, het aantal verhuurdagen voor elke eigendomslijst tijdens de rapportageperiode en het type van elke eigendomslijst.

§ 3 - De mededeling op grond van paragraaf 2 geschiedt met gebruikmaking van het geautomatiseerde standaardformaat als bedoeld in artikel 35, § 4, uiterlijk twee maanden na het einde van de rapportageperiode waarop de op de rapporterende platformexploitant toepasselijke rapportageverplichtingen betrekking hebben. De eerste inlichtingen worden meegedeeld voor rapportageperiodes vanaf 1 januari 2023.

§ 4 - Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), registreert zich bij de bevoegde autoriteit bij de aanvang van zijn activiteit als platformexploitant volgens de volgende procedure:

1° de rapporterende platformexploitant verstrekt de bevoegde autoriteit de volgende inlichtingen:

a) naam;

b) postadres;

c) elektronische adressen, met inbegrip van websites;

d) eventuele TIN toegekend aan de rapporterende platformexploitant;

e) een verklaring met informatie over de identificatie van die rapporterende platformexploitant voor btw-doeleinden binnen de Europese Unie, op grond van titel XII, hoofdstuk 6, afdelingen 2 en 3, van Richtlijn 2006/112/EG;

f) de lidstaten waarvan de te rapporteren verkopers ingezetenen zijn in de zin van artikel 17, § 4;

2° de rapporterende platformexploitant stelt de bevoegde autoriteit in kennis van alle wijzigingen van de inlichtingen die in het kader van 1° zijn verstrekt;

3° de bevoegde autoriteit kent een individueel identificatienummer toe aan de rapporterende platformexploitant en deelt dit via elektronische weg mee aan de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten;

4° de bevoegde autoriteit verzoekt de Europese Commissie om een rapporterende platformexploitant uit het centrale register te schrappen:

a) indien de platformexploitant de bevoegde autoriteit ervan in kennis stelt dat hij niet langer als platformexploitant actief is;

b) indien er, bij gebreke van een kennisgeving op grond van 1°, redenen zijn om te veronderstellen dat een platformexploitant zijn activiteiten heeft stopgezet;

c) indien de platformexploitant niet langer beantwoordt aan de voorwaarden van artikel 15, eerste lid, 4°, b);

d) indien de bevoegde autoriteit de registratie heeft ingetrokken op grond van 6°;

5° de bevoegde autoriteit stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van elke platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), die zijn activiteiten als platformexploitant aanvangt zonder zich op grond van dit punt te registreren;

6° indien een rapporterende platformexploitant na twee aanmaningen door de bevoegde autoriteit niet voldoet aan de rapportageverplichting overeenkomstig artikel 18, § 1, derde lid, neemt de bevoegde autoriteit, onverminderd artikel 45, de nodige maatregelen om de registratie van de rapporterende platformexploitant in te trekken op grond van deze paragraaf. De registratie wordt uiterlijk na het verstrijken van negentig dagen, maar niet vóór het verstrijken van dertig dagen na de tweede aanmaning ingetrokken.

§ 5 - Indien een platformexploitant wordt geacht een uitgesloten platformexploitant te zijn, stelt de bevoegde autoriteit van de lidstaat waar overeenkomstig artikel 15, eerste lid, 3°, is aangetoond dat het om een uitgesloten platformexploitant gaat, de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten daarvan in kennis, alsmede van eventuele latere wijzigingen.

§ 6 - De Regering legt voorschriften en administratieve procedures vast met het oog op de doeltreffende uitvoering en naleving van de due-diligenceprocedures en de rapportageverplichtingen als omschreven in de artikelen 17 en 18, onder andere om voor het volgende te zorgen:

1° indien een verkoper de volgens artikel 17 vereiste inlichtingen niet verstrekt na twee aanmaningen volgend op het initiële verzoek van de rapporterende platformexploitant, maar niet voordat zestig dagen zijn verstreken, sluit de rapporterende platformexploitant de account van die verkoper af, verhindert hij dat de verkoper zich opnieuw op het platform registreert of houdt hij de betaling van de tegenprestatie aan de verkoper in zolang de verkoper de vereiste inlichtingen niet heeft verstrekt;

2° de rapporterende platformexploitanten handhaven de verzamelings- en verificatievereisten van artikel 17 bij hun verkopers;

3° de rapporterende platformexploitanten houden registers bij van de stappen die zijn ondernomen en van eventuele inlichtingen die zijn gebruikt voor de uitvoering van de due-diligenceprocedures en rapportageverplichtingen zoals omschreven in de artikelen 17 en 18. Die registers worden een voldoende lange tijd bewaard en in elk geval voor een periode van ten minste vijf en ten hoogste tien jaar volgend op het einde van de rapportageperiode waarop zij betrekking hebben;

4° alle noodzakelijke inlichtingen worden gerapporteerd aan de bevoegde autoriteit zodat deze de verplichting om inlichtingen te verstrekken overeenkomstig paragraaf 2 kan naleven. Zo nodig wordt rapporterende platformexploitanten een verplichting tot rapportage opgelegd;

5° de rapporterende platformexploitanten leven de in de artikelen 17 en 18 omschreven due-diligenceprocedures en rapportageverplichtingen na;

6° er vindt een vervolgcontrole plaats van rapporterende platformexploitanten die onvolledige of onnauwkeurige inlichtingen rapporteren.

Art. 17. Due-diligenceprocedures

§ 1 - Om te bepalen of een verkoper die een entiteit is, als uitgesloten verkoper kan gelden in de zin van artikel 15, tweede lid, 4°, *a)* en *b)*, kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op publiekelijk beschikbare informatie of een bevestiging van de verkoper die een entiteit is.

Om te bepalen of een verkoper kan gelden als een uitgesloten verkoper in de zin van artikel 15, tweede lid, 4°, *c)* en *d)*, kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op de registers waarover hij beschikt.

§ 2 - De rapporterende platformexploitant verzamelt alle volgende inlichtingen voor elke verkoper die een natuurlijke persoon en geen uitgesloten verkoper is:

1° voor- en achternaam;

2° het hoofdadres;

3° elk aan die verkoper afgegeven TIN, met vermelding van elke lidstaat van afgifte, en bij gebrek daaraan, de geboorteplaats van die verkoper;

4° het btw-identificatienummer van die verkoper, indien van toepassing;

5° de geboortedatum.

De rapporterende platformexploitant verzamelt alle volgende inlichtingen voor elke verkoper die een entiteit en geen uitgesloten verkoper is:

1° de wettelijke benaming;

2° het hoofdadres;

3° elk aan die verkoper afgegeven TIN, met vermelding van elke lidstaat van afgifte;

4° het btw-identificatienummer van die verkoper, indien van toepassing;

5° het bedrijfsregistratienummer;

6° het bestaan van elke vaste inrichting via welke relevante activiteiten worden verricht in de Europese Unie, voor zover van toepassing, met aanduiding van elke respectieve lidstaat waar een dergelijke vaste inrichting is gelegen.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid, 1° en 2°, is de rapporterende platformexploitant niet verplicht de inlichtingen als bedoeld in het eerste lid, 1° tot en met 5°, en in het tweede lid, 2° tot en met 6°, te verzamelen indien de inlichtingen gebaseerd zijn op een directe bevestiging van de identiteit en de woonplaats van de verkoper via een identificatiedienst die door een lidstaat of de Europese Unie beschikbaar is gesteld om de identiteit en de fiscale woonplaats van de verkoper vast te stellen.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid, 3°, en in het tweede lid, 3° en 5°, is de rapporterende platformexploitant niet verplicht het TIN of, naargelang het geval, het bedrijfsregistratienummer te verzamelen in de volgende gevallen:

1° de lidstaat waarvan de verkoper een ingezetene is, geeft geen TIN of bedrijfsregistratienummer af aan de verkoper;

2° de lidstaat waarvan de verkoper een ingezetene is, verlangt niet dat het aan de verkoper afgegeven TIN wordt verzameld.

§ 3 - De rapporterende platformexploitant bepaalt of de inlichtingen die zijn verzameld op grond van § 1, § 2, 1°, en 2°, *a)* tot en met *e)*, en § 5 betrouwbaar zijn, door gebruik te maken van alle inlichtingen en documenten waarover hij in zijn registers beschikt, alsmede van elke elektronische interface die gratis beschikbaar is gesteld door een lidstaat of de Europese Unie teneinde de geldigheid van het TIN en/of btw-identificatienummer vast te stellen.

Niettegenstaande het bepaalde in 1° kan de rapporterende platformexploitant voor de voltooiing van de due-diligenceprocedures op grond van § 6, tweede lid, bepalen of de inlichtingen die zijn verzameld op grond van § 1, § 2, eerste lid, tweede lid, 1° tot en met 5°, en § 5 betrouwbaar zijn door gebruik te maken van de inlichtingen en documenten waarover hij in zijn elektronisch doorzoekbare registers beschikt.

In toepassing van § 6, derde lid, 2^o, en niettegenstaande het bepaalde in § 3, eerste en tweede lid, ingeval de rapporterende platformexploitant redenen heeft om aan te nemen dat gegevens als bedoeld in paragraaf 2 of paragraaf 5 onnauwkeurig kunnen zijn op basis van inlichtingen die zijn verstrekt door de bevoegde autoriteit van een lidstaat naar aanleiding van een verzoek betreffende een specifieke verkoper, verzoekt hij de verkoper de gegevens die niet correct zijn gebleken, te corrigeren, en ondersteunende documenten, gegevens of inlichtingen te verstrekken die betrouwbaar zijn en afkomstig uit een onafhankelijke bron, zoals:

- 1^o een geldig identiteitsbewijs afgegeven door een overheidsorgaan;
- 2^o een recent certificaat van fiscale woonplaats.

§ 4 - Een rapporterende platformexploitant beschouwt een verkoper als een ingezetene van de lidstaat waar deze zijn hoofdadres heeft. Indien verschillend van de lidstaat van het hoofdadres van de verkoper, beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper ook als een ingezetene van de lidstaat die aan de verkoper een TIN heeft afgegeven. Indien de verkoper inlichtingen heeft verstrekt in verband met het bestaan van een vaste inrichting op grond van § 2, tweede lid, 6^o, beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper ook als een ingezetene van die lidstaat die de verkoper heeft opgegeven.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper als een ingezetene van elke lidstaat die wordt bevestigd door een elektronische identificatiedienst die door een lidstaat of de Europese Unie op grond van § 2, derde lid, beschikbaar is gesteld.

§ 5 - Indien een verkoper een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed verricht, verzamelt de rapporterende platformexploitant de adresgegevens van elke eigendomslijst en, voor zover toegekend, het respectieve kadastrummer of het equivalent daarvan in het nationale recht van de lidstaat waar het gelegen is. Indien een rapporterende platformexploitant meer dan 2.000 relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door een eigendomslijst te verhuren voor dezelfde verkoper die een entiteit is, verzamelt de rapporterende platformexploitant ondersteunende documenten, gegevens of inlichtingen waaruit blijkt dat de eigendomslijst eigendom is van dezelfde eigenaar.

§ 6 - De rapporterende platformexploitant voltooit uiterlijk op 31 december van de rapportageperiode de due-diligenceprocedures zoals bedoeld in de paragrafen 1 tot en met 5.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid moeten voor verkopers die al op het platform waren geregistreerd op datum van 1 januari 2023 of vanaf de datum waarop een entiteit een rapporterende platformexploitant wordt, de in de paragrafen 1 tot en met 5 bedoelde due-diligenceprocedures worden voltooid uiterlijk op 31 december van de tweede rapportageperiode voor de rapporterende platformexploitant.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op de due-diligenceprocedures die in eerdere rapportageperioden werden uitgevoerd, mits:

- 1^o de in § 2, eerste en tweede lid, vereiste inlichtingen over de verkoper werden hetzij verzameld en geverifieerd, hetzij bevestigd, in de laatste 36 maanden; en
- 2^o er voor de rapporterende platformexploitant geen redenen zijn om aan te nemen dat de inlichtingen die op grond van de paragrafen 1, 2 en 5 zijn verzameld, onbetrouwbaar of incorrect zijn (geworden).

§ 7 - De rapporterende platformexploitant kan ervoor kiezen de due-diligenceprocedures op grond van de paragrafen 1 tot en met 6 uitsluitend op actieve verkopers toe te passen.

§ 8 - Een rapporterende platformexploitant kan een beroep doen op een derde als dienstverrichter om de in dit artikel bedoelde due-diligenceverplichtingen te vervullen, maar de verantwoordelijkheid ter zake blijft bij de rapporterende platformexploitant berusten.

Indien een platformexploitant de due-diligenceverplichtingen op grond van § 8, 1^o, vervult voor een rapporterende platformexploitant met betrekking tot hetzelfde platform, voert die platformexploitant de due-diligenceprocedures op grond van de voorschriften van dit artikel uit. De verantwoordelijkheid voor het vervullen van de due-diligenceverplichtingen blijft bij de rapporterende platformexploitant berusten.

Art. 18. Rapportageverplichtingen

§ 1 - Tijdstip en wijze van rapporteren van de in artikel 16 vermelde inlichtingen zijn in overeenstemming met de bepalingen van deze paragraaf.

Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4^o, a), rapporteert aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat die is bepaald overeenkomstig artikel 15, eerste lid, 4^o, a), de in paragraaf 2 bedoelde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper als te rapporteren verkoper is aangemerkt. Indien er meer dan één rapporterende platformexploitant is, is eenieder onder hen die overeenkomstig het nationale recht kan aantonen dat dezelfde inlichtingen door een andere rapporterende platformexploitant zijn gerapporteerd, vrijgesteld van de verplichting die inlichtingen te rapporteren.

Indien een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4^o, a), in meer dan een lidstaat voldoet aan een van de daarin genoemde voorwaarden, kiest hij een van die lidstaten uit waarin hij aan de rapportageverplichtingen van dit artikel zal voldoen. Een rapporterende platformexploitant in die situatie stelt alle bevoegde autoriteiten van die lidstaten in kennis van zijn keuze en rapporteert de in paragraaf 2 genoemde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat van zijn keuze uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper. Indien er meer dan één rapporterende platformexploitant is, is eenieder onder hen die overeenkomstig het nationale recht kan aantonen dat dezelfde inlichtingen door een andere rapporterende platformexploitant zijn gerapporteerd in een andere lidstaat, vrijgesteld van de verplichting die inlichtingen te rapporteren.

Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4^o, b), rapporteert de in paragraaf 2 genoemde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat van registratie, overeenkomstig artikel 16, § 4, 1^o, uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper.

Niettegenstaande het bepaalde in het vierde lid is een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4^o, b), niet verplicht de in paragraaf 2 bedoelde informatie te verstrekken met betrekking tot gekwalificeerde relevante activiteiten die vallen onder een vigerende adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten, die reeds voorziet in de automatische uitwisseling van gelijkwaardige inlichtingen met een lidstaat over te rapporteren verkopers die ingezetene zijn van die lidstaat.

Een rapporterende platformexploitant verstrekt tevens de in § 2, 2° en 3°, bedoelde inlichtingen aan de te rapporteren verkoper waarop zij betrekking hebben, uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper.

De inlichtingen met betrekking tot de tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd in een fiduciaire valuta, worden gerapporteerd in de munt waarin zij is betaald of gecrediteerd. Ingeval de tegenprestatie is betaald of gecrediteerd in een andere vorm dan een fiduciaire valuta, worden de inlichtingen gerapporteerd in de lokale munt, omgezet of gewaardeerd op een door de rapporterende platformexploitant consistent vastgestelde wijze.

Inlichtingen over de tegenprestatie en andere bedragen worden gerapporteerd voor het kwartaal van de rapportageperiode waarin de tegenprestatie is betaald of gecrediteerd.

§ 2 - Elke rapporterende platformexploitant rapporteert de volgende inlichtingen:

1° naam, geregistreerd kantooradres, TIN en, in voorkomend geval, het op grond van artikel 16, § 4, 3°, toegewezen individueel identificatienummer van de rapporterende platformexploitant, alsook handelsnaam (-namen) van het platform (de platforms) waarover de rapporterende platformexploitant rapporteert;

2° met betrekking tot elke te rapporteren verkoper die een andere relevante activiteit heeft verricht dan de verhuur van een onroerend goed:

a) de inlichtingen die op grond van artikel 17, § 2, moeten worden verzameld;

b) de identificatiecode van de financiële rekening, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, niet heeft bekendgemaakt dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

c) indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper, bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

d) elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper voor de toepassing van dit decreet een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4;

e) de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten waarvoor deze is betaald of gecrediteerd;

f) alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden;

3° met betrekking tot elke te rapporteren verkoper die een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed verricht:

a) de inlichtingen die op grond van artikel 17, § 2, moeten worden verzameld;

b) de identificatiecode van de financiële rekening, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, niet heeft bekendgemaakt dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

c) indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper: bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

d) elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper voor de toepassing van dit decreet een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4;

e) het adres van elke eigendomslijst, vastgesteld op basis van de procedures als omschreven in artikel 17, § 5, en het respectieve kadastrummer of het equivalent daarvan in het nationale recht van de lidstaat waar het goed gelegen is, indien beschikbaar;

f) de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten dat is verricht voor elke eigendomslijst;

g) alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden;

h) voor zover beschikbaar, het aantal dagen dat elke eigendomslijst werd verhuurd tijdens de rapportageperiode en het type van elke eigendomslijst.

Afdeling 3. — Spontane uitwisseling van inlichtingen

Art. 19. Reikwijdte en voorwaarden

De bevoegde autoriteit verstrekt, in elk van de volgende gevallen, de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen aan de bevoegde autoriteit van elke andere betrokken lidstaat:

1° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat in de andere lidstaat een derving van belasting bestaat;

2° een belastingplichtige verkrijgt in de Duitstalige Gemeenschap een vrijstelling of vermindering van belasting die voor hem een belastingplicht of een hogere belasting in de andere lidstaat zou moeten meebrengen;

3° transacties tussen een belastingplichtige in de Duitstalige Gemeenschap en een belastingplichtige in de andere lidstaat worden over een land of meer andere landen geleid, op zodanige wijze dat daardoor in een van beide of in beide lidstaten een belastingbesparing kan ontstaan;

4° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat er belastingbesparing ontstaat door een kunstmatige verschuiving van winsten binnen een groep van ondernemingen;

5° de inlichtingen die door de buitenlandse bevoegde autoriteit zijn verstrekt, hebben informatie opgeleverd die van nut kan zijn voor de vaststelling van de belastingschuld in de andere lidstaat.

De bevoegde autoriteit kan met de buitenlandse bevoegde autoriteiten spontaan alle inlichtingen uitwisselen waarvan zij kennis heeft en die voor de buitenlandse bevoegde autoriteiten van nut kunnen zijn.

De bevoegde autoriteit die de in het eerste lid bedoelde inlichtingen beschikbaar krijgt, verstrekt deze inlichtingen zo snel mogelijk, en uiterlijk binnen een maand nadat deze beschikbaar zijn, aan elke betrokken buitenlandse bevoegde autoriteit.

Art. 20. Ontvangstbevestiging

De ontvangst van de in artikel 19 bedoelde inlichtingen wordt door de bevoegde autoriteit onmiddellijk en in elk geval binnen zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg, aan de verstrekende buitenlandse autoriteit bevestigd.

HOOFDSTUK 3. — *ANDERE VORMEN VAN ADMINISTRATIEVE SAMENWERKING*

Afdeling 1. — Aanwezigheid in de administratiekantoren en deelname aan administratief onderzoek

Art. 21. Bevoegde autoriteit

Met het oog op de uitwisseling van de inlichtingen als bedoeld in artikel 2, § 1, eerste lid, kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit verzoeken dat bevoegde personeelsleden van eerstgenoemde overeenkomstig de door laatstgenoemde vastgestelde procedurele regelingen:

1° aanwezig zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de aangezochte lidstaat hun taken vervullen;

2° aanwezig zijn bij administratieve onderzoeken op het grondgebied van de aangezochte lidstaat;

3° deelnemen aan de administratieve onderzoeken die worden uitgevoerd door de aangezochte lidstaat, waar passend met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen.

De aangezochte autoriteit reageert binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek op een verzoek overeenkomstig het eerste lid, waarbij de verzoekende autoriteit de inwilliging van het verzoek of de gemotiveerde weigering ervan wordt meegedeeld.

Art. 22. Buitenlandse autoriteit

§ 1 - Met het oog op de uitwisseling van de inlichtingen als bedoeld in artikel 2, § 1, eerste lid, kan een buitenlandse autoriteit de bevoegde autoriteit verzoeken dat bevoegde personeelsleden van eerstgenoemde overeenkomstig de door laatstgenoemde vastgestelde procedurele regelingen:

1° aanwezig zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de Duitstalige Gemeenschap hun taken vervullen;

2° aanwezig zijn bij administratieve onderzoeken die door de Duitstalige Gemeenschap worden verricht;

3° deelnemen aan de administratieve onderzoeken die worden uitgevoerd door de Duitstalige Gemeenschap, waar passend met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen.

De bevoegde autoriteit reageert binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek op een verzoek overeenkomstig het eerste lid, waarbij de buitenlandse autoriteit de inwilliging van het verzoek of de gemotiveerde weigering ervan wordt meegedeeld.

Indien de verlangde inlichtingen vermeld staan in bescheiden waartoe de personeelsleden van de bevoegde autoriteit toegang hebben, ontvangen de personeelsleden van de buitenlandse autoriteit een afschrift van die bescheiden.

§ 2 - Indien personeelsleden van de buitenlandse autoriteit aanwezig zijn tijdens een administratief onderzoek of daaraan met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen deelnemen, mogen zij personen ondervragen en bescheiden onderzoeken.

§ 3 - Bevoegde personeelsleden van de verzoekende autoriteit dienen te allen tijde een schriftelijke opdracht te kunnen overleggen waaruit hun identiteit en hun officiële hoedanigheid blijken.

Afdeling 2. — *Controles*

Art. 23. Gelijktijdige controles

§ 1 - In de gevallen waarin de Duitstalige Gemeenschap en een of meer lidstaten overeenkomen om gelijktijdig, elk op het eigen grondgebied, bij een of meer personen te wier aanzien zij een gezamenlijk of complementair belang hebben, controles te verrichten en de aldus verkregen inlichtingen uit te wisselen, is paragraaf 2 van toepassing.

§ 2 - De bevoegde autoriteit bepaalt autonoom welke personen zij voor een gelijktijdige controle wil voorstellen. Zij deelt de buitenlandse autoriteiten van de betrokken lidstaten met opgave van redenen mee welke dossiers zij voor een gelijktijdige controle voorstelt. Zij bepaalt binnen welke termijn die controles moeten plaatsvinden.

De bevoegde autoriteit beslist of zij aan een haar voorgestelde gelijktijdige controle wenst deel te nemen. Zij doet de buitenlandse autoriteit die de gelijktijdige controle voorstelt, binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het voorstel een bevestiging van deelname of een gemotiveerde weigering toekomen.

De bevoegde autoriteit wijst een vertegenwoordiger aan die wordt belast met de leiding en de coördinatie van de controle.

Art. 24. Gezamenlijke audits

§ 1 - Een buitenlandse autoriteit kan de bevoegde autoriteit verzoeken een gezamenlijke audit uit te voeren. De bevoegde autoriteit reageert op het verzoek om een gezamenlijke audit binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek. De bevoegde autoriteit kan een verzoek door een buitenlandse autoriteit om een gezamenlijke audit om gemotiveerde redenen verwerpen.

De bevoegde autoriteit kan een of meer buitenlandse autoriteiten verzoeken een gezamenlijke audit uit te voeren.

§ 2 - De in paragraaf 1 bedoelde gezamenlijke audits worden op vooraf overeengekomen en gecoördineerde wijze, met inbegrip van taalregelingen, uitgevoerd door de bevoegde verzoekende en aangezochte autoriteiten, en in overeenstemming met de wetgeving en de procedurele voorschriften van de lidstaat waar de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden. Indien de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap, wijst de bevoegde autoriteit een vertegenwoordiger aan die verantwoordelijk is voor het toezicht op en de coördinatie van de gezamenlijke audit.

Indien de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap, worden de rechten en plichten van de personeelsleden van lidstaten die deelnemen aan de gezamenlijke audit, in geval van hun aanwezigheid bij activiteiten die op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap worden verricht, vastgesteld overeenkomstig de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap. De personeelsleden van een andere lidstaat voegen zich naar de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap, maar oefenen geen bevoegdheden uit die verder gaan dan de bevoegdheden die hun krachtens de wetgeving van hun lidstaat zijn verleend.

§ 3 - Onverminderd paragraaf 2 gelden de volgende maatregelen wanneer de activiteiten van de gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap:

1° personeelsleden van andere lidstaten die deelnemen aan de activiteiten van de gezamenlijke audit, kunnen personen ondervragen en bescheiden onderzoeken in samenspraak met de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap en met inachtneming van de procedurele regelingen die zijn vastgesteld door de bevoegde autoriteit;

2° bewijsmateriaal dat tijdens de activiteiten van de gezamenlijke audit is verzameld, kan worden beoordeeld, ook op de toelaatbaarheid ervan, onder dezelfde juridische voorwaarden als in het geval van een op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap uitgevoerde audit waaraan alleen de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap deelnemen, onder meer in de loop van eventuele klachten-, herzienings- of beroepsprocedures; en

3° de betrokkene heeft dezelfde rechten en plichten als in het geval van een audit waaraan alleen de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap deelnemen, onder meer in de loop van eventuele klachten-, herzienings- of beroepsprocedures.

§ 4 - Indien de bevoegde autoriteiten van twee of meer lidstaten een gezamenlijke audit verrichten, trachten zij het eens te worden over de feiten en omstandigheden die relevant zijn voor de gezamenlijke audit, en streven zij naar overeenstemming over de fiscale positie van de geaudite persoon (personen) op basis van de resultaten van de gezamenlijke audit. De bevindingen van de gezamenlijke audit worden neergelegd in een eindverslag. Punten waarover de bevoegde autoriteiten het eens zijn, worden in het eindverslag opgenomen en worden in aanmerking genomen in de relevante instrumenten die de bevoegde autoriteiten van de deelnemende lidstaten naar aanleiding van die gezamenlijke audit uitvaardigen.

Met inachtneming van het eerste lid vinden de handelingen die de bevoegde autoriteiten van een lidstaat of een van zijn personeelsleden verrichten naar aanleiding van een gezamenlijke audit, alsmede eventuele verdere procedures in die lidstaat, zoals een besluit van de belastingautoriteiten, een beroepsprocedure of een daarmee verband houdende schikking, plaats overeenkomstig het nationale recht van die lidstaat.

§ 5 - De geaudite persoon (personen) wordt (worden) binnen zestig dagen na het uitbrengen van het eindverslag in kennis gesteld van het resultaat van de gezamenlijke audit en krijgt (krijgen) een kopie van dat eindverslag.

Afdeling 3. — Administratieve kennisgeving

Art. 25. Bevoegde autoriteit

De bevoegde autoriteit kan een buitenlandse autoriteit verzoeken om over te gaan tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de bevoegde autoriteit afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van de wetgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3. Deze kennisgeving geschiedt overeenkomstig de in de aangezochte lidstaat geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten.

Het verzoek tot kennisgeving vermeldt de naam en het adres van de geadresseerde, evenals alle overige informatie ter identificatie van de geadresseerde, en het onderwerp van de akte of het besluit waarvan kennis moet worden gegeven.

Het verzoek tot kennisgeving wordt door de bevoegde autoriteit slechts gedaan indien de kennisgeving van de akten niet volgens de regels van de Duitstalige Gemeenschap kan geschieden, of buitensporige problemen zou veroorzaken. De bevoegde autoriteit van een lidstaat kan, per aangetekende brief of langs elektronische weg, rechtstreeks van een document kennis geven aan een persoon op het grondgebied van een andere lidstaat. Buitenlandse autoriteit

Art. 26. Buitenlandse autoriteit

Op verzoek van een buitenlandse autoriteit gaat de bevoegde autoriteit, overeenkomstig de in de Duitstalige Gemeenschap geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten, over tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de verzoekende lidstaat afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van wetgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3.

De bevoegde autoriteit stelt de verzoekende autoriteit onverwijld in kennis van het aan het verzoek gegeven gevolg en, in het bijzonder, van de datum waarop de akte of het besluit de geadresseerde ter kennis is gebracht.

Afdeling 4. — Terugmelding

Art. 27. Bevoegde autoriteit

De buitenlandse autoriteit die overeenkomstig artikel 8 of artikel 19 inlichtingen verstrekt, kan de ontvangende bevoegde autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken. De bevoegde autoriteit doet in dat geval, zonder afbreuk te doen aan de geldende voorschriften inzake fiscale geheimhoudingsplicht en gegevensbescherming, zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk drie maanden nadat het resultaat van het gebruik van de verlangde inlichtingen bekend is, een terugmelding aan de buitenlandse autoriteit.

De bevoegde autoriteit doet eenmaal per jaar, overeenkomstig bilateraal overeengekomen praktische afspraken, een terugmelding over de automatische inlichtingenuitwisseling naar de andere betrokken lidstaten.

Art. 28. Buitenlandse autoriteit

Wanneer de bevoegde autoriteit overeenkomstig artikel 9 of artikel 19 inlichtingen verstrekt, kan ze de ontvangende buitenlandse autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken.

HOOFDSTUK 4. — VOORWAARDEN VOOR DE ADMINISTRatieve SAMENWERKING

*Afdeling 1. — Openbaarmaking van inlichtingen en bescheiden***Art. 29.** Bevoegde autoriteit

§ 1 - De inlichtingen waarover de bevoegde autoriteit krachtens dit decreet beschikt, vallen onder de geheimhoudingsplicht en genieten de bescherming waarin artikel 337 van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 voorziet met betrekking tot soortgelijke inlichtingen.

§ 2 - De inlichtingen kunnen worden gebruikt:

1° voor de beoordeling, toepassing en handhaving van het recht van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in artikel 3 bedoelde belastingen, alsook met betrekking tot de btw en andere indirecte belastingen;

2° voor de vestiging en executie van andere belastingen en rechten vallend onder artikel 2 van Richtlijn 2010/24/EU en voor de vestiging en executie van verplichte socialezekerheidsbijdragen;

3° in mogelijk tot bestraffing leidende gerechtelijke en administratieve procedures wegens overtreding van de belastingwetgeving, onverminderd de algemene regels en de bepalingen betreffende de rechten van de verdachten en getuigen in dergelijke procedures.

Met toestemming van de buitenlandse autoriteit die op grond van dit decreet inlichtingen verstrekt, en enkel voor zover het uit hoofde van het recht van de Duitstalige Gemeenschap is toegestaan, kunnen de ontvangen inlichtingen en bescheiden voor andere dan de in het eerste lid bedoelde doeleinden worden gebruikt. Die inlichtingen mogen ook worden gebruikt door de bevoegde autoriteit indien ze in de lidstaat van de buitenlandse autoriteit voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

De buitenlandse autoriteiten kunnen de bevoegde autoriteit een lijst meedelen van andere dan in het eerste lid bedoelde doeleinden waarvoor de inlichtingen en bescheiden overeenkomstig hun nationale recht kunnen worden gebruikt. De bevoegde autoriteit die inlichtingen en bescheiden ontvangt, kan de ontvangen inlichtingen en bescheiden zonder de in de het tweede lid bedoelde toestemming gebruiken voor alle doeleinden die de buitenlandse autoriteit heeft meegedeeld.

§ 3 - Als de bevoegde autoriteit van oordeel is dat de van de buitenlandse autoriteit verkregen inlichtingen de bevoegde autoriteit van een derde lidstaat van nut kunnen zijn voor de in § 2, eerste lid, beoogde doelen, mag ze de inlichtingen aan deze autoriteit doorgeven, op voorwaarde dat dat in overeenstemming is met de in dit decreet vastgelegde voorschriften en procedures. Zij stelt de buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstrekking lidstaat in kennis van haar voornemen om die inlichtingen met een derde lidstaat te delen. De buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstrekking lidstaat kan zich hiertegen verzetten binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van het voornemen om de inlichtingen te delen.

§ 4 - Inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden, alsook voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan, die door de aangezochte autoriteit zijn verkregen en overeenkomstig dit decreet aan de bevoegde autoriteit zijn doorgegeven, kunnen door de bevoegde autoriteit op dezelfde voet als bewijs worden aangevoerd als soortgelijke inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden die door een andere Belgische autoriteit zijn verstrekt.

Art. 30. Buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit kan toestaan dat de op grond van dit decreet verstrekte inlichtingen en bescheiden in de lidstaat die ze ontvangt, gebruikt worden voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid. Dergelijke toestemming wordt verleend indien de inlichtingen in de Duitstalige Gemeenschap voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

Indien een buitenlandse autoriteit haar voornemen bekendmaakt om de van de bevoegde autoriteit verkregen inlichtingen door te geven aan een derde lidstaat, omdat ze voor die lidstaat van nut kunnen zijn voor de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid, kan de bevoegde autoriteit de buitenlandse autoriteit toestemming verlenen om deze inlichtingen door te geven aan de derde lidstaat. Indien de bevoegde autoriteit niet instemt met het doorgeven van de inlichtingen, deelt ze dat mee binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van het voornemen om de inlichtingen te delen.

De bevoegde autoriteit kan voorts toestaan dat inlichtingen afkomstig uit de Duitstalige Gemeenschap die overeenkomstig het tweede lid door een buitenlandse autoriteit aan een buitenlandse autoriteit van een derde lidstaat worden doorgegeven, in die derde lidstaat worden gebruikt voor andere doeleinden dan vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid.

*Afdeling 2. — Beperkingen, weigeringen en verplichtingen***Art. 31.** Beperkingen

Alvorens om de inlichtingen vermeld in artikel 8 te verzoeken, tracht de bevoegde autoriteit eerst die inlichtingen te verkrijgen uit alle gebruikelijke bronnen die zij in de gegeven omstandigheden kan aanspreken zonder dat het bereiken van de beoogde doelstellingen in het gedrang dreigt te komen.

Art. 32. Weigeringen

De bevoegde autoriteit is niet verplicht onderzoek in te stellen of inlichtingen te verstrekken indien de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap haar niet toestaat voor eigen doeleinden het onderzoek in te stellen of de gevraagde inlichtingen te verzamelen.

In elk van de volgende gevallen kan de bevoegde autoriteit weigeren inlichtingen te verstrekken:

1° indien de verzoekende autoriteit, op juridische gronden, soortgelijke inlichtingen niet kan verstrekken;

2° indien dit zou leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze;

3° indien het inlichtingen betreft waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde.

De bevoegde autoriteit deelt de verzoekende autoriteit mee op welke gronden zij het verzoek om inlichtingen afwijst.

Art. 33. Verplichtingen

De bevoegde autoriteit wendt de middelen aan waarover zij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verzamelen, zelfs indien zij de inlichtingen niet voor eigen belastingdoeleinden nodig heeft. Die verplichting geldt onverminderd het eerste en tweede lid van artikel 32, die, wanneer er een beroep op wordt gedaan, in geen geval zo kunnen worden uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken uitsluitend omdat zij zelf geen belang bij deze inlichtingen heeft.

In geen geval wordt artikel 32, eerste lid, en tweede lid, 2° en 3°, zo uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken, uitsluitend op grond dat deze berusten bij een bank, een andere financiële instelling, een gevolmachtigde of een persoon die als vertegenwoordiger of trustee optreedt, of dat zij betrekking hebben op eigendomsbelangen in een persoon.

Onverminderd het tweede lid kan de bevoegde autoriteit weigeren de gevraagde inlichtingen toe te zenden indien deze betrekking hebben op belastingtijdvakken vóór 1 januari 2011 en de toezending van de inlichtingen geweigerd had kunnen worden op grond van artikel 8, lid 1, van Richtlijn 77/799/EEG indien daarom was verzocht vóór 11 maart 2011.

*Afdeling 3. — Verder reikende samenwerking***Art. 34. Uitbreiding**

Indien de Duitstalige Gemeenschap voorziet in een samenwerking met een derde land die verder reikt dan de bij dit decreet geregelde samenwerking, kan zij de verder reikende samenwerking niet weigeren aan een andere lidstaat die met haar deze verder reikende, wederzijdse samenwerking wenst aan te gaan.

*Afdeling 4. — Standaardformulieren, geautomatiseerde formaten en CCN-netwerk***Art. 35. Standaardformulieren en geautomatiseerde formaten**

§ 1 - Het verzoek om inlichtingen of om een administratief onderzoek op grond van artikel 8 en het desbetreffende antwoord, de ontvangstbevestiging, het verzoek om aanvullende achtergrondinformatie en de mededeling dat aan een verzoek niet kan of zal worden voldaan, zoals bepaald in artikel 11, worden voor zover mogelijk verzonden met gebruikmaking van een door de Europese Commissie vastgesteld standaardformulier.

Het standaardformulier kan vergezeld gaan van verslagen, verklaringen en andere bescheiden, of van voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan.

§ 2 - Het in paragraaf 1 bedoelde standaardformulier bevat ten minste de volgende door de verzoekende autoriteit te verstrekken informatie:

1° de identiteit van de persoon naar wie het onderzoek of de controle is ingesteld en, in het geval van een groepsverzoek als bedoeld in artikel 10, § 3, een gedetailleerde beschrijving van de groep;

2° het fiscale doel waarvoor de informatie wordt opgevraagd.

De verzoekende autoriteit kan namen en adressen van personen die worden verondersteld in het bezit te zijn van de verlangde informatie, alsook andere elementen die het verzamelen van de informatie door de aangezochte autoriteit vereenvoudigen, doorgeven, voor zover deze bekend zijn en deze praktijk aansluit bij internationale ontwikkelingen.

§ 3 - Voor de spontane uitwisseling van inlichtingen en de desbetreffende ontvangstbevestiging op grond van respectievelijk de artikelen 19 en 20, verzoeken tot administratieve kennisgeving op grond van de artikelen 25 en 26, terugmeldingen op grond van de artikelen 27 en 28, en de inlichtingen op grond van artikel 29, § 2, tweede en derde lid, en § 3, en op grond van artikel 37, tweede lid, wordt gebruikgemaakt van het door de Europese Commissie vastgestelde standaardformulier.

§ 4 - Bij de automatische inlichtingenuitwisseling op grond van de artikelen 12 en 16 wordt gebruikgemaakt van het door de Europese Commissie vastgestelde standaardformaat.

Art. 36. Nadere regels

De krachtens dit decreet verstrekte inlichtingen worden zoveel mogelijk verzonden langs elektronische weg, via het CCN-netwerk.

De bevoegde autoriteit stelt elke individuele te rapporteren persoon in kennis van een schending van de beveiliging van zijn gegevens wanneer die schending afbreuk kan doen aan de bescherming van zijn persoonsgegevens of persoonlijke levenssfeer.

Het verzoek om samenwerking, waaronder het verzoek tot kennisgeving, en de bijgevoegde bescheiden kunnen in elke door de aangezochte en de verzoekende autoriteit overeengekomen taal zijn gesteld. Het verzoek gaat slechts in bijzondere gevallen, op met redenen omkleed verzoek van de aangezochte autoriteit, vergezeld van een vertaling in een van de officiële talen van België.

*HOOFDSTUK 5. — BETREKKINGEN MET DERDE LANDEN***Art. 37. Betrekkingen met derde landen**

Indien de bevoegde autoriteit van een derde land inlichtingen ontvangt welke naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de in artikel 3 bedoelde belastingen, kan ze deze inlichtingen verstrekken aan de buitenlandse autoriteiten voor welke die inlichtingen van nut kunnen zijn, en aan elke verzoekende autoriteit, mits dat krachtens een overeenkomst met dat derde land is toegestaan.

De bevoegde autoriteit kan, met inachtneming van de geldende voorschriften betreffende gegevensbescherming, de overeenkomstig dit decreet ontvangen inlichtingen doorgeven aan een derde land, op voorwaarde dat aan elk van de volgende voorwaarden is voldaan:

1° de buitenlandse bevoegde autoriteit van de lidstaat waaruit de inlichtingen afkomstig zijn, heeft daarin toegestemd;

2° het derde land heeft zich ertoe verbonden de medewerking te verlenen die nodig is om bewijsmateriaal bijeen te brengen omtrent het ongeoorloofde of onwettige karakter van verrichtingen die blijken in strijd te zijn met of een misbruik te vormen van de belastingwetgeving.

HOOFDSTUK 6. — *VERTROUWELIJKHEID EN GEGEVENSBESCHERMING***Art. 38.** Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de bevoegde autoriteit en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht worden toevertrouwd, vertrouwelijk behandelen.

Art. 39. Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Elke uitwisseling van inlichtingen op grond van dit decreet is onderworpen aan de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 2 - Intermediairs, rapporterende platformexploitanten en de bevoegde autoriteit worden als verwerkingsverantwoordelijken beschouwd voor de vermelde verwerking van persoonsgegevens wanneer zij, alleen of gezamenlijk, de doelen en middelen van de verwerking van persoonsgegevens bepalen in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke wetgeving betreffende gegevensbescherming.

Art. 40. Gegevenscategorieën

§ 1 - Intermediairs, rapporterende platformexploitanten en de bevoegde autoriteit kunnen de volgende gegevens verwerken overeenkomstig artikel 39: identiteitsgegevens en contactinformatie, waaronder het rijksregisternummer of het identificatienummer van de sociale zekerheid en andere identificatiegegevens zoals het fiscaal identificatienummer;

De Regering kan de in het eerste lid vermelde gegevenscategorie preciseren.

§ 2 - In het kader van artikel 14 is het verwerkingsdoeleinde van de uitwisseling van deze gegevens tussen de lidstaten, onder andere de fiscale autoriteiten vroegtijdig inzicht te geven in potentieel agressieve fiscale plannings en het mogelijk te maken de fiscale risico's van bepaalde gevallen op te sporen en te zorgen voor een fiscaalrechtelijk afschrikkend effect met het oog op de successieplanning.

In het kader van de bepalingen van dit decreet, met uitzondering van artikel 14, bestaat het verwerkingsdoeleinde van de uitwisseling van deze gegevens tussen de lidstaten, onder andere uit de wettelijke taken van de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot het verzamelen, onderzoeken, controleren, vastleggen, invorderen en met betrekking tot geschillen inzake belastingen. Deze taken worden uitgevoerd in het openbaar belang om belastingfraude en belastingontwijking te bestrijden, belastinginkomsten veilig te stellen en een eerlijke belastingheffing te bevorderen.

§ 3 - De personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap en de personeelsleden van behoorlijk gemachtigde derden hebben slechts toegang tot dossiers, gegevens en toepassingen, als dat passend, relevant en evenredig is gelet op de vervulling van de taken die aan hen werden toevertrouwd in het kader van de wettelijke verwerkingsdoeleinden bedoeld in paragraaf 2.

§ 4 - Ongeacht artikel 39, § 1, zorgt elke intermediair of elke rapporterende platformexploitant op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap ervoor dat:

1° elke betrokken natuurlijke persoon ervan in kennis wordt gesteld dat inlichtingen met betrekking tot zijn persoon overeenkomstig dit decreet zullen worden verzameld en doorgegeven; en

2° elke betrokken natuurlijke persoon alle inlichtingen waarop hij van de verwerkingsverantwoordelijke recht heeft, tijdig worden verstrekt, zodat die natuurlijke persoon zijn rechten inzake gegevensbescherming kan uitoefenen en, in elk geval, voordat de inlichtingen worden gerapporteerd.

Niettegenstaande het eerste lid, 2°, stellen de rapporterende platformexploitanten de te rapporteren verkopers in kennis van de gerapporteerde prestatie.

Art. 41. Bewaringstermijn voor persoonsgegevens

De bewaringstermijn eindigt uiterlijk één jaar na de verjaring van alle vorderingen die tot de bevoegdheid van de verwerkingsverantwoordelijke behoren, en in voorkomend geval, de definitieve beëindiging van de administratieve, gerechtelijke en buitengerechtelijke procedures en beroepen die voortvloeien uit de verwerking van die gegevens alsook de volledige betaling van alle daarmee verbonden bedragen.

Art. 42. Beperking van het toepassingsgebied - Recht op informatie

§ 1 - In afwijking van artikel 39, § 1, en de artikelen 13 en 14 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming kan het recht op informatie met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens worden vertraagd, beperkt of uitgesloten als het gaat om gegevens waarvoor de Duitstalige Gemeenschap de verwerkingsverantwoordelijke is en voor zover in het concrete geval artikel 14, lid 5, onder *d*), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet kan worden ingeroepen.

De doeleinden van de in het eerste lid genoemde verwerkingen zijn de voorbereiding, de organisatie, het beheer en het opvolgen van onderzoeken door de bevoegde personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de procedures die in voorkomend geval leiden tot de oplegging van een administratieve geldboete of een administratieve straf.

§ 2 - Deze uitzonderingen gelden voor de periode waarin de betrokken persoon het voorwerp uitmaakt van een controle, een onderzoek of handelingen ter voorbereiding daarvan door personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, die worden verricht in het kader van de vervulling van hun wettelijke taken, alsook voor de periode waarin van deze personeelsleden afkomstige documenten worden verwerkt met het oog op vervolging.

Deze uitzonderingen zijn van toepassing voor zover de aanwending van dit recht de controle, het onderzoek of de voorbereidende handelingen nadelig zou beïnvloeden of het geheim van het strafrechtelijk onderzoek zou schaden of de veiligheid van personen zou schenden.

De duur van de in het tweede lid genoemde voorbereidende handelingen, tijdens welke de artikelen 13 en 14 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet van toepassing zijn, mag niet langer zijn dan één jaar vanaf de ontvangst van een verzoek om informatie overeenkomstig de genoemde artikelen 13 en 14.

De beperking genoemd in § 1, eerste lid, geldt niet voor inlichtingen die niet het voorwerp uitmaken van een onderzoek dat of controle die de weigering of beperking van de informatie rechtvaardigt.

§ 3 - Na ontvangst van een verzoek om informatie overeenkomstig § 2, derde lid, bevestigt de functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke de ontvangst ervan.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de persoon onverwijld, in elk geval echter binnen een maand na ontvangst van het verzoek, schriftelijk in kennis van elke weigering of beperking van de informatie en de redenen achter die weigering of beperking. Deze informatie over de weigering of beperking kan niet worden verstrekt indien de mededeling daarvan een van de verwerkingsdoeleinden genoemd in § 1, tweede lid, zou kunnen schaden. Indien noodzakelijk kan deze termijn met twee maanden worden verlengd, al naargelang de complexiteit en het aantal verzoeken. De verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon binnen een maand na ontvangst van het verzoek in kennis van deze verlenging en de redenen daarachter.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke informeert de persoon over de mogelijkheid bij de Gegevensbeschermingsautoriteit een bezwaar in te dienen en een gerechtelijk rechtsmiddel aan te wenden.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke legt de feitelijke of juridische redenen vast die aan de beslissing ten grondslag liggen. Deze informatie wordt ter beschikking gesteld van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Wanneer de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap hebben gebruikgemaakt van de uitzondering genoemd in § 1, eerste lid, behalve in de gevallen genoemd in het zesde en zevende lid, wordt de uitzondering opgeheven zodra de controle of het onderzoek is afgesloten. De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon onmiddellijk daarvan in kennis.

Als een dossier wordt doorgegeven aan de gerechtelijke instanties, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld nadat de gerechtelijke instanties daarmee hebben ingestemd of nadat de gerechtelijke procedure ten einde is en, in voorkomend geval, nadat de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen. De inlichtingen die werden verzameld bij de vervulling van de door de gerechtelijke instanties voorgeschreven plichten, worden echter slechts verstrekt met de uitdrukkelijke toestemming van die instanties.

Als een dossier wordt doorgegeven aan een ander personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap of aan de dienst die bevoegd is om te beslissen over de bevindingen van het onderzoek, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld wanneer dat personeelslid of de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen over de bevinding van het onderzoek.

Art. 43. Beperking van het toepassingsgebied - Recht op inzage

§ 1 - In afwijking van artikel 39, § 1, en artikel 15 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming kan het recht op inzage in persoonsgegevens worden vertraagd of volledig of deels worden beperkt als het gaat om de verwerking van persoonsgegevens waarvoor de Duitstalige Gemeenschap de verwerkingsverantwoordelijke is.

De doeleinden van de in het eerste lid genoemde verwerkingen zijn de voorbereiding, de organisatie, het beheer en het opvolgen van onderzoeken door de bevoegde personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de procedures die mogelijk leiden tot de oplegging van een administratieve geldboete of een administratieve straf.

§ 2 - Deze uitzonderingen gelden voor de periode waarin de betrokken persoon het voorwerp uitmaakt van een controle, een onderzoek of handelingen ter voorbereiding daarvan door personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, die worden verricht in het kader van de vervulling van hun wettelijke taken, alsmede voor de periode waarin van deze personeelsleden afkomstige documenten worden verwerkt met het oog op vervolging.

Deze uitzonderingen zijn van toepassing voor zover de aanwending van dit recht de controle, het onderzoek of de voorbereidende handelingen nadelig zou beïnvloeden of het geheim van het strafrechtelijk onderzoek zou schaden of de veiligheid van personen zou schenden.

De duur van de in het tweede lid genoemde voorbereidende handelingen, tijdens welke artikel 15 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet van toepassing is, mag niet meer langer zijn dan één jaar vanaf de ontvangst van een verzoek overeenkomstig het genoemde artikel 15.

De beperking genoemd in § 1, eerste lid, geldt niet voor gegevens die niet het voorwerp uitmaken van een onderzoek dat of controle die de weigering of beperking van de inzage rechtvaardigt.

§ 3 - Na ontvangst van een verzoek om inzage overeenkomstig § 2, derde lid, bevestigt de functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke de ontvangst ervan.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de persoon onverwijld, in elk geval echter binnen een maand na ontvangst van het verzoek, schriftelijk in kennis van elke weigering of beperking van zijn recht op inzage en van de redenen achter die weigering of beperking. Deze informatie over de weigering of beperking kan niet worden verstrekt indien de mededeling daarvan een van de verwerkingsdoeleinden genoemd in § 1, tweede lid, zou kunnen schaden. Indien noodzakelijk kan deze termijn met twee maanden worden verlengd, al naargelang de complexiteit en het aantal verzoeken. De verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon binnen een maand na ontvangst van het verzoek in kennis van deze verlenging en de redenen daarachter.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke informeert de persoon over de mogelijkheid bij de Gegevensbeschermingsautoriteit een bezwaar in te dienen en een gerechtelijk rechtsmiddel aan te wenden.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke legt de feitelijke of juridische redenen vast die aan de beslissing ten grondslag liggen. Deze informatie wordt ter beschikking gesteld van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Wanneer de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap hebben gebruikgemaakt van de uitzondering genoemd in § 1, eerste lid, behalve in de gevallen genoemd in het zesde en zevende lid, wordt de uitzondering opgeheven zodra de controle of het onderzoek is afgesloten. De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon onmiddellijk daarvan in kennis.

Als een dossier wordt doorgegeven aan de gerechtelijke instanties, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld nadat de gerechtelijke instanties daarmee hebben ingestemd of nadat de gerechtelijke procedure ten einde is en, in voorkomend geval, nadat de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen. De inlichtingen die werden verzameld bij de vervulling van de door de gerechtelijke instanties voorgeschreven plichten, worden echter slechts verstrekt met de uitdrukkelijke toestemming van die instanties.

Als een dossier wordt doorgegeven aan een ander personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap of aan de dienst die bevoegd is om te beslissen over de bevindingen van het onderzoek, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld wanneer dat personeelslid of de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen over de bevinding van het onderzoek.

Art. 44. Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt zo nodig passende veiligheidsmaatregelen vast voor de in dit hoofdstuk bedoelde verwerking van persoonsgegevens.

HOOFDSTUK 7. — *SANCTIES***Art. 45.** Strafbepaling

§ 1 - Het niet nakomen van de in artikel 14 vastgelegde plicht tot het verstrekken van informatie, door de inlichtingen vermeld in artikel 14, § 13, niet, onvolledig of niet tijdig te verstrekken, wordt bestraft met een fiscaalrechtelijke geldboete van 2.500 euro tot 25.000 euro.

Voor een dergelijke overtreding begaan met bedrieglijk opzet of met het oogmerk te schaden, kan een fiscaalrechtelijke boete van 5.000 euro tot 50.000 euro worden opgelegd.

§ 2 - De in paragraaf 1 genoemde geldboeten worden op dezelfde wijze bepaald en ingevorderd als de belastingen, waarvoor de dienst vervuld wordt door de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - De door de Regering aangewezen dienst beslist in eerste en laatste instantie over verzoeken aangaande het opleggen of het verlagen van de geldboeten genoemd in paragraaf 1.

De in het eerste lid genoemde verzoeken worden schriftelijk en met redenen omkleed bij de door de Regering aangewezen dienst ingediend door de belastingplichtige of de personen op wier vermogen de in paragraaf 1 genoemde geldboeten worden ingehouden.

Een overeenkomstig het eerste lid ingediend verzoek is niet-ontvankelijk indien:

- 1° de eventueel van toepassing zijnde termijnen voor administratieve bezwaren nog niet verstreken zijn; of
- 2° de eventueel van toepassing zijnde administratieve geschillen nog niet afgesloten zijn.

HOOFDSTUK 8. — *SLOTBEPALINGEN***Art. 46.** Opheffingsbepaling

Het decreet van 5 mei 2014 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen wordt opgeheven.

Art. 47. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 13 november 2023.

O. PAASCH

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Vice-Minister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 293 (2023-2024) nr. 1 Ontwerp van decreet

293 (2023-2024) nr. 2 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 13 november 2023 - nr. 64 Bespreking en stemming

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST**SERVICE PUBLIC DE WALLONIE**

[C – 2023/47320]

9 NOVEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement wallon relatif au report de la date de couverture végétale du sol pour l'année 2023

Le Gouvernement wallon,

Vu le règlement (UE) n° 2021/2115 du Parlement européen et du Conseil du 2 décembre 2021 établissant des règles régissant l'aide aux plans stratégiques devant être établis par les États membres dans le cadre de la politique agricole commune (plans stratégiques relevant de la PAC) et financés par le Fonds européen agricole de garantie (FEAGA) et par le Fonds européen agricole pour le développement rural (Feader), et abrogeant les règlements (UE) n° 1305/2013 et (UE) n° 1307/2013 ;

Vu le règlement (UE) n° 2021/2116 du Parlement européen et du Conseil du 2 décembre 2021 relatif au financement, à la gestion et au suivi de la politique agricole commune et abrogeant le règlement (UE) n° 1306/2013 ;

Vu le Code wallon de l'Agriculture, les articles D.4, D.242, D.243, D.249, alinéa 1^{er}, D.250, D.251 et D.263, §§ 1^{er} et 2 ;